



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Bürgermeisterin Christine Borst, Staatsministerin Melanie Huml, Landrat Stefan Rößle, KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann und Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer (v. l.).

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Megathema Gesundheit und Pflege

Ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist die Voraussetzung für Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität. Mit welchen Herausforderungen sich Staat und Kommunen bei diesem Megathema konfrontiert sehen, darüber berichtete Staatsministerin Melanie Huml, MdL, im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung von Landrat Stefan Rößle.

„Als Kommunalpolitische Vereinigung der CSU kennen wir besonders die Anforderungen vor Ort - als Träger der Kliniken, als diejenigen, die Standortpolitik betreiben und um die besten Rahmenbedingungen kämpfen oder insgesamt als Ansprechpartner für die Menschen“, betonte Landesvorsitzender Rößle nach einem Rückblick auf die KPV-Bundesvertreterversammlung in Braunschweig und Informationen zu den Themen Straßenausbaubeiträge und kommunaler Finanzausgleich 2018. Rößle sprach sich für eine verlässliche und stabile Krankenhausfinanzierung aus.

Vollumfängliche Refinanzierung

Nach Auffassung der KPV ist es ein Muss, dass Lohnsteigerungen beim Klinikpersonal sowie die allgemeinen Preissteigerungen bei den Sachkosten vollumfänglich refinanziert werden. Eine Basisrate (Basisfallwert je Case-Mix-Punkt), die diese Entwicklung nicht berücksichtigt, könne nicht länger akzeptiert werden. Zukünftig sollten diese Kostensteigerungen

vollumfänglich im jährlich sich ändernden Landesbasisfallwert abgebildet werden.

Verlässliche, stabile Krankenhausfinanzierung

Ministerin Huml verwies darauf, dass ihr Augenmerk immer schon einer verlässlichen und stabilen Krankenhausfinanzierung gegolten habe. Bayern habe in den vergangenen Jahren hier einiges vorangebracht. Sie bezeichnete es als „schönen Erfolg“ und „nicht selbstverständlich“, dass der kommunale Finanzausgleich 2018 vorsieht, für die Krankenhausfinanzierung jetzt mit 643 Mio. Euro 140 Mio. Euro mehr als in den Vorjahren zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang dankte sie den kommunalen Spitzenverbänden und der KPV dafür, „dass sie bei den FAG-Verhandlungen bereit gewesen sind, ihren Anteil zu erhöhen und 70 Mio. Euro draufzulegen“.

Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur

Damit werden zum einen die Fördermittel für die Einzelförderung von Investitionsmaßnahmen um 90 Mio. Euro erhöht, um notwendige Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur anzustoßen. Zum anderen können die Pauschalfördermit-

tel um 50 Mio. Euro aufgestockt werden. Dies trägt insbesondere den steigenden Anforderungen an die Krankenhäuser im IT-Bereich (Digitalisierung, IT-Sicherheit) Rechnung.

Angemessene Vergütung von Notfällen

Insgesamt, so die Ministerin, wurden seit 1972 insgesamt 22 Mrd. Euro für Krankenhäuser im Freistaat ausgegeben. Gleichwohl sei die Tatsache, dass laut Bayerischer Krankenhausgesellschaft jedes zweite Haus rote Zahlen schreibt, durchaus beunruhigend. Erfreulich sei immerhin, dass im Rahmen der Jamaika-Sondierungen ein voller Ausgleich der Tarifsteigerungen (Fortsetzung auf Seite 4)

Preisverleihung der Bayerischen Landesstiftung:

Unermüdlich für das Gemeinwohl

Für hervorragende Leistungen auf kulturellem und sozialem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes wurden in Nürnberg die Preise der Bayerischen Landesstiftung vergeben. „Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl“ zeichnet nach den Worten von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder die Preisträger aus. Er dankte allen Preisträgern für deren vorbildliches und unerermüdliches Wirken zum Wohl der Allgemeinheit.

Die Bayerische Landesstiftung förderte allein im Jahr 2017 Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat mit rund 21 Millionen Euro. Seit Errichtung der Landesstiftung im Jahr 1972 wurden Zuschüsse für rund 10.700 Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 626 Millionen Euro bewilligt. „Die Preise der Landesstiftung sind auch Ansporn als Vorbild für die Bürger

50-Jahr-Feier zum Bayerischen Verfassungstag:

Für eine wehrhafte Demokratie

Unter dem Generalthema: „Verfassungspatriotismus – Vernunft und Leidenschaft“ stand der Festakt zum diesjährigen Bayerischen Verfassungstag im Herkulesaal der Münchner Residenz. Organisiert wurde der Festakt von der Bayerischen Einigung e.V. sowie der Bayerischen Volksstiftung unter Vorsitz von Florian Besold (Präsident der Bayerischen Einigung und Vorsitzender der Bayerischen Volksstiftung). Der Bayerische Verfassungstag erinnert alljährlich an die Annahme der Bayerischen Verfassung durch das bayerische Volk am 1. Dezember 1946.

Vor rund 1.000 geladenen Gästen ging Peter Küspert, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, in seinem Grußwort zunächst auf die Gefahren für die Menschen der heutigen Zeit ein. So führten etwa häufige Wohnortwechsel zu innerer Obdachlosigkeit und Entwurzelung.

Bedeutung der Bayerischen Verfassung

Florian Besold ließ die vergangenen 50 Jahre Verfassungsfeiern Revue passieren und beschwor die Bedeutung der Bayerischen Verfassung. Seit der ersten Verfassungsfeier am 1. Dezember 1967 habe der Verein Bayerische Einigung rund 100 Verfassungsfeiern in allen Regierungsbezirken veranstaltet.

„Uns war der Mut zum Feiern, wenn es um Staat und Staatsordnung ging, nach 1945 lange vergangen – bis zum Jahr 1967, als die Bayerische Einigung erst-

mals zur Feier des Bayerischen Verfassungstags aufrief in der Erkenntnis, dass man sich „niemals der Feiern schämen wird müssen, die nicht Diktatoren und Kriegsherrn in den Mittelpunkt stellen, sondern die Würde des Menschen, die Grundrechte verantwortungsbewusster Individuen und deren So-

lidarpflichten, das Bekenntnis zum Volk als souveränen Staatsherrn und das Bekenntnis zum Kulturstaat“, betonte Besold.

Diese Überlegungen seien auch im Jahr 1967 wesentlicher Antrieb für die damals Verantwortlichen der Bayerischen Einigung gewesen, „die Feier zu einem Bayerischen Verfassungstag“ ins Leben zu rufen. Getragen war dies Besold zufolge auch von der Erkenntnis, dass „Demokratie und Menschenrechte kein Wiegengeschenk der Geschichte“ sind, sondern ihre Ursprünge in der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts haben, die zum Teil auch blutig verlaufen ist.

Herrmann für bundesweite Volksentscheide

Als Festredner sprach sich Innenminister Joachim Herrmann für bundesweite Volksentscheide aus. „In Bayern haben wir mit solchen direktdemokratischen Elementen hervorragende Er-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert gemeinsam mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm.

Neues von Sabriul

Der Bürgermeister ist entnervt vom ewigen Gezerre um die Regierungsbildung. Seiner Ansicht nach reicht es nicht zu fragen „Was will ich?“. Vielmehr gehe es darum, was zu tun ist und was getan werden muss. Das nennt man Verantwortung. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Verleihung der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2017 der Bayerischen Landesstiftung.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Familienfreundliche Arbeitswelt ist Daueraufgabe	2
Diskussion um Straßenausbaubeiträge	2
Sicherheitsmaßnahmen auf Christkindmärkten	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Energiewende: Wir müssen mutiger werden!	3
Bayerischer Heilbädertag in Weißenstadt	3
Freistaat hilft strukturschwachen Kommunen	4
Wasser • Abwasser • Abfall • Umwelt	5 - 8
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV • Straßenbeleuchtung	9 - 11
Kommunalfahrzeuge	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Gemeinsames Erfolgsmodell von Freistaat und Wirtschaft

„Familienfreundliche Arbeitswelt ist Daueraufgabe“

Auch die diesjährige Bilanz zur Fortentwicklung des im Jahr 2014 ins Leben gerufenen Familienpakts Bayern der Staatsregierung mit der bayerischen Wirtschaft fällt positiv aus. Arbeits- und Familienministerin Emilia Müller betonte im Kabinett den gemeinsamen Willen aller Mitglieder, den Familienpakt Bayern auch über 2018 hinaus fortzusetzen. Müller: „Familienfreundlichkeit stärkt die Attraktivität der Unternehmen und vor allem junge Leute orientieren sich zunehmend daran, was das Unternehmen bietet. Eine familienfreundliche Arbeitswelt ist daher eine Zukunfts- und Daueraufgabe zugleich.“

Deshalb wollen wir den Familienpakt Bayern in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit den Paktpartnern der Wirtschaft fortsetzen. Den erfolgreich angestoßenen Wertewandel in der bayerischen Unternehmenswelt wollen wir weiter ausbauen und stetig begleiten. So soll sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch breiter in der Unternehmenskultur verankern.“

Die Ministerin nannte als Beispiel für erfolgreiche Maßnah-

men des Familienpakts die eigens eingerichtete Servicestelle, die Erstberatung, Lotsenfunktion und Vernetzung anbietet.

Workshops, Kurzleitfäden und Fachbroschüren

In diesem Jahr wurden die Angebote für Arbeitgeber durch zusätzliche fachliche Hilfe beispielsweise durch die Workshop-Reihe „Familienpakt Werkstatt“ sowie Kurzleitfäden und Fachbroschüren erweitert.

Auch das zentrale Online-Informationsportal zum Familienpakt Bayern wurde u.a. um eine interaktive Bayern-Landkarte und einen internen Mitgliederbereich ergänzt.

Unternehmenswettbewerb

Der Unternehmenswettbewerb „Erfolgreich.Familienfreundlich“ im Rahmen des Familienpakts geht in die zweite Runde. 228 Unternehmen haben sich beworben. Die 20 familienfreundlichsten Unternehmen Bayerns werden am 14. Mai 2018 im Schloss Nymphenburg ausgezeichnet. Müller betonte: „Der Familienpakt ist ein Erfolg – die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. So konnte die Mitgliederzahl im letzten Jahr auf 464 Mitglieder und Netzwerkpartner verdreifacht werden.“

Die Mitgliedsunternehmen haben 218 Maßnahmen zur betrieblichen Familienfreundlichkeit ausgebaut. Ferner wurden 166 weitere Maßnahmen neu eingeführt oder sind geplant.“

Dazu zählen beispielsweise die Schaffung von mobilen Arbeitsplätzen, der Aufbau von Kinder-Notfallbetreuungen oder die Durchführung von Workshops für Führungskräfte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bestmögliche Unterstützung

Gemeinsames Ziel von Staatsregierung und Wirtschaft ist es, das Zukunftsthema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ weiter voranzubringen und die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten.

Infos im Internet

Die Familien sollen bestmöglich bei der Bewältigung der Herausforderungen im Alltag unterstützt werden. Der Familienpakt Bayern wurde von der Staatsregierung mit den drei größten bayerischen Wirtschaftsverbänden – Bayerischer Industrie- und Handelskammertag, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und Bayerischer Handwerkstag – im Juli 2014 zunächst für die 17. Legislaturperiode geschlossen. Zur Weiterführung des Familienpakts Bayern finden nun Gespräche mit den Wirtschaftsverbänden statt. **Weitere Informationen** zum Familienpakt Bayern unter www.familienpakt-bayern.de/. □

Innenminister Joachim Herrmann:

Sicherheitsmaßnahmen auf Christkindlmärkten

Bayern setzt zum Schutz der Christkindlmärkte auf individuelle Sicherheitsmaßnahmen und maßgeschneiderte Sicherheitskonzepte.

Innenminister Joachim Herrmann erläuterte: „Unseren Sicherheitsbehörden liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, aus denen sich eine konkrete Gefährdung speziell für Christkindlmärkte in Bayern ableiten lässt. Es gibt überhaupt keinen Grund, auf einen Christkindlmarktbesuch zu verzichten. Dennoch werden die Sicherheitskräfte wachsam sein, damit unsere Christkindlmärkte möglichst sicher sind und der vorweihnachtliche, friedliche und besinnliche Charakter erhalten bleibt.“

Laut Herrmann ist für die Sicherheit von Christkindlmärkten grundsätzlich der jeweilige Veranstalter zuständig. „Eng abgestimmt mit Polizei und Sicherheitsbehörden gibt es an die jeweilige Situation angepasste Sicherheitsmaßnahmen und maßgeschneiderte Sicherheitskonzepte“, so der Minister. Beispielsweise gebe es im Einzelfall zentrale Lautsprecheranlagen, SMS-Verteiler für Marktleute oder Zufahrtssperren für Fahrzeuge. Herrmann: „Die Polizei wird lageangepasst uniformiert und zivil ihre Präsenz erhöhen, flankiert von intensiveren Personen- und Taschenkontrollen. Dabei unterstützen Einheiten der Bayerischen Bereitschaftspolizei und Einsatzzüge der Polizeipräsidien.“

Neu in diesem Jahr ist ein Pilotprojekt der Bayerischen Polizei mit mobilen Fahrzeugsperrern. In Augsburg, München und Nürnberg wird eine Sperre aus Gusseisen getestet, knapp 900 Kilogramm schwer und mit 120 Zentimeter hohen Stelen versehen. Bei dem Test geht es laut Herrmann vor allem um die Praxistauglichkeit solcher Sperrern für Ad-hoc Einsatzlagen der Polizei, beispielsweise bei konkreten Bedrohungssituationen. Nicht Aufgabe der Polizei sei es, planmäßige kommunale oder private Veranstaltungen mit solchen Sperrern zu versehen. „Schrittweise werden wir 2018 weitere mobile Fahrzeugsperrern testen“, kündigte Herrmann an. □



Bereitschaftspolizei und Einsatzzüge der Polizeipräsidien.“

CSU reagiert bei Reform des Kommunalwahlrechts:

Umstellung auf Sainte Lague/Schepers

Nach langen Diskussionen um eine Reform des Kommunalwahlrechts hat die CSU auf mehrere Expertenvorschläge reagiert. Die Landtagsfraktion befürwortet jetzt eine Umstellung auf das Verfahren nach Sainte Lague/Schepers bei der Zuteilung der Sitze nach Kommunalwahlen. Ursprünglich beabsichtigte die CSU eine Rückkehr zum d'Hondt-Verfahren, nachdem seit den Kommunalwahlen 2013 das Hare-Niemeyer-Verfahren angewandt wurde. Dies teilte der CSU-Innenexperte und Kommunalausschussvorsitzende Dr. Florian Herrmann nach einer Fraktionssitzung mit.

Mit ihrer Entscheidung für Sainte Lague/Schepers – das Verfahren wird seit 2008 bei Bundestagswahlen eingesetzt – folgt die Landtagsfraktion nicht nur den Empfehlungen der Mehrheit der Experten, die diese in einer Landtagsanhörung im Oktober ausgesprochen hatten (s. GZ Nr. 20 v.26.10.17). Die CSU wolle auch eine einvernehmliche Lösung mit SPD, Freien Wählern und Grünen, erklärte Herrmann. Diese hatten der Regierungsfraktion vorgeworfen, mit der Rückkehr zu d'Hondt ihren eigenen Vorteil zu verfolgen. Denn das Verfahren steht schon länger in der Kritik, größere Parteien zu bevorzugen. Dies bestätigte u.a. auch der Deg-

gendorfer Mathematiker Johannes Grabmeier, für den die Zuteilung der Sitze nach dem Zählergebnis zu Lasten der kleinen Parteien verzerrt. Er bevorzugt das Verfahren nach Sainte Lague/Schepers, das bei der Genauigkeit stets vorne sei.

Schon in der Anhörung waren sich alle Wissenschaftler der Problematik bewusst, dass sich Wahlergebnisse nie genau in Mandate umrechnen lassen und einfache Auf- oder Abrundungen das Ergebnis zu sehr verfälschen würden. Daher will man mit komplizierten mathematischen Verfahren eine möglichst genaue Annäherung erreichen. **rm**

Diskussion um Straßenausbaubeiträge

In Erster Lesung haben die Freien Wähler in der vergangenen Woche im Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes eingebracht. Dabei geht es um die Abschaffung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gegenüber Anwohnern, die dadurch finanziell stark belastet werden.

Bisher können Grundstückseigentümer beim Ausbau oder der Sanierung von Gemeindestraßen an den Baukosten direkt beteiligt werden, die sich teilweise im mittleren fünfstelligen Eurobereich bewegen. Zur Erhebung der Kosten sind die Kommunen verpflichtet, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu erlassen. Einen freiwilligen Verzicht der Gemeinden zur Beitragserhebung hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) mit Urteil vom November letzten Jahres untersagt.

Die Freien Wähler fordern jetzt die Abschaffung der Gebühr, weil sie für viele Betroffene unzumutbar bzw. existenzbedrohend sei. CSU, SPD und Grüne lehnen den Gesetzesvorstoß ab wie die kommunalen Spitzenverbände.

Kommunalabgabengesetz wurde verschärft

Nach der Straßenausbaubeitragssatzung müssen Bayerns Kommunen einen Großteil der Kosten für Straßensanierungen von den Anliegern kassieren. Grundlage dafür ist das Kommunalabgabengesetz, das durch das Urteil des BayVGH vom letzten Jahr verschärft wurde. Denn darin wurde die oberbayerische Gemeinde Hohenbrunn verpflichtet, die Beiträge von den Straßenanliegern einzufordern. Nach Ansicht der Freien Wähler werden seither die Kommunen durch die Landratsämter verstärkt zur Erhebung der Gebühren gezwungen.

Überforderte Bürger

Die dabei von den Gemeinden jährlich erwirtschafteten 60 bis 65 Millionen Euro könnte der Freistaat laut FW-Fraktionschef Hubert Aiwanger angesichts der günstigen Haushaltslage selbst tragen. Er griff die Gebühr scharf an, da sie ungerecht sei und in den Kommunen einen erheblichen Verwaltungsaufwand sowie politischen Ärger verursache. Zudem seien viele Bür-

ger mit den zum Teil fünfstelligen Summen finanziell überfordert. Darüber hinaus wollten viele Kommunen die Satzung nicht umsetzen. Aiwanger bekräftigte erneut die Absicht, ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einzuleiten, wenn sich die CSU einer Anpassung verweigere.

Beschädigung des Kommunalen Selbstverwaltungsrechts

Die CSU hatte schon im Vorfeld auf den jetzt im Landtag diskutierten Gesetzentwurf heftig reagiert und ihn als „Populismus“ bezeichnet. Ihr Rosenheimer Abgeordneter Otto Lederer warf den Freien Wählern vor, Unruhe in der Bevölkerung zu schüren und das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen zu beschädigen, weil die Freien Wähler ihnen mit der Aufhebung der Erhebungspflicht eine Einnahmequelle nehmen wollten. Er verwies auf eine im Februar getroffene Vereinbarung aller vier Fraktionen im Landtag, wonach das Kommunalabgabengesetz im nächsten Frühjahr wieder auf den Prüfstand komme. Lederer kündigte an, die CSU werde das Thema selbst aufgreifen und die Entscheidungsfreiheit der Kommunen mit einer „Kann-Regelung“ im Gesetz erhöhen.

Muss, kann, soll ...

Sein Parteikollege, der Kommunalausschussvorsitzende Dr. Florian Herrmann erläuterte, was damit gemeint ist. Früher sollten die Gemeinden die Satzung einführen, nach dem Hohenbrunner Urteil müssten diese sie einführen. Die CSU aber wolle, dass sie sie künftig einführen könnten, falls ein Bedarf bestehe. Eine Gesetzesänderung mit dieser Regelung solle zügig durchgeführt werden. Keine Gemeinde werde jedoch gezwungen, eine bestehende Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen stellte Herrmann klar.

Der SPD-Abgeordnete Klaus Adelt attackierte die Freien Wähler am heftigsten. Neben wahltaktischem Populismus warf er Aiwanger vor, die Kommunalpolitiker als „Abzocker“ und „Abkassierer“ zu diskreditieren. Gegenüber einer Novellierung des Kommunalabgabengesetzes zeigte er sich je-

derjenige, der mit einer kommunalen Einrichtung einen Sondervorteil erhält, die entstehenden Kosten in vertretbarem Umfang tragen soll“, heißt es in einer Erklärung des kommunalen Spitzenverbands. Die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei nicht zielführend, sondern verunsichere die Städte und Gemeinden. Das Kommunalabgabengesetz bestimme, dass Beiträge erhoben werden „sollen“. Nach der bisherigen Lesart bedeutet „sollen“ für weit über 90 Prozent der bayerischen Städte und Gemeinden ein „müssen“.

Wichtig für die Infrastruktur

Buckenhofer: „Die Straßenausbaubeiträge sind für die Erhaltung und Entwicklung sicherer und intakter Straßennetze von herausragender Bedeutung. Kommunen müssen auf ihrem Wegenetz die Verkehrssicherheit der Menschen gewährleisten – Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger brauchen sichere Wege und gute Straßenbeleuchtung, auch für ihr Sicherheitsgefühl.“ Das kommunale Straßennetz müsse so finanziert werden, dass ein sicherer Verkehrsfluss gewährleistet ist.

Ein beträchtlicher Teil des kommunalen Straßennetzes ist älter als dreißig Jahre. Die angespannte Haushaltslage in vielen Städten und Gemeinden lasse keine Möglichkeit für eine kommunale Vollfinanzierung über die Steuereinkünfte, so der Geschäftsführer. Alternative nachhaltige Finanzierungsformen seien für Kommunen nicht in Sicht. Das Straßenausbaubeitragrecht ziehe bewusst diejenigen heran, die als Anlieger einer Straße einen Vorteil haben; nicht zuletzt die Güte der Verkehrsanschlüsse bestimme den Wert des Eigentums und erlaube dessen wirtschaftliche Nutzung. Buckenhofer: „Mit der Entrichtung des Beitrags sichert der Eigentümer die Anbindung und den Wert seines Grundstücks.“ **rm/BSt**



Dr. Florian Herrmann. □

doch gesprächsbereit. Man werde nicht ablehnend, sondern ergebnisoffen über eine Anpassung diskutieren.

Jürgen Mistol (Grüne) verwies darauf, dass die geringe Akzeptanz der Straßenausbaubeiträge vor allem darauf beruhe, dass in der Vergangenheit kein einheitlicher Vollzug gewährleistet gewesen sei und lediglich 70% der Kommunen diese Gebühren erhoben hätten. Er sprach sich dafür aus, die Ergebnisse der Evaluation bis Ende April 2018 abzuwarten.

Der Gesetzentwurf wurde an den zuständigen Kommunalausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Städtetag gegen Abschaffung

Als „unverzichtbares Finanzierungsmittel“ bezeichnete inzwischen der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer die Straßenausbaubeiträge. „Der Grundsatz war und ist unbestritten, dass

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erhard Radlmeier
94526 Metten
am 7.12.

Bürgermeister Josef Christl
93477 Gleißenberg
am 12.12.

Bürgermeister Edgar Ilg
89350 Dürrlauringen
am 13.12.

Bürgermeister Georg Reitsberger
85591 Vaterstetten
am 14.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Eberhard Streit
97638 Mellrichstadt
am 8.12.

Bürgermeister Franz Hauck
86860 Jengen
am 9.12.

Bürgermeister Helmut Haider
84137 Vilsbiburg
am 9.12.

Bürgermeister Josef Keller
87663 Lengenwang
am 12.12.

Bürgermeister Johann Egger
83334 Inzell
am 17.12.

Bürgermeister
Willhelm Kieslinger
91598 Colmburg
am 18.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kloo
83059 Kolbermoor
am 7.12.

Bürgermeister Thomas Reichert
97342 Marktstefl
am 11.12.

Bürgermeister Joachim Neuß
91275 Auerbach i. d. OPf.
am 13.12.

Bürgermeister Werner Burger
95356 Grafengehaig
am 14.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Claudia Forster
85095 Denkendorf
am 9.12.

Bürgermeister Martin Schachtner
91740 Röckingen
am 17.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alexander Schneider
97779 Geroda
am 8.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Heilbädertag in Weißenstadt:

Immense Vorsorgelücke

Die Lebensarbeitszeit steigt, Volkskrankheiten wie Rückenschmerzen nehmen zu – dennoch werde viel zu wenig für die Vorbeugung getan, monierte der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Klaus Holetschek, beim Bayerischen Heilbädertag in Weißenstadt. Dem Thema Prävention sei deshalb höchste Priorität einzuräumen.

Das Präventionsgesetz des Bundes ist aus Holetscheks Sicht ein guter Ansatz, aber ein zahnloser Tiger. Die Versäumnisse lägen bei den Krankenkassen und beim Gesetzgeber, weshalb der BHV-Vorsitzende die künftige Bundesregierung aufforderte, von den Kassen mehr Leistungen einzufordern und steuerliche Anreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Betriebliches Gesundheitsmanagement zu schaffen. Darüber hinaus müsse das System des Risiko-Strukturausgleichs der Krankenkassen auf den Prüfstand. Davon profitierten vor allem Krankenkassen mit überdurchschnittlich vielen kranken Versicherten.

„Luft nach oben“ bei Vorsorge und Früherkennung

Die „Verjüngung“ der Gesamtbevölkerung um ein Jahr etwa durch Prävention könnte die Kosten im deutschen Gesundheitswesen um rund zehn Milliarden Euro reduzieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung der HSH Nordbank. Sie nannte dies „machbar“, sei doch bei Vorsorge und Früherkennung noch „Luft nach oben“.

Wie der Autor der Studie Thomas Miller betonte, stiegen gerade im Alter die Ausgaben für Krankheiten des Stoffwechsels (etwa Diabetes), Kreislaufs (beispielsweise Bluthochdruck), Muskel-Skelett-Systeme (zum Beispiel Osteoporose) sowie bei Neubildungen (etwa Krebs).

Diese vier Bereiche würden im Jahr 2017 in der Altersgruppe über 65 Jahre 84,4 Milliarden Euro betragen – das ist fast ein Viertel der gesamten deutschen Gesundheitskosten. Hochge-

rechnet auf 2025 wachse dieser Wert auf 106,9 Milliarden Euro. Und gerade bei diesen Erkrankungen würden Vorsorge und Früherkennung am effektivsten gegensteuern, so Miller.

Je jünger um so preiswerter

Die HSH hat ebenfalls ermittelt, welcher biologischen Verjüngung der Wert von 10 Mrd. Euro in etwa entsprechen würde. Basis dafür ist der rapide Anstieg der Pro-Kopf-Gesundheitskosten mit steigendem Alter. Bei Personen über 85 Jahren ermittelte die HSH Nordbank Pro-Kopf-Kosten von rund 25.000 Euro für das Jahr 2025. In der Altersklasse von 15 bis 30 Jahren sind es dagegen nur 2.137 Euro. Die Gesundheitskosten nach Lebensalter kombinierte die HSH Nordbank mit der vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 2025 ermittelten Alterspyramide.

Wie Miller hervorhob, bestehe in Deutschland eine erhebliche Vorsorgelücke. „2015 erreichten die Gesundheitsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung den historischen Höchststand von 202 Milliarden Euro. Nur knapp ein Prozent davon floss in die Prävention.“

Ungleiche Gesundheitschancen

Der Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock erklärte, dass drei Viertel der Krankheiten und Todesfälle durch wenige, große chronische Erkrankungen verursacht würden, weshalb es hier große Potenziale bei der Prävention gebe. Eine große Herausforderung seien die ungleichen Ge-

sundheitschancen in Deutschland: „Je höher das Einkommen, umso höher ist die Lebenserwartung. Hier liegt eine wichtige, strategische Herausforderung an die Politik und die Krankenkassen.“

Persönliche Gesundheits-Ressourcen

Mit dem Konzept von „Lebenswelten“ wie Kindertagesstätten, Betriebe, Stadtteilen, Betrieben oder Pflegeeinrichtungen biete das Präventionsgesetz des Bundes einen guten Rahmen für die Aktivitäten der Krankenkassen, fuhr Rosenbrock fort. Hier seien unabhängig vom Einkommen die persönlichen Gesundheits-Ressourcen gut zu mobilisieren.

Gleichwohl hätten gerade hier die Gesetzlichen Krankenkassen nach den bisherigen Erfahrungen noch viel zu lernen. „Sie müssen sich vernetzen, Kooperationen eingehen, und Prävention auch professionell organisieren.“ Das sei bislang noch viel zu wenig passiert.

Gästepus bei den Kurorten

Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer verwies seinerseits darauf, dass die Kurorte und Heilbäder im Freistaat ein Gästepus verzeichneten: 2016 gab es 5,4 Millionen Gästetage und damit ein Plus von 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gemeinsam mit den rund 43 Millionen Tagesgästen konnte damit ein Umsatz von 4,5 Milliarden Umsatz erwirtschaftet werden. Die Kurorte und Heilbäder haben Pschierer zufolge aber nicht nur einen direkten wirtschaftlichen Effekt; ihre Leistungen trügen auch entscheidend zur Prävention bei. Da dabei auch die volkswirtschaftlichen Effekte erheblich sind, sei es wichtig, die Prävention künftig noch stärker im Gesundheitssystem zu verankern. **DK**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Unterfranken:

Konzentration auf Zukunftsaufgaben

Die Themen Anreize zur Schaffung von Wohnraum und Konzept für das digitale Klassenzimmer standen auf der Tagesordnung der Bezirksversammlung Unterfranken des Bayerischen Städtetags in Würzburg. Über die Sitzungsergebnisse informierten Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Karlstadts Erster Bürgermeister Dr. Paul Kruck, Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsglieder in Unterfranken, Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt sowie Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags.

Wie Städtetagsvorsitzender Dr. Kurt Gribl darlegte, bleibe eine Daueraufgabe für eine neue Bundesregierung drängend: In vielen Regionen müssten bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Bund, Freistaat und Kommunen müssten ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Der Bund müsse Anreize schaffen für Investitionen zum Bau neuer Wohnungen und zur Sanierung des Wohnungsbestandes. Die staatliche Wohnraumförderung sei weiter zu intensivieren, zu optimieren und zu vereinfachen. Der Bund und besonders der Freistaat müssten ihre Mittel erhöhen.

Klares Signal gefordert

Laut Gribl laufen die Entflechtungsmittel des Bundes für soziale Wohnraumförderung 2019 aus. Städte und Wohnungswirtschaft benötigten ein klares Signal, wie es mit der Förderung weiter geht, drohe doch andernfalls ein Stillstand bei notwendigen Investitionen. Gribl verwies auf ein weiteres Problem: „Der Wohnungsbau wird teuer wegen der hohen Anforder-

ungen an Wohnungen bei Barrierefreiheit und energetischen Standards – hier sollte der Bund mehr Augenmaß zeigen.“

Weitere Anreize nötig

Der Verbandschef wies darauf hin, dass in den Städten der Raum knapp wird und somit in verdichteten Räumen die Mobilisierung von Bauland sich schwierig gestaltet. Die Möglichkeiten des Baugesetzbuches allein – etwa mit der kürzlich neu geschaffenen Kategorie des „urbanen Mischgebiets“ – helfen Städten und Gemeinden aus seiner Sicht nicht ausreichend, um schnell Bauland für Wohnungen zu gewinnen. Darum müssten weitere Anreize zur Flächenmobilisierung geschaffen werden.

Gribl: „Städte wollen bauen, aber die Flächen für Bauland fehlen: Städte und Gemeinden brauchen Handlungsspielräume für eine vorausschauende Bevorratung von Flächen.“ Sie müssten bereits im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen ein Vorkaufsrecht für Grundstücke auf eigenem Ge-

biet bekommen, um rechtzeitig Baugrund, Austauschflächen oder Ausgleichsflächen für den Neubau von Wohnungen erwerben zu können.

Nach Einschätzung des Städtetagschefs muss der Bund steuerliche Anreize schaffen, damit brach liegende Flächen einer sozialen Nutzung zugeführt werden. Darüber hinaus sei es an der Zeit, endlich eine Einigung zu finden, die degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) für Wohnungsbau wieder einzuführen. Hilfsweise könnten Investitionszulagen Private motivieren, Bauland für den Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Strukturpolitische Verantwortung des Bundes

Gribl: „Liegenschaften und Freiflächen des Bundes müssen bevorzugt und vergünstigt an Kommunen abgegeben werden. Der Bund muss seiner strukturpolitischen und sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden. Er muss einen Rechtsrahmen schaffen, damit die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bei strukturpolitisch und sozial wichtigen Projekten Grundstücke billiger abgeben kann, um dort günstige Wohnungen zu bauen.“

Städte und Gemeinden benötigten in der Städtebauförderung verlässliche und dauerhafte Rahmenbedingungen. Anstatt eine Vielzahl an themati-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

mit 43,3 Prozent Anteil im Jahr 2016 haben die erneuerbaren Energien sich als wichtigster Stromlieferant in Bayern an die Spitze der Bruttostromerzeugung gesetzt. Damit reihen sie sich nun vor der Kernenergie ein, wie die neuen Zahlen zur Stromerzeugung des Bayerischen Landesamtes für Statistik belegen. Im Grunde eine gute Zwischennachricht aus dem Freistaat, doch für Euphorie in Sachen Energiewende gibt es meiner Meinung nach keinen Anlass.

Fakt ist: Der Umbau unserer Energieversorgung gehört zu den größten und komplexesten Herausforderungen – nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Vielschichtig wird es auch, wenn wir die politischen Beweggründe für dieses Großprojekt



wende mutiger werden. Wir können nicht immer nur sagen, wir wollen etwas ändern und scheuen uns dann vor Veränderungen vor Ort.

Auf gesetzgeberischer Ebene ist dazu nach Expertenmeinung ein ganzes Paket mit kurz-, mittel-, und langfristigen Maßnahmen notwendig, um die nächste Stufe zu zünden. Unter anderem geht es um folgende Punkte:

- Bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien – mit Anreizen für Systemdienlichkeit, um einen netz- und kostenbelastenden „Wildwuchs“ zu verhindern.

- Einstieg in die Sektorkopplung von Strom, Wärme und Mobilität. Die Digitalisierung bietet bereits jetzt viele Möglichkeiten inklusive eines intelligenten Netzausbaues.
- Erforschung von Speichertechnologien stärker fördern und schneller zur Marktreife bringen.
- Förderung von Energiesparmaßnahmen, wie z.B. die energetische Gebäudesanierung
- Effiziente und umweltverträgliche Mobilitätskonzepte für Stadt und Land
- Beibehaltung der Technologieoffenheit und eine ganzheitliche Betrachtung der Energieträger (z. B. Regelungspotential und Energiebilanz beachten). Dies gewährleistet Innovationkraft bei gleichzeitiger Wirtschaftlichkeit.

Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) sehen wir aber nicht nur den Staat in der Pflicht, sondern auch wir, die Vertreter der kommunalen Familie sind gefragt. Denn eines ist klar: Die Energiewende klappt nur mit den Kommunen und bietet mit ihrer Dezentralität große Potentiale für eine Wertschöpfung vor Ort – vor allem für den ländlichen Raum. Dies sollte jetzt noch stärker in den strukturpolitischen Überlegungen jeder einzelnen Gebietskörperschaft mit einbezogen werden.

Viele Kommunen engagieren sich bereits seit Jahren gemeinsam mit ihren Eigenbetrieben und der Bürgerschaft in vielfältiger Weise: Investitionen in erneuerbare Energien, Festlegung von Flächen für die Wind- und Solarenergie, die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Energiesparmodelle in Schulen und Kindergärten, die Stärkung des ÖPNV und des klimaschonenden Radverkehrs, eine umweltfreundliche Beschaffung sowie die Aufstellung umfassender Klimaschutzkonzepte sind Beispiele hierfür.

Doch bei einigen Kommunen besteht auch noch ein gewisser Nachholbedarf. Dort schlummern die oftmals teuer in Auftrag gegebenen Energienutzungspläne noch immer in den Schubläden und warten auf mutige Frauen und Männer, die daraus Projekte in die Tat umsetzen. Wir brauchen also eine neue Aufbruchsstimmung hinsichtlich der Chancen, die der Umbau zu einer umweltfreundlichen sowie nachhaltigen Energieversorgung für uns alle bereithalten kann.

Hier wollen wir als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ansetzen, um als „Mutmacher“ und Ideengeber unseren Beitrag in den Bezirken, Landkreisen, Städten und Gemeinden zu leisten, aber auch immer wieder Impulsgeber für die große Politik sein, wenn es darum geht die passenden Rahmen zu setzen.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

schon Einzelprogrammen mit unterschiedlichen Laufzeiten zu konzipieren, sei eine Konzentration der Städtebauförderung auf ein langfristiges und inhaltlich flexibles Programm nötig. Gribl forderte den Bund auf, die Mittelausstattung für die Städtebauförderung auf hohem Niveau zu halten, um den Herausforderungen der Stadtentwicklung gerecht zu werden.

Schulfinanzierungsgesetz aus dem „Kreidezeitalter“

Mit Blick auf die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie verwies der Vorsitzende darauf, dass dies eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sei, wobei der Freistaat besonders in der Pflicht stehe. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz stamme noch aus dem „Kreidezeitalter“, als Kreide und grüne Tafel die Grundausrüstung in

Schulen waren, betonte Gribl. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz müsse deshalb an die modernen Voraussetzungen des Internet- und Computerzeitalters angepasst werden.

Der Freistaat müsse dauerhaft die IT-Ausstattung der Schulen und ihren Betrieb mitfinanzieren – dazu gehöre auch das entsprechende Personal. Würzburgs Rathauschef Christian Schuchardt verwies in diesem Zusammenhang auf das 300-Millionen-Euro-Paket, das seine Stadt für die kommenden Jahre beschlossen hat. In gleicher Größenordnung will Augsburg Gribl zufolge investieren.

Der Bayerische Städtetag erwartet, dass sich Freistaat und Bund angemessen an den Kosten des Investitionsaufwands beteiligen. Darüber hinaus geht es um die laufenden Kosten für den Betrieb der IT-Ausstattung, die Kosten für die Wiederbeschaffung von Geräten und die

Aktualisierung der Software. Fördermittel des Bundes dürften nicht mit Fördermitteln des Freistaats verrechnet werden oder vom Freistaat einbehalten werden.

Klarheit über die Standards und Schnittstellen

Gribl: „Bevor wir über Medienentwicklungspläne und Förderprogramme sprechen, muss für die Praxis an Schulen Klarheit über die Standards und Schnittstellen herrschen. Nötig ist eine schlüssige Gesamtkonzeption. Die IT-Ausstattung von Schulen ist keine einmalige Investition, sondern eine Daueraufgabe. Die finanziellen Möglichkeiten der kommunalen Sachaufwands-träger dürfen nicht überfordert werden.“

So sei die IT-Systembetreuung eine aufwändige Angelegenheit, die auf Dauer geschultes Personal (Fortsetzung auf Seite 4)

Megathema Gesundheit und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

befürwortet worden sei. Trotz gescheiterter Verhandlungen müsse diese Forderung weiter verfolgt werden.

Mit Blick auf die angemessene Vergütung von Notfällen hob Huml die Notwendigkeit von Bereitschaftspraxen hervor. Nach Ansicht der KPV werde deren Etablierung in den Krankenhäusern nicht dazu führen, dass sämtliche Patienten der Nothilfen der Kliniken über diese Praxen versorgt werden können. Gerade die Vergütung für die Versorgung von Patienten, die die Nothilfen außerhalb der Sprechzeiten der Praxen aufsuchen, müsse verbessert werden. Ziel müsse es sein, eine Vergütung wie ein niedergelassener Arzt zu erlangen. Schließlich leisteten die Nothilfen der Kliniken einen sehr wesentlichen Beitrag bei der Versorgung von Nothilfepatienten vor Ort. „Nicht jede Erkrankung oder Verletzung ist ein Fall für den Notarzt oder die Notaufnahme im Krankenhaus“, erklärte die Ministerin. Hier müsse auch an die Vernunft der Patienten appelliert werden.

Versorgung sichern

Was die Sicherstellung der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum anbelangt, wies Huml auf die Überalterung der niedergelassenen Ärzte in der Fläche hin. Jeder dritte Hausarzt in Bayern sei über 60 Jahre alt, Fachärzte seien im Schnitt fünf Jahre jünger. Junge Ärzte ließen sich heutzutage nur schwer zu einer Praxisübernahme außerhalb der Städte bewegen. Es gelte, diesem Trend entgegenzuwirken, um der Bevölkerung in allen Regionen Bayerns einerseits kurze Wege zum Hausarzt zu ermöglichen und in einer angemessenen Entfernung zudem eine fachärztliche Versorgung, auch im Notfall, vorzuhalten.

Um gerade in ländlichen Regionen ausreichend Praxisnachfolger zu gewinnen, hat das Bayerische Gesundheitsministerium das bayerische Förderprogramm zum Erhalt und zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land aufgelegt. Im Rahmen des Programms unterstützt das Ministerium unter anderem die Niederlassung von Haus- und Fachärzten mit bis zu 60.000 Euro. Über 300 Hausärzte seien in der Fläche inzwischen durch dieses „gut angenommene“ Programm gefördert worden.

Konzentration ...

(Fortsetzung von Seite 3)

nal benötigt. Das koste Geld – nicht zuletzt bei den Folgekosten für Wartung und Wiederbeschaffung. Nötig sei besonders mit Blick auf den Lebenszyklus von Geräten und Software eine Abschätzung der Kostenfolgen. Die Kommunen brauchten Klarheit, was der Freistaat will und welchen finanziellen Aufwand die Initiative Bayern Digital II auslöst.

Wie der Städtetagsvorsitzende hervorhob, seien die Herausforderungen komplex, nicht zuletzt die Ausschreibung für IT-Geräte, die Anforderungen an digitale Schulbücher, die regelmäßige Pflege der Software, die Erteilung von Landeslizenzen oder die Gestaltung von landesweiten digitalen Lernplattformen. Gribl: „Diese vielfältigen Aspekte müssen in eine schlüssige Gesamtstrategie mit klaren Standards eingebunden sein. Dieser Rahmen ist noch nicht gefügt. Wir brauchen eine Vorstellung davon, wie das digitale Klassenzimmer der Zukunft aussehen soll.“ DK

Mit dem Konzept „Gesundheitsregionen plus“ will die Ministerin zudem die medizinische Versorgung und Prävention im Freistaat weiter verbessern. Die regionalen Netzwerke sollen auf kommunaler Ebene zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen. Der Freistaat unterstützt die „Gesundheitsregionen plus“ durch Beratung und Fördermittel. Inzwischen gibt es nach Humls Angaben 39 Gesundheitsregionen, 50 werden anvisiert. In diesem Zusammenhang dankte die Ministerin den Landräten für ihre engagierte Mitwirkung an diesem Programm.

Erhalt der Geburtsabteilungen

Beim Punkt „Erhalt der Geburtsabteilungen“ ist die KPV überzeugt, dass die Sicherstellung der geburtshilflichen Abteilungen in den Kliniken auf dem Land nur durch die Beibehaltung des bisherigen Belegarzt- und Beleghebammen-systems flächendeckend ermöglicht werden kann. Rechtliche und wirtschaftliche Anreize sollten geschaffen werden, um die geburtshilflichen Planbetten zu sichern und sie ausreichend personell und finanziell auszustatten.

Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Geburtshilfe überall in Bayern zu erhalten, sei ein rasches Gegensteuern unerlässlich, legte Huml dar. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf einen Schiedsspruch der zuständigen Schiedsstelle auf Bundesebene vom September dieses Jah-

res, der auf einem gemeinsamen Schiedsantrag des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands BfHD e.V. und des GKV-Spitzenverbandes beruht. Danach sollen freiberufliche Hebammen zwar rückwirkend zum 15. Juli rund 17 Prozent mehr Geld bekommen. Zu dem Beschluss gehört aber auch, dass sie in der Klinik künftig nur noch die gleichzeitige Betreuung von maximal zwei Schwangeren abrechnen können.

„Dieser Schiedsspruch ist für Bayern nicht ideal“, räumte Huml ein. Die geäußerten Sorgen nehme sie ernst, zumal gerade in Bayern der Anteil der Beleghebammen und der Belegärzte weit überdurchschnittlich ist. Damit alle werdenden Mütter auch künftig ein ausreichendes Geburtshilfe-Angebot in Bayern haben, hat die Ministerin im Rahmen einer von ihr initiierten Hebammenstudie im Oktober die Befragung von Müttern gestartet. Rein statistisch ist die Zahl der Hebammen Huml zufolge gestiegen. Sie wolle aber auch die tatsächlichen Erfahrungen mit der Versorgungssituation kennen. Denn damit könnten weitere Maßnahmen zielgerichteter ergriffen werden.

Bei der Fachkräfteausbildung in der Pflege gilt es aus Sicht der Ministerin Anreize zu schaffen, dass wieder mehr junge Menschen den Beruf der Krankenschwester bzw. des Krankenpflegers erlernen. Nach Auffassung der KPV werde allein die Zusammenführung des Berufszweiges mit der Altenhilfeausbildung si-

cher nicht dazu führen, dass der enorme Bedarf an Pflegefachkräften in den kommenden Jahren gedeckt werden kann. Hier gelte es, die bestehende Ausbildungsbetriebe zu stärken.

Auch weisen die Kommunalpolitiker auf die Herausforderungen im Bereich der Betreuung der älteren Menschen hin. Sie sehen die zurückliegenden gesetzlichen Neuerungen durch die Pflegestärkungsgesetze nur als einen ersten Schritt an, um der steigenden Zahl älterer und zu betreuender Bürger gerecht zu werden.

Anerkennung für die Pflege

„Wir brauchen mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Pflege“, unterstrich Huml. Nicht nur der finanzielle Aspekt spiele eine Rolle, es gehe hier auch um Wertschätzung. Sie wolle weiter dafür werben, dass noch mehr Menschen den Beruf als Altenpfleger ergreifen.

Nach Humls Worten werden rund 70 Prozent der Menschen, die Unterstützung brauchen, derzeit zu Hause gepflegt – von ihren Angehörigen sowie im Verbund mit häuslichen Pflegediensten. Die Angehörigen pflegten ihre Familienmitglieder teilweise über viele Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg. Auch sie müssten entlastet werden.

Im Gegensatz zur Tagespflege, die sich positiv entwickelt, gehe die Zahl an Kurzzeitplätzen in Heimen erschreckend zurück. Hier müssen aus Humls Sicht Anre-

Unermüdlich für das ...

(Fortsetzung von Seite 1)

men mit den jeweiligen Gemeinden und Jugendsprechern werden Wünsche und Vorschläge, aber auch Sorgen und Nöte der Jugendlichen in Gruppen-Workshops gesammelt. Konzipiert wurde eine Veranstaltung, bei der sich junge Menschen in jugendgerechter Form Gedanken zu ihrer Lebenswelt in ihrer Heimatgemeinde machen.

Der Katholische Verein für soziale Dienste Memmingen und Unterallgäu (SKM) wurde für seinen rund 30 Jahren andauernden Einsatz für Straffällige und Wohnungslose geehrt. Der SKM wolle Menschen am Rande der Gesellschaft eine Perspektive bieten, die eigenen Ressourcen fördern und unterstützen, hieß es in der Laudatio.

Soziale Trainingskurse

So bietet der SKM in Zusammenarbeit mit der Justiz für Heranwachsende Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz an, etwa soziale Trainingskurse. Im Projekt „Let's talk2, das in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft erfolgt, beraten sich Schüler und Auszubildende unter Anleitung einer Sozialpädagogin auf Augenhöhe mit jugendlichen Ersttättern über die Delikte und die Möglichkeit von Wiedergutmachungen.

Darüber hinaus fördert der SKM an Schulen durch sozialpädagogische Leistungen die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen aus schwierigen sozialen Verhältnissen und kümmert sich mit Hilfe Ehrenamtlicher um Gefängnisinsassen und deren Angehörige. Der Verein ist auch Träger der Memminger Tafel, unterhält dort eine Wärmestube und bietet in einem Haus sieben Wohnplätze für Strafentlassene und Menschen in Notlagen an.

Die Vesperkirche Schweinfurt wurde im Februar bereits zum dritten Mal in der evangelischen Johanneskirche ausgerichtet. Es ist die erste dieser Art in Bayern und wird mit ihrem jeweils dreiwöchigen Angebot mit sehr günstigem Essen für vor allem bedürftige Menschen „zu ei-

Söder und Füracker:

Freistaat hilft strukturschwachen Kommunen mit 144 Millionen Euro

Der Freistaat unterstützt seine strukturschwachen Kommunen im ländlichen Raum tatkräftig. Bayernweit erhalten 151 Kommunen über 144 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

Von den Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden. „Ein starkes Signal für die Kommunen und ein gutes Signal für Kommunen mit schmalen Geldbeutel. Diese Mittel sind Teil des Kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2017 ein Rekordvolumen von fast neun Milliarden Euro erreicht. Auch in diesem Jahr geht jeder vierte Euro aus dem Staatshaushalt an Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen tatkräftig“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Übergabe der Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen an die Vertreter der Kommunen gemeinsam mit Staatssekretär Albert Füracker in Nürnberg fest.

Nach Oberfranken gehen über 60 Millionen Euro, in die Oberpfalz über 36 Millionen Euro, nach Unterfranken über 20 Millionen Euro, nach Niederbayern fast 14 Millionen Euro, nach Mittelfranken über 12 Millionen Euro, nach Schwaben 400.000 Euro und nach Oberbayern 300.000 Euro.

Die Stabilisierungshilfen sollen besonders strukturschwache Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen. Voraussetzung für die Bewilligung von Stabilisierungshilfen sind u.a. Strukturschwäche bzw. eine besonders stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung sowie eine unverschuldete finanzielle Notlage. □

ze geschaffen werden, damit wieder mehr Kurzzeitplätze installiert werden. Dies würde den Angehörigen mehr Sicherheit geben.

Mit Blick auf das Thema Zugangsvoraussetzungen für Medizinstudienplätze kommt es sowohl der Ministerin als auch den KPV-Mitgliedern nicht nur auf

eine exzellente Abiturnote an, sondern auch auf die persönliche Eignung für den Arztberuf. Dies sollte als Kriterium für eine Studienplatzvergabe mehr Berücksichtigung finden.

Bilanzierend kritisierte Huml, dass „Bayern mehr in den Gesundheitsfonds einzahlte als andere und nicht adäquat bezahlt bekommt, was an Geldern für die Versorgung gebraucht wird“. Dies sei ein Unding. DK

GmbH & Co. KG zählt damit zu den energieeffizientesten Produktionsstätten in ganz Europa.

Miteinander-reden und Miteinander-machen

Seit 27 Jahren engagiert sich die Umweltorganisation Green City e.V. für die Umwelt in München. „Sie tun das auf eine Art, die von Zuversicht, Kreativität und menschlichem Engagement geprägt ist. Sie scheuen sich nie vor ungewöhnlichen Herangehensweisen, um Menschen einzubinden – nicht nur ins Miteinander-reden, sondern auch ins Miteinander-machen. Gemeinsam mit den Bürgern sagen sie dem Klimawandel und den Verkehrsproblemen in der am schnellsten wachsenden Metropole Deutschlands den Kampf an“, hieß es in der Laudatio.

Nanopartikel existieren überall in der Natur und sind insofern nichts Ungewöhnliches. Seit einigen Jahren werden aber in immer größeren Mengen vom Menschen hergestellte, synthetische Nanopartikel in Produkte eingearbeitet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, mögliche Auswirkungen von Nanopartikeln auf Gesundheit oder Umwelt im Auge zu behalten. Die zwei Wissenschaftler der TU München, Dr. Georg Hartmann und Andreas Wimmer wurden für ihr Verfahren prämiert, Nano-Teilchen in Umweltproben zu bestimmen. Damit ist es möglich, den Weg der Partikel durch das Abwassersystem, wo sie nach dem Gebrauch größtenteils landen, bis in die Kläranlage und den Vorfluter zu messen. Man kann nun erstmals die Spur der Silberrnanopartikel in die Umwelt aufnehmen und verfolgen.

Mit dem Kulturpreis wurden schließlich die Geigerin Anne-Sophie Mutter, der Schriftsteller Eugen Gomringer und das Theater Pfütze in Nürnberg, bedacht. Die fränkischen Theatermacher würden mit ihrer künstlerischen Qualität alle Generationen begeistern, betonte die Landesstiftung. DK

Für eine wehrhafte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

fahrungen gemacht. Von daher wünsche ich mir solche Instrumente auch auf Bundesebene, etwa wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht“, erklärte der Minister. Zwar sei dafür eine Verfassungsänderung notwendig, „jedoch bedeutet Verfassungspatriotismus ja nicht nur tradierte Werte zu konservieren“. Richtig verstanden müsse Verfassungspatriotismus auch neuen Entwicklungen gestaltend begegnen und offen sein für Neues und bislang noch nicht Bedachtes.

Laut Herrmann ist der Begriff des Verfassungspatriotismus aktueller denn je. Ihm komme „für unser Selbstverständnis und ein friedvolles Zusammenleben“ eine ganz entscheidende Rolle zu. Darunter sei die besondere Wertschätzung zu verstehen, die der Bürger seiner Verfassung, den darin enthaltenen gemeinsamen Werten und den garantierten Grundrechten entgegenbringe.

Gemeinsame Werte

Die gemeinsamen Werte der Verfassung und somit auch ein gesund gelebter Verfassungspatriotismus trügen zur Identifikation und damit auch zur Integration in unserem Gemeinwesen bei, fuhr der Minister fort. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderungsentwicklung gelte es Menschen unterschiedlichster Herkunft mit verschiedensten religiösen Überzeugungen, sozialen Prägnanzen und Ansichten zu integrieren und ein geordnetes Zusammenleben zu ermöglichen.

Herrmann forderte eine wehrhafte Demokratie, in der Verfassungspatriotismus nicht nur eine inhaltsleere Hülse oder eine Floskel bleiben dürfe: „Es gilt, sich aktiv einzubringen.“ Dabei hob er ganz besonders das Bürgergutachten „2030. Bayern Deine Zukunft“ hervor. Bis Frühjahr 2018 können die Bürgerinnen und Bürger in Bayern in einer

mehrstufig angelegten Bürgerbeteiligung im Online-Verfahren ihre wertvollen Anregungen und Ideen einbringen, die dann in einem Bürgergutachten zusammengefasst und bei einem Bürgergipfel dem Ministerpräsidenten überreicht werden.

Eine herausragende Würdigung nahmen Vertreter der Jugendverbände und BJR-Präsident Matthias Fack im Anschluss stellvertretend für die vielen Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen in der Jugendarbeit entgegen: Der Bayerische Jugendring wurde mit dem Verfassungspreis „Jugend für Bayern“ 2017 ausgezeichnet, gemeinsam gestiftet von der Bayerischen Staatsregierung und der Bayerischen Volksstiftung.

Junge Menschen teilhaben lassen, Verantwortung fürs Gemeinwesen übernehmen: Dafür setzten sich, wie Herrmann in seiner Laudatio hervorhob, Ehrenamtliche und Hauptberufliche seit der Gründung des Bayerischen Jugendrings im Jahr 1947 ein: Mit seinen 103 Stadt-, Kreis- und Bezirksjugendringen sowie 34 landesweiten Mitgliedsverbänden bilde der BJR eine bundesweit einmalige Form der demokratischen Willensbildung von Kindern und Jugendlichen.

Haltung zeigen

„Zivilgesellschaft zu gestalten und für politische Rahmenbedingungen einzutreten, rücken wir in der nächsten Zeit verstärkt in den Mittelpunkt unseres Tuns“, unterstrich BJR-Präsident Matthias Fack in seiner Dankesrede. Mit dem Motto „Gemeinsam Haltung zeigen“ setze der BJR im 70. Jahr seines Bestehens ein deutliches Zeichen gegen rassistisches und nationalistisches Gedankengut.

Die musikalische Umrahmung des Festakts erfolgte durch das Ensemble Blechschaden unter der Leitung von Bob Ross. Diese Gruppe erhielt schließlich den Anerkennungspreis der Bayerischen Volksstiftung 2017. DK

Kontrolle der Lastannahmen:

Rohrstatik – Rohreinbau, Teil 2

Voraussetzung für langlebige Leitungen und Kanäle

Während und nach dem Rohreinbau muss das Tragwerkssystem Rohr/Boden vorhandene Belastungen mit ausreichender Sicherheit aufnehmen können. Dieses Tragwerkssystem ist durch den Planer vorzugeben. Die zugehörigen Randbedingungen der Maßnahme, die Einfluss auf das Tragwerkssystem haben, sind im sogenannten Objektfragebogen zu definieren. Auf Basis dieser Vorgaben wird vom Rohrhersteller die Rohrstatik erstellt.

Der vorliegende Beitrag behandelt das Zusammenwirken von Bettung, Bauteil und Verfüllung als Grundlage für die Stand- und Betriebssicherheit von Rohrleitungen. Nachdem in Teil 1 des Beitrages der Einfluss aus Bodenart, Verkehrslast, Überschüttung und Rohrwerkstoff beschrieben wurde, werden in Teil 2 Überschüttungs- und Einbaubedingungen definiert sowie der Einfluss des Grabenverbau beschrieben.

Sicherstellung der Planungsentscheidungen

Häufig wird in der Praxis dem Unternehmer einerseits ein bestimmtes Rohr vorgegeben und andererseits freigestellt, welchen Baugrubenverbau er einsetzt. Da die Rohrbelastung durch die Art des Baugrubenverbau maßgeblich beeinflusst wird, ist die berechnete Rohrstatik unter Umständen hinfällig. Daher sieht das Regelwerk vor, dass der Verbau vom Planer vorzugeben ist (VOB Teil C: DIN 18303:2016-09).

Neben dem Grabenverbau sind folgende Faktoren für die Rohrbelastung bedeutsam:

- Grabenbreite und -tiefe (ggf. zu beachten:

- Differenz zwischen Planung und Ausführung)
 - Grabenform
 - Art der Entfernung des Grabenverbau
 - Verdichtungsgrad in Leitungszone und Hauptverfüllung
 - Rohrbettung und Grabensohle
 - Baustellenverkehr und zeitweise Belastung
 - Bodenart, Bodenkennwerte und Beschaffenheit
 - Grundwasserstand
 - weitere Rohrleitungen im Graben.
- Zum Nachweis des Tragwerk-systems ist folgende Vorgehensweise vorgesehen (DWA A-139, Abschnitt 4.2):
- Der Auftraggeber/Planer gibt das Tragwerkssystem vor.
 - Die Lastannahmen müssen bekannt sein. Hierzu gehören u. a. Art und Weise der Baugrubenausbildung, des Verbau, der Bettungsschichten, der Seitenverfüllung, der Abdeckung, der Bauzustände. Diese müssen in einen Objekt-Fragebogen, z. B. nach Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127, eingetragen werden.
 - Die Grabenbreite muss mindestens entsprechend der Tabellen 1 bzw. 2 der DIN EN 1610 festgelegt und der statische Nachweis nach Arbeits-

blatt ATV-DVWK-A 127 geführt werden.

- Die Freigabe erfolgt durch den Bauherren oder einen von ihm Beauftragten, ggf. unter Beteiligung der Fachplaner. Hinzu kommt: Bei Änderungen müssen deren Auswirkungen auf das Tragverhalten überprüft werden und die Lastannahmen gegebenenfalls an die geänderten Bedingungen angepasst werden.

Einflussgröße Überschüttungsbedingungen

Die Überschüttungsbedingungen berücksichtigen die Grabenverfüllung oberhalb der Leitungszone und sind im Wesentlichen vom gewählten Grabenverbau abhängig. Die Wahl der Überschüttungsbedingung ist maßgebend für die Rohrstatik. Deshalb ist sicherzustellen, dass diese mit den Randbedingungen vor Ort übereinstimmt. Es werden vier Überschüttungsbedingungen unterschieden:

- A1: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden verdichtete Grabenverfüllung (ohne Nachweis des Verdichtungsgrades); gilt auch für Trägerbohlwände (Berliner Verbau).
- A2: Senkrechter Verbau des Rohrgrabens mit Kanaldielen, die erst nach dem Verfüllen gezogen werden. Verbauplatten oder -geräte, die bei der Verfüllung des Grabens schrittweise entfernt werden. Unverdichtete Grabenverfüllung. Einspülen der Verfüllung (nur geeignet bei Böden der Gruppe G1).

- A3: Senkrechter Verbau des Rohrgrabens mit Spundwänden, Leichtspundprofilen, Holzböhlen, Verbauplatten oder -geräten, die erst nach dem Verfüllen entfernt werden.
- A4: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden verdichtete Grabenverfüllung mit Nachweis des nach ZTVE-StB erforderlichen Verdichtungsgrades; gilt auch für Trägerbohlwände (Berliner Verbau). Die Überschüttungsbedingung A4 ist nicht anwendbar bei Böden der Gruppe G4. Für die Überschüttungsbedingung A4 (günstigste Bedingung) wird ein Verdichtungsgrad von 97 % DPr notwendig. Erfahrungen der durch die RAL-Gütesicherung beauftragten Prüfingenieure zeigen, dass entsprechende Nachweise vom Auftraggeber in der Regel nicht geprüft werden. Hier besteht erhebliches Verbesserungspotenzial.

Einflussgröße Einbettungsbedingungen

Die Einbettungsbedingungen berücksichtigen die Einflüsse aus der Einbettung des Rohres in der Leitungszone. Die Definition der diesbezüglichen Einbettungsbedingungen B1 bis B4 entspricht sinngemäß den Überschüttungsbedingungen A1 bis A4, also:

- B1: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden bzw. lagenweise in der Dammschüttung verdichtete Einbettung (ohne Nachweis des Verdichtungsgrades); gilt auch für Trägerbohlwände (Berliner Verbau).
- B2: Senkrechter Verbau innerhalb der Leitungszone mit Kanaldielen, die bis zur Grabensohle reichen und erst nach der Verfüllung und Verdichtung gezogen werden. Verbauplatten und -geräte unter der Voraussetzung, dass die Verdichtung des Bodens nach dem Ziehen des Verbau erfolgt.

- B3: Senkrechter Verbau innerhalb der Leitungszone mit Spundwänden oder Leichtspundprofilen und Verdichtung gegen den Verbau, der bis unter die Grabensohle reicht.
- B4: Lagenweise gegen den gewachsenen Boden bzw. lagenweise in der Dammschüttung verdichtete Einbettung mit Nachweis des nach ZTVE-StB erforderlichen Verdichtungsgrades (nicht anwendbar bei Böden der Gruppe G4).

Einflussgröße Grabenverbau

Durch Vorgabe der Einbettungs- und Überschüttungsbedingungen wird in der Statik z. B. der Einfluss der Grabensicherung auf die Belastung der Rohre berücksichtigt. Zur Veranschaulichung des Einflusses ist in Abbildung 2 die mögliche Überdeckungshöhe in Abhängigkeit von der gewählten Grabensicherung dargestellt.

Einflussgröße Silowirkung

Die Erdlasten werden als Bodenspannung in der Ebene des Rohrscheitels berechnet. Die möglicherweise entstehenden Reibungskräfte zwischen Grabenverfüllung und Grabenwand können unter bestimmten Randbedingungen zur Entlastung dieser Spannungen führen (horizontaler Erddruck). Sie werden in der statischen Berechnung berücksichtigt. Diese Berechnungsmethode ist jedoch nur ansetzbar, wenn die Grabenwände auf Dauer erhalten bleiben (ATV-DVWK-A 127). In der Praxis kann dies jedoch vom Unternehmen nicht

sichergestellt werden, da es zukünftige Bautätigkeiten im Bereich des Kanalgrabens nicht beeinflussen kann. Auch für den Auftraggeber ist eine solche Zusage nur eingeschränkt möglich.

Fazit

Die Bedeutung der im Vorfeld getroffenen Annahmen für die Rohrstatik wird in der Praxis häufig unterschätzt. Nur wenn sichergestellt ist, dass die Eingangsgrößen der Rohrstatik den Gegebenheiten in der Praxis entsprechen oder auf der sicheren Seite liegen, ist die Rohrstatik für die konkrete Maßnahme relevant.

Die Übereinstimmung der Annahmen in der Statik mit den tatsächlichen Einbaubedingungen ist daher zu prüfen. In DWA-A 139, Abschnitt 4.2 heißt es: Die statischen Nachweise der Rohre nach Arbeitsblatt ATV-DVWK-A 127 und der Sicherung der Baugrube (siehe DIN 4124) müssen vorliegen und auf der Baustelle inhaltlich bekannt sein.

Im Rahmen der Eigenüberwachung der Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau RAL-GZ 961 werden Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt, mit denen systematisch die Übermittlung der Sollwerte auf die Baustelle, die Dokumentation der Istwerte sowie der Abgleich von Soll/Ist erfolgen kann. Die Durchführung der Eigenüberwachung und insbesondere die Kontrolle der Lastannahmen werden durch die Prüfingenieure bei den Baustellenbesuchen innerhalb der RAL-Gütesicherung geprüft.

Weitere Infos unter: RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau, www.kanalbau.com

Wir müssen wollen reden zuhören.



Jetzt
genossenschaftlich
beraten lassen!

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Ehrlich, verständlich und glaubwürdig: Willkommen bei der **Genossenschaftlichen Beratung** – der Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät. Erreichen Sie Ihre Ziele und verwirklichen Sie Ihre Wünsche mit uns an Ihrer Seite. Was uns anders macht, erfahren Sie in Ihrer Filiale oder unter bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Bayerische Wassertage in Augsburg:

Versorgung auf dem Prüfstand

Dem Update zu wasserrechtlichen und umwelttechnischen Fragestellungen dienen die Bayerischen Wassertage in Augsburg, die zum 13. Mal vom Förderverein KUMAS e. V. in Zusammenarbeit mit den Partnern Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH, HPC AG Harburg, MVV Industriepark Gersthofen GmbH sowie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) veranstaltet wurden. Auf der Agenda des Fachkongresses mit rund 200 Teilnehmern standen u. a. aktuelle Entwicklungen im Wasserrecht, die Zukunft der Anlagenüberwachung, die neue AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen) sowie die Diskussion über bayerische Klimaanpassungsstrategien.

Mikroschadstoffe aus Arzneimitteln, Haushaltschemikalien, Wasch- und Reinigungsmitteln oder Pflanzenschutzmitteln werden zunehmend zum Problem. Sie finden sich inzwischen in einer Vielzahl von Gewässern und gelangen über die Kanalisation und Kläranlagen, aber auch über die Auswaschung aus Baustoffen, Fassadenanstrichen oder durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln aus der Landwirtschaft dort hin. Dr. Kurt Müller vom Bayerischen Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die Produktvielfalt und die Anzahl der Inhaltsstoffe inzwischen für den Normalverbraucher unüberschaubar geworden seien.

Entwicklung einer „Spurenstoffstrategie“

Noch ist zu den tatsächlichen Risiken für Mensch und Umwelt nicht alles erforscht. Messungen des Umweltbundesamtes zeigen aber, dass z. B. über 150 verschiedene Arznei-Wirkstoffe in Gewässern nachgewiesen werden können. Um eine Gefahr für die Gesundheit von vornherein ausschließen zu können, muss schon aus Vorsichtsgründen der Eintrag von Spurenstoffen in die Gewässer so gering wie möglich gehalten werden. Nicht

alle Wirkstoffe werden nämlich auf natürliche Weise abgebaut. Sie können sich somit im Trinkwasser und in der Nahrungskette anreichern. Das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium entwickeln deshalb eine „Spurenstoffstrategie“, die Handlungsempfehlungen zur Minimierung des Eintrags in Gewässer bis zum Jahr 2018 erarbeitet.

Arzneimittel fachgerecht entsorgen

Die nicht fachgerechte Entsorgung von Arzneimitteln über die Toilettenspülung führt zur Belastung der Kläranlagen und der Gewässer. Überzählige oder abgelaufene Arzneimittel sollen deshalb auf keinen Fall über die Toilettenspülung, sondern über die jedem Haushalt zur Verfügung stehenden Abfallentsorgungssysteme (in der Regel die grauen Restmülltonne) entsorgt werden! Dies entlastet Kläranlagen, die Mikroschadstoffe nur mit hohem technischen und finanziellen Aufwand aus dem Abwasser herausfiltern können. Jeder kann so einen Beitrag zu stabilen Abwassergebühren leisten.

Die Pilotphase der Überwachung kommunaler Kläranlagen im Auftrag der WWA ist abgeschlossen und es folgt nun die nächste Phase für gewerbliche Anlagen. Bei den bayerischen Wassertagen

wurden der zugehörige Rechtsrahmen, die Anforderungen an den Anlagenbetrieb und erste Erfahrungen der Wasserwirtschaftsverwaltung vorgestellt.

Wie Daniel Eckstein, Claudia Hillinger und Dr. Joachim Schütter vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Augsburg, erläuterten, stelle die Vielfältigkeit und Komplexität gewerblicher Abwasserbehandlungsanlagen hohe fachliche Anforderungen an die Personen, die mit der amtlichen Überwachung betraut sind. Seit Januar 2016 würden in einem ersten Pilotprojekt – regional begrenzt – die Abwasserbehandlungsanlagen der Lebensmittelindustrie und die Anlagen durch Private Sachverständige der Wasserwirtschaft (PSW) überwacht.

Überwachung der Abwasserbehandlungsanlagen

Aufgrund der bisherigen positiven Zwischenbilanz werde ab Januar 2018 im Rahmen eines zweiten Pilotprojektes zusätzlich die Überwachung aller gewerblichen Anlagen in den Wasserwirtschaftsämtern Regensburg, Weilheim und zum Teil Deggendorf an PSW vergeben. Beide Pilotprojekte laufen bis Ende 2019. Die gesammelten Erfahrungen sollen in den weiteren Privatisierungsprozess einfließen und damit langfristig zu einem qualitativ hochwertigen Gewässerschutz in Bayern beitragen.

„Die bisherigen, insgesamt positiven Erfahrungen bei der Überwachung von Abwasseranlagen zeigen, dass die PSW den Anforderungen gewachsen sind und die Qualität der (amtlichen) Überwachung auch künftig sichergestellt ist“, unterstrich Alfons Semmelmann, CTU Che-

misch-Technische Umweltberatung GmbH, Eching am Ammersee.

Die anfängliche Skepsis seitens der Betreiber sei verflogen und es lasse sich feststellen, dass der PSW als gleichwertiger Partner in der Wasserwirtschaftsverwaltung angesehen wird.

Semmelmann hob die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen PSW und Fachaufsichtsbehörden hervor. Nicht zuletzt durch die vom Verband Privater Sachverständiger in der Wasserwirtschaft angebotenen Fortbildungsveranstaltungen und die zahlreichen, engagierten Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch sei es gelungen, eine weitgehend einheitliche Vorgehensweise bei der Überwachung zu gewährleisten.

Industrie und Gewerbe müssen unter geänderten klimatischen Bedingungen voll funktionsfähig sein. Hochwasserereignisse mit der möglichen Freisetzung gefährlicher Stoffe, verringerte Verfügbarkeiten von Kühlwasser oder auch Einschränkungen in der Energieversorgungssicherheit können die Folge sein. Abflussprojektionen für Bayern und Betrachtungen zur gewässerökologischen Situation stoßen die Diskussion zu Klimaanpassungsstrategien an.

Versorgungssicherheit mit Trinkwasser

Deutschland wird seine eigenen Klimaschutzziele nicht erreichen. Bei Betrachtung der globalen Situation und Forcierung des Welthandels ist aber ohnehin fraglich, ob das 2 °C-Ziel eingehalten werden kann. Dies hat für Kommunen, Unternehmen aber auch Wasserversorger zukünftig massive Auswirkungen in der Wasserbewirtschaftung.

Durch die Klimaänderung verursachte höhere Lufttemperaturen führen zu höheren Verdunstungsraten. So verbleibt weniger Niederschlag für die Grundwasserneubildung. Insbesondere Regionen mit gering erziehbigen Grundwasserreserven sind hiervon betroffen. Betroffene Gebiete wie der Regierungsbezirk Unterfranken müssen deshalb nach Ansicht von Christian Guschker (Regierung von Unterfranken) schon heute ein Niedrigwassermanagement entwickeln. Die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser durch eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen habe dabei oberste Priorität.

Der Schwerpunkt eines Numerischen Wetter Modells NWM müsse mit Blick auf den Klimawandel auf eine langfristige „Nachhaltigkeit“ der Bewirtschaftung von Wasserressourcen, insbesondere des Grundwassers, abzielen. Die landwirtschaftliche Bewässerung sei so auszurichten, dass sie auch in extremen Trockenphasen Bestand hat und der Einfluss auf konkurrierende Nutzungen minimiert wird, ohne die Wassernutzer in ihrer Existenz zu gefährden. Die öffentliche Trinkwasserversorgung habe dabei im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge immer Vorrang. Vorwiegend vorsorgende, aber auch operative (Notfall-)Maßnahmen seien zu etablieren, so Guschker. Der bis Ende 2017 fertiggestellte Leitfadensowie die NWM-Konzepte und -pläne könnten sowohl den Genehmigungs- und Fachbehörden wie auch den Wassernutzern selbst Hilfestellung geben und einen einheitlichen Vollzug gewährleisten.

Dr. Benjamin Kopp von der Außenstelle des LfU in Hof konnte anhand statistischer Daten nachweisen, dass die Grundwasserneubildung regional stark von den zu beobachtenden Klimaänderungen beeinflusst wird. Während im Bereich der Donau noch hohe Grundwasserneubildungsraten beobachtet werden könnten, haben diese in Teilen Frankreichs und der Oberpfalz in den vergangenen 50 Jahren um bis zu 20 % abgenommen. **DK**

Hochwasservorsorge in der Raumordnung stärken:

BMVI und BBSR legen Planungshilfe vor

Wie kann die Raumordnung die Hochwasservorsorge an Flüssen noch wirksamer machen? Diese Frage beantwortet ein neues Handbuch des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Es stellt neue Ansätze und gute Beispiele vor. Die Broschüre richtet sich an Akteure der Landes- und Regionalplanung sowie Fachleute in der Stadtplanung und der Wasserwirtschaft.

Das Handbuch ist Ergebnis des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Regionalentwicklung und Hochwasserschutz in Flussgebieten“. Die Forscher arbeiteten im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes innovative Steuerungsansätze von Landes- und Regionalplanung und Hochwasserrisikomanagement heraus. Neben der aktuellen Planungspraxis wurden Regelungsmöglichkeiten nach dem neuen Raumordnungsgesetz analysiert.

Instrumente und Strategien weiterentwickeln

Die im Leitfaden vorgestellten Maßnahmen und beispielhaften planungsrechtlichen Ansätze orientieren sich an fünf Handlungsfeldern zum vorbeugenden Hochwasserschutz an Flüssen. Diese Handlungsfelder hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), das Gremium der für Raumordnung zuständigen Minister von Bund und Ländern, im Jahr 2013 verabschiedet. Dazu zählen auch der Erhalt beste-

hender und die Schaffung neuer Retentionsräume. „Unser Handbuch hilft, Instrumente und Strategien des raumordnerischen Hochwasserschutzes weiterzuentwickeln“, sagt BBSR-Experte Matthias Ferkert. „Besonders wichtig ist dabei die stärkere Verzahnung von raumordnerischen mit wasserwirtschaftlichen Ansätzen.“

Das Handbuch kann kostenfrei beim BBSR bestellt werden (ref-1-1@bbr.bund.de), eine elektronische Version ist unter www.bbr.bund.de in der Rubrik Veröffentlichungen abrufbar.

Mit dem Programm „Modellvorhaben der Raumordnung“ unterstützt das BMVI die Erprobung und Umsetzung innovativer, raumordnerischer Handlungsansätze und Instrumente in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und den Akteuren in den Regionen. Exemplarisch werden Projekte und Studien gefördert, die neue Strategien, Prozesse und Methoden verfolgen. Dem BBSR obliegt die inhaltliche und administrative Betreuung des MORO-Programms. **□**



V. l.: Der Werkleiter und der stellvertretende Werkleiter des Entwässerungsbetriebs Würzburg, Professor Christian Baumgart und Jörg Roth, Zells Bürgermeisterin Anita Feuerbach und Tobias Schneider von ARZ-Ingenieure bei der Einweihung der neuen Station. Bild: Claudia Locher

Wasser marsch – das gilt in Zell jetzt auch für Abwasser

Es ist ein unscheinbares, kleines, gemauertes Häuschen in der Nähe der Schiffsanlegestelle am Mainufer bei Zell. So klein es ist, so beeindruckend ist die Technik, die sich im Inneren und in der Tiefe verbirgt.

War dort bislang eine Abwasser-Pumpstation untergebracht, werden darin jetzt die mit neuen Hochleistungspumpen beförderten Abwasser sogar gemessen: Durchflussmengen, Verschmutzungsgrad, pH-Wert. 90.000 Euro und ein halbes Jahr Bauzeit haben der Entwässerungsbetrieb der Stadt Würzburg und die Gemeinde Zell in die Technik dieses kleinen Häuschens gesteckt, damit unter der Erde etwa 47 Liter Abwasser pro Sekunde zum Klärwerk Würzburg gepumpt und dabei eben auch gemessen werden können.

Durch eine etwa 2,8 km lange Druckleitung fließt das Abwasser in 35 Minuten von Zell in die Mainaustraße. Zells Bürgermeisterin Anita Feuerbach, Werkleiter Professor Christian Baumgart und der stellvertretende Werkleiter des städtischen Entwässerungsbetriebs, Jörg Roth, weihen die neue Abwassermessstation am Ufer des Mains ein und geben den „offiziellen Startschuss“.

Zell ist zugleich eine Gemeinde der Brunnen. Aus drei Stollen im

Zeller Berg sprudeln jährlich bis zu sechs Millionen Kubikmeter Wasser, die bis zu 50 Prozent des Wasserbedarfs der Würzburger Trinkwasserversorgung decken.

Angeschlossene Messstationen

Die Kläranlage der Stadt Würzburg ist auf 360.000 Einwohner ausgelegt. Hier wird nicht nur das Abwasser der Würzburger Bürgerinnen und Bürger gereinigt, sondern auch der Randgemeinden. An die städtische Kläranlage sind mittlerweile sechs Messstationen für den Abwasserzweckverband angeschlossen, zusätzlich die neue Messstation in Zell. Die übrigen sechs Messstationen stehen in Randersacker (für die Gemeinden Randersacker, Gerbrunn, Theilheim und Eibelstadt), Rimpfar (Rimpfar und Maidbrunn), Estenfeld (Estenfeld und Kürnach), Reichenberg (Reichenberg, Lindflur, Uengershausen, Albertshausen), Höchberg und in Fuchsstadt (Fuchsstadt und der Gewerbepark Klingholz). **□**

Erfolgreiches Pilotprojekt in Neunkirchen:

AMISCREEN – eine Erfindung bekommt Konturen

Vier neue Stauraumkanäle tragen in Neunkirchen dazu bei, dass der kleine Fluss Blies in Zukunft sauberer bleibt. Gemäß den wasserrechtlichen Vorgaben musste die Regenwasserbehandlung in der saarländischen Kreisstadt auf den neuesten Stand gebracht werden. Dabei kam mit dem AMISCREEN Stauraumsystem erstmals im Saarland eine neue innovative Technik zum Einsatz, die von der Amiantit Germany GmbH, ein Unternehmen der Amiblu Holding, als Alternative zu herkömmlichen Rechensystemen entwickelt wurde und der effektiven Rückhaltung von Grobstoffen dient.

Im Rahmen einer Kanalnachbarschaftsveranstaltung im Neunkirchner Rathaus hatten die Teilnehmer die Gelegenheit zur Besichtigung des gerade in der Fertigstellung begriffenen Regenüberlaufbauwerks 18. Zu der Fortbildung für das Betriebspersonal von Abwasseranlagen und Entwässerungssystemen hatte der Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) eingeladen. Bevor es auf die Baustelle ging, konnten sich die Teilnehmer eingehend über die Planung und Durchführung des Projektes informieren, das im Auftrag des Abwasserwerkes Neunkirchen von der Neunkircher Baugesellschaft mbH erstellt wurde.

„Die vorhandenen Anlagen entsprachen inzwischen nicht mehr den durch die wasserrechtlichen Bestimmungen vorgegebenen technischen Anforderungen. So haben wir uns nicht zuletzt mit Blick auf einen modernen, wirtschaftlichen Netzbetrieb sowie aus Gründen der Nachhaltigkeit für einen Neubau entschieden“, so Dipl.-Ing. (FH) Thomas Knapp, Bauleiter in der Abteilung für Tiefbau der Kreisstadt Neunkirchen. Dem Baustart waren – 2015 beginnend –

intensive Beratungen über das geeignete Material für den Bau des Stauraumkanals vorausgegangen. Schließlich sei man zu der Überzeugung gelangt, dass eine Ausführung mit dem Flowtite GFK-Stauraumsystem von Amiantit die wirtschaftlichste und bautechnisch geeignetste Variante darstellt, so Knapp. Eine Herstellung entsprechender Bauwerke beispielsweise aus Ortbeton oder aus Betonfertigteilen wäre wesentlich aufwendiger gewesen. Für die GFK-Rohre sprach unter anderem ihr vergleichsweise geringes Gewicht, wodurch die Handhabung auf der Baustelle erheblich erleichtert wird. „Die Rohre sind zudem korrosionsbeständig und verfügen über hervorragende hydraulische Eigenschaften“, ergänzt Martin Lang, Gebietsverkaufsleiter der Amiantit Germany GmbH. In die Rohre integriert ist das mechanische Schmutzrückhaltungssystem AMISCREEN, von dessen Funktionsweise sich die Verantwortlichen des Abwasserwerkes Neunkirchen bei der Besichtigung eines bereits in Betrieb befindlichen Bauwerkes im sauerländischen Winterberg im Vorfeld überzeugt hatten.

Insgesamt besteht das Regenüberlaufbauwerk 18 aus zwei Stauraumspeichern mit insge-

samt 300 m³ Stauvolumen, einem Entlastungsbauwerk und einem Drosselsystem. Die beiden 15 m bzw. 57 m langen Stauraumspeicher DN 2400 sind über vier Inspektionsschächte zugänglich. Die Stauraumspeicher sind mit AMISCREEN ausgerüstet, d. h. in jedem der Speicher befinden sich zwei ganzflächig perforierte Rohre in der Nennweite DN 500.

Wartungsarm und verschleißfrei

Der klassische Rechen zur Grobstoffrückhaltung wurde von der Überlaufschwelle weg in den Stauraumspeicher verlegt. „Damit konnten wir ein Vielfaches an Rechenfläche schaffen, die in etwa dem 25-fachen eines klassischen Rechens auf oder an einer Entlastungsschwelle entspricht“, so Uwe Napierski, Vertriebsleiter Sonderanwendungen bei Amiantit. „Das AMISCREEN-System ist so konstruiert, dass die Durchflussgeschwindigkeit unter 0,05 m/s und damit unter der maximalen Fließgeschwindigkeit für Regenklärbecken bleibt.“

Angesichts der Produktvorteile zeigte sich Knapp überzeugt: „Wir haben die richtige Wahl getroffen und der Bauablauf war hervorragend, wodurch wir nicht zuletzt auch den Zeitplan einhalten konnten.“ So ist das System nach nur zweimonatiger Bauzeit im März 2017 ans Netz gegangen. Zusammen mit den drei weiteren Bauwerken zur Regenwasserbehandlung sorgt es seitdem für eine bessere Wasserqualität in Neunkirchen. **□**

Europäische Woche der Abfallvermeidung:

Dingen ein zweites Leben geben

Unter dem Motto „Gib Dingen ein zweites Leben“ fand die Europäische Woche der Abfallvermeidung (EWAV) 2017 statt. Deutschland beteiligte sich auch in diesem Jahr mit mehr als 1.000 Veranstaltungen an Europas größter Kommunikationskampagne zum Thema „Abfallvermeidung“.

Hierzulande wird die Kampagne mit Mitteln der Europäischen Klimaschutzinitiative finanziert. Das Umweltbundesamt ist der fachliche Ansprechpartner, koordiniert wird die Kampagnenwoche vom VKU. Offizieller Partner ist das Bundesumweltministerium.

Die EWAV bietet eine Plattform für vielfältige Aktionen von Kommunen, Unternehmen, privaten Initiativen und Umweltverbänden, um das Thema Abfallvermeidung stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Die zahlreichen Aktivitäten tragen maßgeblich zur Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms bei. Die vielfältigen Aktionen präsentierten auch heuer wieder praktische Lösungen und Impulse und zeigten das breite Spektrum der Maßnahmen zur Abfallvermeidung: von Beratungs- und Bildungsangeboten über Webseiten bis hin zu Tausch- und Verschenkbörsen und vieles mehr.

Mit Blick auf die laufende Europäische Woche der Abfallvermeidung zog die bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf eine optimistische Bilanz: „Fast 3 Milliarden Coffee-to-go-Becher verbrauchen die Deutschen pro Jahr. Wir wollen den riesigen Berg von Einwegbechern in Bayerns Städten abbauen. Coffee-to-go im Mehrwegbecher soll selbstverständlich werden. Das steigende Interesse an unserem Runden Tisch zeigt: Das Bündnis gegen die Becherflut wächst. Die Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Verbänden ziehen freiwillig mit uns an einem Strang und sagen den Einwegbechern den Kampf an. Schon jetzt ist in vielen Verkaufsstellen die Wiederbefüllung mitgebrachter Trinkgefäße eine Selbstverständlichkeit. So wird der beliebte Kaffeegenuss unterwegs ressourcenschonend. Bayern setzt mit diesem Projekt bundesweit Maßstäbe.“

Mit der 3. Sitzung des Runden Tisches wurden die erfolgreichen Gespräche zwischen Politik, Wirtschaft und Verbänden

den fortgesetzt. Im Vordergrund stand dabei der Erfahrungsaustausch zum Einsatz von Mehrwegbechern und dessen Optimierung. Mehr als 50 Vertreter unter anderem von Kommunen, der Deutschen Bahn, der Flughafen München GmbH, von Tankstellen, Transportdienstleistern, großen Bäckereien, der Systemgastronomie, dem Hotel- und Gaststättenverband waren kürzlich der Einladung von Umweltministerin Scharf gefolgt.

Scharf begrüßte dabei auch die Anstrengungen einiger Hersteller und Gastronomieunternehmen, Einwegbecher gezielt zu sammeln und einem hochwertigen Recycling zuzuführen. „Die Idee einer nachhaltigeren Lebens- und Wirtschaftsweise kommt in den Köpfen an. Auf diesem richtigen Weg der Freiwilligkeit müssen wir weiter vorangehen“, so Scharf. Langfristiges Ziel sei, dass Mehrwegbecher etwa an einem Bahnhof gekauft und nach Ankunft am Zielort gegen Erstattung eines Pfandes wieder abgegeben werden können – so wie es bei Mehrwegflaschen bereits seit Jahrzehnten Standard ist. Dazu will das Umweltministerium weitere Gespräche initiieren. Ein zusätzlicher Baustein ist ein von vielen Betrieben gewünschtes, bundesweit gültiges Merkblatt zur Beurteilung der lebensmittelrechtlichen Anforderungen beim Getränke-Ausschank in Mehrwegbechern. Bayern hat das Merkblatt, das im kommenden Jahr veröffentlicht werden soll, auf den Weg gebracht. Scharf: „Wir wollen den Unternehmen praktische Empfehlungen für eine hygienische Handhabung bei der Befüllung mitgebrachter Becher geben. Gleichzeitig dient das Merkblatt als Grundlage für eine einheitliche Überwachungspraxis.“

Die Anzahl von Elektrogeräten in deutschen Haushalten nimmt zu. Obwohl viele Geräte repariert werden können, landen sie häufig auf dem Müll und werden nicht richtig entsorgt. Zum offi-

ziellen Start der diesjährigen Europäischen Woche der Abfallvermeidung warb Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium für die Langlebigkeit von Produkten: „Reparieren lohnt sich. Jeder kann dazu beitragen, die Abfallmengen zu verringern, natürliche Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen.“

Das Bundesumweltministerium macht sich seit langem für eine längere Haltbarkeit von Alltagsprodukten stark und folgt damit auch einem Trend in der Bevölkerung. Laut Pronold gibt es bei vielen Verbrauchern ein ermutigendes Umdenken. Repair-Cafés, in denen man sich verabredet, oder die Suche nach einem gebrauchten Schnäppchen auf dem Flohmarkt bzw. im Internet würden immer beliebter. Zusätzlich müsse es aber darum gehen, dass Produkte wieder langlebiger werden.

„Geht ein Akku oder ein Ventil kaputt, darf das kein Anlass dafür sein, das komplette Gerät wegzuerwerfen“, meinte der Staatssekretär.

Konkret setzt sich das Bundesumweltministerium in Brüssel für eine Anpassung der Ökodesign-Richtlinie ein. Diese gibt bereits Mindestanforderungen für den Energieverbrauch oder die Haltbarkeit von Bauteilen relevanter Alltagsgeräte wie Staubsauger oder Kaffeemaschinen vor.

Produkte mit dem Blauen Engel, dem Umweltzeichen der Bundesregierung, gehen heute schon deutlich über die gesetzlichen Standards hinaus. So müssen die Bauteile von Notebooks und Mobiltelefonen robust und langlebig sein und sich bei Bedarf einfach austauschen lassen. Das gilt zum Beispiel auch für Holz oder Polstermöbel. Auch die Novelle des Verpackungsgesetzes stärkt die Abfallvermeidung. So werden Hersteller zukünftig stärker dazu angehalten, Verpackungen so zu gestalten, dass sie sich einfacher und vollständig recyceln lassen.

Das Umweltbundesamt (UBA) hatte zum EWAV-Start vorge-schlagen, dass auch Reparaturen außerhalb des Haushalts steuerlich absetzbar sein soll-

ten. „Wenn der Handwerker ins Haus kommt und die Waschmaschine oder den Fernseher schon vor Ort reparieren kann, ist das steuerlich absetzbar. Dasselbe sollte gelten, wenn er das Gerät zur Reparatur mitnehmen muss“, betonte Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA. Der Vorschlag ist Teil einer 7-Punkte-Strategie des UBA gegen Obsoleszenz, die neben steuerlichen Instrumenten auch auf das Design von Produkten und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Reparatur abzielt, um einem vorzeitigen Austausch von Produkten entgegen zu wirken.

7-Punkte-Strategie

Konkret sollte für folgende Maßnahmen jetzt eine Umsetzung erfolgen:

1. Längere Haltbarkeit und einfachere Reparierbarkeit: Mindestanforderungen für Reparierbarkeit und Langlebigkeit unter der EU-Ökodesign-Richtlinie umsetzen
2. Angaben zu Reparierbarkeit und Reparaturservices sowie Verfügbarkeit von Ersatzteilen bei Produktkauf
3. Verpflichtende Garantieangabe für Produkte
4. Zugang zu Reparaturanleitungen, Ersatzteilen und Diagnosesoftware für unabhängige Reparaturbetriebe sicher stellen
5. Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Reparatordienstleistungen
6. Steuerliche Absetzbarkeit von Reparaturen auch außerhalb des Haushalts
7. Stärkung der Wertschätzung für Produkte.

Kurze Produktlebensdauern und kurze Produktnutzung sind eine Belastung für die Umwelt. Bei der Produktion von neuen

Produkten werden wertvolle, nur begrenzt verfügbare Rohstoffe verbraucht. Der Abbau von Rohstoffen, Transportprozesse und die Produktion können mit teilweise erheblichen Umweltbelastungen verbunden sein. Zudem entstehen im Produktionsprozess zusätzliche Treibhausgasemissionen. Nicht zuletzt wachsen die Abfallberge durch die vielen früher entsorgten Konsumprodukte.

Die Gründe für Obsoleszenz sind vielfältig. Oft entsteht der Wunsch für ein neues Produkt, weil das „alte“ aus der Mode gekommen ist. Oder weil Hard- und Software nicht mehr aktuell oder miteinander kompatibel sind. Doch auch entstehende Defekte durch mangelnde Leistungs-

fähigkeit von Materialien und Komponenten können eine Wiederverwendung verhindern und einen Neukauf auslösen – insbesondere dann, wenn die Reparatur des Gerätes zu teuer ist oder zu aufwendig erscheint.

Umso wichtiger ist es aus Sicht der UBA-Präsidentin, den Reparaturservice verbrauchernah zu gestalten und bereits beim Design des Produktes an die Reparaturmöglichkeiten zu denken. Dafür sollte die Ökodesignrichtlinie der EU Vorgaben machen. „Vorreiter ist hier das Umweltzeichen Blauer Engel, bei dem wir Anforderungen zu Reparierbarkeit und Lebensdauer vor allem bei Elektro- und Elektronikprodukten bereits umsetzen“, unterstrich Krautzberger. **DK**

AWM gewinnt „Eurocities Award“

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) freut sich: Vor kurzem erhielt der Eigenbetrieb der Stadt München den begehrten Eurocities Award in der Sparte „Kooperation“.

EUROCITIES ist ein Netzwerk größerer europäischer Städte zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch über kommunalplanerische Angelegenheiten. Jedes Jahr wird ein Preis für das jeweilige Jahresmotto vergeben in den Kategorien: Kooperation, Partizipation und Innovation. Das Motto 2017 lautete „Kreislaufwirtschaft“.

Der AWM hatte sich für diesen Preis mit dem Gebrauchtgüterkaufhaus „Halle 2“ beworben: Dort verkauft der AWM zu günstigen Preisen gut erhaltene Gegenstände, Sammlerstücke und auch Sportgeräte, die die Münchnerinnen und Münchnern abgegeben haben.

Die Artikel stammen von den Münchner Wertstoffhöfen oder

werden direkt in der Halle 2 angeliefert und sind noch so gut und schön, dass sie zum Wegwerfen einfach zu schade sind. Damit vermeidet der AWM pro Jahr rund 1.000 Tonnen Abfall und bringt die Gegenstände wieder in den Kreislauf.

Dabei setzt der AWM bei allem, was bei der Vorbereitung zur Wiederverwendung zu tun ist, auf Kooperationen: Sicherheits-, Funktionstests und Reparaturen werden von sozialen Institutionen übernommen, die ehemaligen langzeitarbeitslosen Menschen die Chance zur Wiedereingliederung ins Berufsleben bieten. Diese Einrichtungen prüfen IT-, Kommunikations- und elektrische Haushaltsgeräte, die dann in der Halle 2 neue Besitzer finden. **□**

Wertstoff-Schatz statt Abfall

Was haben Zahnbürsten, PU-Schaum Dosen und alte Getränkekartons gemeinsam? Sie sind drei von neun Best-Practice-Beispielen, die das europäische Projekt MOVECO in seiner neuen Broschüre vorstellt – und die neugierig machen auf das Thema Kreislaufwirtschaft.

Die englischsprachige Broschüre mit dem Titel „Your trash is my treasure“ (sinngemäß „Dein Abfall ist mein Schatz“) zeigt Produkte und Geschäftsmodelle, die Kreislaufwirtschaft bereits erfolgreich umsetzen. Sie sollen Unternehmen als Vorbilder dienen und dazu anregen, sich selbst mit dem Thema auseinanderzusetzen: Stoffkreisläufe schließen, Abfälle vermeiden, Sekundärrohstoffe nutzen, Ressourcen schonen – und dabei Geld sparen oder neue Geschäftsideen entwickeln.

In Kreisläufen denken: Von der linearen zur Kreislaufwirtschaft

In der traditionellen, linearen Wirtschaft („Wegwerfwirtschaft“) werden Produkte nach ihrer Nutzungsphase üblicherweise verbrannt oder deponiert. Darin enthaltene Rohstoffe und Materialien gehen hierdurch verloren. Im Gegensatz hierzu möchte Kreislaufwirtschaft Stoffkreisläufe schließen und setzt bereits

bei der Produktentwicklung an. Produkte sind gefragt, die sich möglichst leicht wiederverwenden, teilen, reparieren, recyceln oder umweltverträglich verwerten lassen. So können aus Kaffeeabfällen Schreibstifte entstehen oder aus alten Stoffen neue Taschen. Wiederverwendung von Gebrauchtem wird chic – sie schonet langfristig Ressourcen und trägt zur Abfallvermeidung bei.

„Die in der MOVECO-Broschüre geschilderten Best-Practice-Beispiele zeigen die Vorteile des Denkens in Kreisläufen. Das Schließen von Materialkreisläufen ist von zentraler Bedeutung für eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten“, so Grit Ackermann, Koordinatorin des MOVECO-Projekts. „Natürlich sind die Beispiele nur eine kleine Auswahl – das Projekt veröffentlicht weitere auf seiner Webseite und stellt Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unter anderem auch Begleitmaterial zur Implementierung der Kreislaufwirtschaft als Toolbox zur Verfügung.“

Die Broschüre ist online unter <http://www.interreg-danube.eu/approved-projects/moveco/section/best-practice> verfügbar.

Weitere Veröffentlichungen des Projekts wie die Toolbox oder Informationen zu den erarbeiteten Konzepten folgen in Kürze.

MOVECO wird im Rahmen des Interreg-Donaureaumprogramms der Europäischen Union gefördert und sensibilisiert Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Behörden, Wirtschaftsförderungseinrichtungen und Bürger für Kreislaufwirtschaft. Seit Dezember 2016 arbeiten zwölf Projektpartner und vier strategische Partner aus zehn Ländern zusammen, um die Kenntnisse im Bereich Kreislaufwirtschaft zu fördern und die Rahmenbedingungen für zirkuläre Produkte und Geschäftsmodelle in der Donauregion zu verbessern.

Die Projektkoordination liegt bei der Industrie- und Handelskammer Slowenien. Am Projekt konsortium sind auch zwei deutsche Partner beteiligt: die Bayerische Forschungsbündnis (BayFOR) GmbH aus München und der Trägerverein Umwelttechnologie-Cluster Bayern e.V. aus Augsburg, der die Broschüre für das Konsortium konzipiert hat. **□**

Hanns Seidel Stiftung

Institut für Politische Bildung

Politische Bildung – Seminare 2018



WISSEN VERMITTELN | WERTEORIENTIERUNG GEBEN | DIALOG FÖRDERN

- ▶ Die **HANNS-SEIDEL-STIFTUNG** bietet Seminare zur politischen Bildung verstärkt dezentral in ganz Bayern an.
- ▶ **WO** finden **WANN WELCHE** Themen statt?
- ▶ Einen **ÜBERBLICK** dazu finden Sie in unserer Veranstaltungsdatenbank im Internet unter www.hss.de/veranstaltungen



Wir nehmen Sie auch gerne mit Interessensgebieten in unseren Verteiler auf, und bitten um Mitteilung:

<input type="checkbox"/> Energie, Verbraucherschutz	<input type="checkbox"/> Kommunalpolitik	<input type="checkbox"/> Religion und Gesellschaft
<input type="checkbox"/> Europa, Entwicklungs- und Internationale Politik	<input type="checkbox"/> Medien und Digitale Gesellschaft	<input type="checkbox"/> Schule und Bildung
<input type="checkbox"/> Frauen, Familie, Senioren	<input type="checkbox"/> Politische Grundbildung, Werte	<input type="checkbox"/> Technologie, Innovation und Verkehr
<input type="checkbox"/> Geschichte, Kultur	<input type="checkbox"/> Politische Kommunikation, Management	<input type="checkbox"/> Umwelt, Landwirtschaft
<input type="checkbox"/> Integration, Soziales		<input type="checkbox"/> Wirtschaft, Finanzen, Mittelstand
<input type="checkbox"/> Jugend im politischen Dialog		

Hanns-Seidel-Stiftung | Institut für Politische Bildung | Lazarettstraße 33 | 80636 München
E-Mail: ipb@hss.de | Fax: (089) 1258-338

www.hss.de

Kreislaufwirtschaft ist DNA der Schrottwirtschaft

Für das große Ziel der EU-Kommission, die gesamte Wirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft umzubauen, kann die Schrottwirtschaft beispielhaft vorgehen, erklärte die Vorsitzende der Fachgruppe European Ferrous Recovery and Recycling Federation (EFR) des Europäischen Dachverbandes EuRIC und Präsidentin des italienischen Schrottverbandes ASSOFERMET METALL, Cinzia Vezzosi, vor über 80 Teilnehmern des bvse-Forums Schrott in Nürnberg.

Cinzia Vezzosi fand große Zustimmung für ihr Statement, dass die „Kreislaufwirtschaft die DNA der Schrottwirtschaft“ ist, denn die Fe- und NE-Metallschrottwirtschaft schließt seit Jahrzehnten Kreisläufe und stellt den industriellen Abnehmern direkt einsetzbare Sekundärrohstoffe zur Verfügung.

Permanentes Überangebot

Die EU (28) ist mit 88 Mio. Tonnen eingesetzten Schrotten im vergangenen Jahr der weltweit wichtigste und größte Schrottverbraucher. Der hohe Industrialisierungsgrad der Mitgliedsländer führt jedoch zu einem permanenten Schrottüberangebot. Für die EFR-Vorsitzende ist vor allem der freie Zugang zu den weltweiten Absatzmärkten für die Schrottwirtschaft essenziell, zumal der Stahlschrott-Verbrauch der europäischen Stahlindustrie seit mehreren Jahren stagniert. Aufgrund der bestehenden Stahlüberkapazitäten in Europa sind laut Vezzosi zudem auch keine deutlichen Verschiebungen in Richtung einer Ausdehnung der Elektro Stahlproduktion zu erwarten.

„Auf dem Weg in eine echte Circular Economy müssen EU-Kommission und die Mitgliedstaaten eng kooperieren und die Vorgaben des EU-Kreislaufwirtschaftsgesetzes so gestalten, dass die Branche gefördert und nicht durch bürokratische Hürden oder Beschränkungen des freien Warenverkehrs belastet wird. Restriktionen und Barrieren schaden nicht nur der Branche und der damit eng verbundenen Stahlindustrie, sondern sie schaden der europäischen Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt insgesamt“, erklärte die italienische Verbandspräsidentin.

Für freie Marktzugänge

„Es darf keine Abstriche an dem Ziel geben, den freien und fairen Handel mit offenen Grenzen zu erhalten. Nur über freie Marktzugänge kann die Wettbewerbsfähigkeit der Marktteilnehmer gestärkt werden“, machte Vezzosi unter großer Zustimmung der anwesenden Branchenvertreter deutlich.

Dem Plädoyer, den Freihandel zu stützen, schloss sich der Leiter des Vorstandsbüros der Salz-

gitter AG, Diplom-Volkswirt Alexander Heck, vorbehaltlos an. Allerdings sieht der Vertreter der Stahlbranche den Eingriff der EU-Kommission bei nachweislichen Regelverstößen gegen fairen Wettbewerb bei den Stahlimporten als dringend geboten. Seit der Finanzkrise im Jahr 2009 befindet sich die Stahlindustrie in Bedrängnis und hat, neben einer Vielzahl von gesetzlichen Vorgaben und Regelungen, vor allem mit den Folgen weltweiter Überkapazitäten zu kämpfen.

„Die Folge der Überkapazitäten sind unzählige Handelsbeschränkungen im Stahlsektor weltweit, die uns noch einige Jahre erhalten bleiben. Stahl ist eine der wenigen Branchen, für die in der EU keine Einfuhrzölle bestehen. Die Folge ist, dass der offene EU-Stahlmarkt Importe, vor allem aus China, anzieht. Dies führte in 2016 zu Anti-Dumping Demonstrationen der Stahlbranche in Brüssel, die schließlich bei der EU-Kommission Gehör fanden und unter anderem zu Strafzöllen auf die Einfuhr von chinesischen Billigstähle führten“, so Heck.

Anti-Dumping-Zölle ermöglichen fairen Wettbewerb

„Allerdings sind diese EU-Handelsschutzmaßnahmen immer noch schwach im weltweiten Ländervergleich, in der eine Vielzahl unterschiedlichster tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse bestehen. Da, wo nachweislich Marktschädigungen durch Wettbewerbsverzerrungen entstehen, sollte die EU-Kommission schützend eingreifen. Anti-Dumping-Zölle sind nicht wettbewerbsbehindernd. Sie ermöglichen vielmehr einen fairen Wettbewerb“, machte Heck deutlich, der trotz allem positiv in die Zukunft schaut.

„Die generell äußerst volatilen Stahlpreise befinden sich seit Jahresmitte wieder im Aufwärtstrend. Der europäische Stahlmarkt beginnt sich langsam zu erholen. Erste Investitionen sind wieder in Planung bzw. werden bereits durchgeführt. Wir glauben an den Stahlstandort Deutschland“, machte der Leiter des Vorstandsbüros der Salzgitter AG deutlich. Eine Aussage, die vom Auditorium aufmerksam und positiv aufgenommen wurde. □

17 Jahre „Abfallratgeber Bayern“:

Jetzt in neuem Design

Der „Abfallratgeber Bayern“ (ARBA) ist ein Online-Informationssystem (www.abfallratgeber-bayern.de) des bayerischen Staatsministeriums für Umwelt- und Verbraucherschutz und des bayerischen Landesamtes für Umwelt. Der ARBA wurde Ende der 90er Jahre entwickelt und wird seit dem Jahr 2000 zusammen mit dem bifa Umweltinstitut in Augsburg betrieben.

Der ARBA ist ein Ratgeber zur Entsorgung und Handhabung von Abfällen. Hier kann sich der Nutzer jederzeit einen schnellen, aktuellen Überblick über Abfallthemen verschaffen. Er richtet sich an Privatpersonen und Unternehmen, hier vor allem an kleinere und mittlere Betriebe ohne Fachpersonal für Abfallfragen.

Das Informationssystem soll aber auch sachkundigen Personen Hilfestellung geben. Nicht nur Informationen über

Rechtstexte, sondern auch Informationen der öffentlichen Hand, vorwiegend aus Bayern, stehen dem Nutzer zur Verfügung.

Zielgruppe

Abfallberater der bayerischen Gebietskörperschaften und Abfallxperten der öffentlichen Hand, sowie der Industrie- und Handwerkskammern können über diese Plattform ihre abfallwirtschaftlichen Informationen verbreiten.



V. r.: VBS-Präsident Otto Heinz gemeinsam mit Festredner und vbw-Präsident Alfred Gaffal.

VBS-Jahrestagung 2017:

Entsorgungsbranche nach der Wahl

Die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) in Bad Aibling stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Vertreter aus Politik und Wirtschaft diskutierten leidenschaftlich über das Ergebnis. Wieder sehr erfreulich war die hohe Beteiligung: VBS-Präsident Otto Heinz konnte über 350 Gäste und Mitglieder begrüßen.

Der diesjährige Festredner, vbw-Präsident Alfred Gaffal, betonte gleich zu Beginn der Veranstaltung, dass die mittelständisch geprägte Entsorgungswirtschaft in Bayern einen maßgeblichen Beitrag zum Gemeinwohl beibringt und forderte ein klares Bekenntnis der Politik zum Mittelstand und zum fairen Wettbewerb. Die anstehende Regierungsbildung berge zwar Herausforderungen, dennoch gebe es keinen Grund sich um die ökonomische Stabilität zu sorgen. Aufbauend auf einer starken Wirtschaft sei es jetzt nötig, wichtige Reformen zur Stärkung des Standortes anzugehen, um die Wettbewerbsfähigkeit auch künftig sicherzustellen.

In Grundsatzfragen die richtigen Weichen stellen

Neben stabilen Verhältnissen erhofft sich die bayerische Entsorgungswirtschaft wichtige Impulse von der neuen Legislaturperiode. „Wir wollen die Kreislaufwirtschaft weiter voran bringen“, sagte VBS-Präsident Otto Heinz anlässlich der Jahrestagung.

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte der Verband unter anderem ein EU-weites Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und bundesweite Markttests für bürgernahe Entsorgungsleistungen gefordert. Hierzu führte der VBS-Präsident aus: „Unsere Branche war schon immer darauf angewiesen, dass die Politik in Grundsatzfragen die richtigen Weichen stellt. Grundsätzlich kann es nicht sein, dass einzelne EU-Länder weiterhin unbehandelte Siedlungsabfälle deponieren – das schädigt nicht nur Umwelt und Klima, sondern bricht auch den europäischen Rohstoffkreislauf. Ebenso grundsätzlich muss die Politik überprüfen, ob kommunale Wirtschaftstätigkeit auf das notwendige Maß begrenzt bleibt – der aktu-

Der ARBA startet in sein 17. Jahr und hat sich seit seiner Inbetriebnahme stetig weiterentwickelt. Aktuell präsentiert er sich in einem neuen Design und ist noch besser auf eine Nutzung mit Mobilgeräten zugeschnitten.

Fünf Bereiche

Das Angebot gliedert sich in fünf Bereiche: Der Teil „Haushalte“ hält Angebote und Informationen für interessierte Bürger und Bürgerinnen bereit, z.B. Abfallvermeidungstipps oder Informationen zur Wiederverwendung. „Gewerbe“ richtet sich an die Gewerbetreibenden z.B. mit Branchenkonzepten, speziellen Informationen zur Abfallvermeidung

und -entsorgung und zum Import/Export von Abfällen. Der Bereich „Vorschriften“ stellt relevante gesetzliche Grundlagen aus EU, Deutschland, Bayern und den bayerischen Städten und Landkreisen zusammen. Den gesetzlichen Vorgaben ist jeweils eine Kurzbeschreibung mit Zitat, Inhalt und Anwendungsbeispiel beigelegt, mit der sich wesentliche Inhalte der Vorschrift auch ohne juristisches Vorwissen erschließen. Der Bereich „Publikationen“ bietet Veröffentlichungen zu bestimmten Aspekten der Abfallwirtschaft. Im Teil „Beratung“ erhält der Nutzer Kontaktinformationen zu Abfallberatern vor Ort, sowie zu Abfallxperten. □

Zukunft der modernen Kreislaufwirtschaft

Die diesjährigen Fachvorträge befassten sich mit der Zukunft der modernen Kreislaufwirtschaft. Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU), referierte zum Thema „Entsorgungssicherheit in Bayern“. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) Peter Kurth stellte die politische Agenda der privaten Entsorgungswirtschaft für die kommenden Jahre vor.

Einstimmige Wahlergebnisse

Die Mitgliederversammlung wählte einstimmig Rainer Hofmann erneut zum Vizepräsidenten. Auch der erweiterte Vorstand wurde bestätigt: Reiner Büchl jun., Michael Buchheit, Frank Gärtner, Matthias Harms und Markus Wittmann. □

Forum Grüner Punkt in Köln:

Global denken, lokal handeln

Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ verfolgten über 100 Teilnehmer das 9. Forum Grüner Punkt in Köln. Angesichts der Tatsache, dass Plastik ein Imageproblem hat, wurde in Vorträgen und Diskussionen erörtert, wie Innovationen dem Kunststoff eine Zukunft geben können.

Dr. Markus van Halteren, Geschäftsführer des Grünen Punkts, verwies darauf, dass das im Juli 2017 verkündete Verpackungsgesetz Impulse durch höhere Quoten und für die ökologische Lenkungswirkung bringen werde. Die Branche benötige funktionierende Übergangslösungen, bindende Vorschriften und gleiche Marktbedingungen für alle.

Ideen für den Kunststoff

Nach Darstellung von Michael Wiener, CEO des Grünen Punkts, meinten zahlreiche Verbraucher, „Plastik ist zur Pest geworden“. Wichtig sei es nunmehr, das Problem anzugehen. Ideen für den Kunststoff der Zukunft gebe es zwar viele, jedoch habe die Industrie hier eine Verweigerungshaltung eingenommen.

Nach Einschätzung von Helmut Schmitz (Grüner Punkt) nimmt die Produktion von Kunststoff deutlich zu. Gebe es keine Infrastruktur zur Erfassung der Abfälle, gehe früher oder später alles ins Meer. Dazu trage die verbreitete Meinung bei, Plastikabfälle hätten keinen Wert. Ein wirksames Mittel gegen den Eintrag ins Meer sei eine funktionierende Kreislaufwirtschaft, so Schmitz. Die Finanzierungsgrundlage könnte eine erweiterte Produzentenverantwortung, wie sie

noch drei duale Systeme festhalten, nicht mehr freistellungsfähig seien, berücksichtigten sie doch die M37 nur in einer veralteten Fassung, so Rummel. Ein Zurück zu den alten Verträgen funktioniert aus seiner Sicht nicht.

Einen weiteren wichtigen Meilenstein des Verpackungsrechts stellen die neuen, deutlich höheren Recyclingziele dar. Um diese zu erreichen, investieren die Betreiber von Sortieranlagen bereits in neue Technik, weshalb die Kosten in diesem Bereich zunächst steigen könnten. Gleichwohl, so Christoph Heller, Leiter Supply Chain beim Grünen Punkt, ließen sich Kosten auch über intelligente Ausschreibungen, die das wirtschaftliche Optimum herausholen, reduzieren. In den vergangenen Jahren habe der Grüne Punkt gezielt mit Betreibern von Sortieranlagen für Leichtverpackungen kooperiert. Anreize seien gesetzt worden, damit die Betreiber in Anlagen investieren, um bereit für die neuen Anforderungen zu sein.

Auch führten diese Kooperationen dazu, dass die Kapazität der Sortieranlagen immer etwas höher sei als die Nachfrage, was wiederum den Wettbewerb fördere, betonte Heller. Zudem gingen große Unternehmen von sich aus mit neuen Anlagen auf den Markt. Das Verpackungsgesetz gebe die Sicherheit, dass die Leistung



Gibt es keine Infrastruktur zur Erfassung der Plastikabfälle, geht früher oder später alles ins Meer. Bild: Umweltbundesamt

auch Verpackungsverordnung und -gesetz zugrunde liegt, bilden.

„Die Fortsetzung des privatwirtschaftlichen dualen Systems durch das Verpackungsgesetz ist ein wichtiger Erfolg. Damit lassen sich die ökologischen Ziele des Gesetzes am ehesten erreichen“, stellte Dr. Thomas Rummel vom Bundesministerium für Umwelt, Bau, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUB) fest. Dies bedeute aber auch eine Verpflichtung, verdeutlichte Rummel den Forumsteilnehmern: „Industrie und duale Systeme sind gefordert, das nicht wieder leichtfertig aufs Spiel zu setzen.“

Der Ministerialdirigent spielte damit auf die aktuellen Auseinandersetzungen der dualen Systeme um die Clearingverträge an. Das Bundeskartellamt hatte den Systembetreibern kürzlich mitgeteilt, dass derzeit keiner der verschiedenen Verträge kartellrechtlich freigestellt werden kann. Rummel kann das sehr gut nachvollziehen: „Das Amt hat deutlich die Leitplanken aufgezeigt: Es muss ein funktionierendes Clearing her. Und ein Vertrag muss sich an der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall und deren Mitteilung „Umsetzung der Verpackungsverordnung“ (M37) orientieren. Wer eine Einigung über ein Clearing-Regelwerk verweigert, gefährdet seine Feststellung als duales System.“

Klar sei damit auch, dass die alten Clearingverträge, an denen nur

auch nachgefragt werde. Die neuen Quoten sorgten dafür, dass allein der Grüne Punkt künftig jährlich 140 bis 160 Kilotonnen mehr Kunststoff recyceln wird. Dies bedeute, dass man beispielsweise schwarze Kunststoffverpackungen und PET-Schalen sowie flexible Verpackungen aus Mischkunststoffen recyceln müsse.

Technik entwickelt Verfahren

Diese Recyclingkunststoffe benötigten die entsprechenden Märkte, die bereit sind, sie aufzunehmen und in der Produktion von neuen Kunststoffprodukten einzusetzen. Auch wenn Kunststoffe aus Siedlungsabfällen schon recycelt werden – diese Märkte müssen weiterentwickelt werden. Nach den Worten von Dr. Markus Helftewes, Geschäftsführer Renewing beim Grünen Punkt, gehört die Ressourcenfrage zu den globalen Herausforderungen. Bei fast allen Materialien ließen sich die Kreisläufe schließen, warum nicht auch beim Kunststoff, fragte Helftewes. Die Rohstoffbasis sei hier gemischt: Abfall und nach der Aufbereitung ein bunter Haufen aus Kunststoffschneppeln. Daraus gelte es, einen reinen Kunststoff praktisch ohne Eigengeruch herzustellen. Extrem wichtig für den Grünen Punkt sei dafür das eigene Technikum in Köln, in dem die nötigen Prozesse und Verfahren entwickelt und erprobt würden. **DK**

Der PV wächst weiter

Rottach-Egern tritt dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München bei

Die Mitglieder des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) haben auf ihrer Verbandsversammlung den Beitritt der Gemeinde Rottach-Egern (Landkreis Miesbach) beschlossen. Die Versammlung fand in Eching im Landkreis Freising statt. Geschäftsführer Christian Breu ging in seinem Bericht auf das Wachstum und die kommunale Entwicklung in der Region München ein. Beim Fachthema drehte sich alles um die Radschnellwege in der Region München: Landrat Christoph Göbel, Landkreis München, Florian Paul, Radverkehrsbeauftragter der Landeshauptstadt München, und Mobilitätsexpertin Birgit Kastrup vom PV informierten über den aktuellen Status und künftige Planungen.

Rottach-Egerns Zweiter Bürgermeister Josef Lang präsentierte seine Gemeinde auf der Verbandsversammlung. Der PV soll die rege Bautätigkeit steuern. „Die Attraktivität als Urlaubsort muss bestehen bleiben“, betonte Lang. Vor allem benötigt die Gemeinde fachliche Beratung bei ihren Bebauungsplänen – derzeit 16 aktuelle Verfahren. Ein erster Auftrag zur Erstellung eines Bebauungsplans liegt bereits vor.

162 Mitglieder

Mit dem Beitritt Rottach-Egerns wächst der PV weiter über die Grenzen der Planungsregion München hinaus und verzeichnet jetzt vier Mitglieder aus dem Landkreis Miesbach: Neben Rottach-Egern sind bereits Holzkirchen, Schliersee und Weyarn dabei. Ab sofort zählt der Verband 162 Mitglieder, darunter 153 Städte, Märkte und Gemeinden, die acht Landkreise der Region München und die Landeshauptstadt München.

Auch die Region wächst

PV-Geschäftsführer Christian Breu beleuchtete, wie sich die Region München in den vergangenen fünf Jahren entwickelte: So sind etwa 190.000 Einwohner hinzugekommen und 270.000 Erwerbstätige, die in der Region arbeiten. Mit knapp 59.000 fertiggestellten Wohnungen kann der Wohnungsmarkt nicht Schritt halten. Der Wohnungsbau sei eine entscheidende Stellschraube, nicht nur der Verkehr. Wer hier arbeitet, solle auch eine Wohnung hier finden. Breu lobte die PV-Mitgliedsgemeinden im ländlichen Raum, die er derzeit besucht: „Was ich so sehe, macht mir Mut. Die Gemeinden schaf-

fen es trotz der Schwierigkeiten, Bauland zu entwickeln.“

Nach dem formellen Teil der Verbandsversammlung folgten drei Vorträge zum Thema „Freie Fahrt! Radschnellwege für die Region München“. Einig sind sich die Experten, dass die nächsten Schritte auf der Agenda folgende sind: Definition von Standards etwa für Beleuchtung, Fahrbahnmarkierung und Beschilderung, die Einbettung der Schnellwege in ein regionales Gesamtkonzept für den Radverkehr, die Untersuchung weiterer radialer und tangentialer Verbindungen in den Landkreisen wie auch innerhalb der Stadt München. Besonders Augenmerk liegt auf der Finanzierung und einer möglichen Förderung durch Freistaat und Bund.

Landrat Christoph Göbel informierte über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen im Landkreis München. Neben der feststehenden Pilotstrecke von München nach Garching mit Abzweigung nach Unterschleißheim möchte der Landkreis drei weitere Korridore auf den Weg bringen, im Münchner Osten, Süden und im Südwesten. Die Gesamtkosten für die Pilotstrecke bezifferte Göbel mit 34 Millionen Euro. Göbel warb dafür, gemeinsam weitere Korridore – auch tangential – zu untersuchen.

Ringschluss für die Landeshauptstadt

Der Radverkehrsbeauftragte der Landeshauptstadt München, Florian Paul, erläuterte die Situation in der Stadt. Hier geht es vor allem darum, die Pilotstrecke aus dem Landkreis München im Norden in die Innenstadt hinein zu führen und Streckenvarianten zu prüfen und zu bewerten. Hinsichtlich tangentialer Radschnellverbindungen inner-

halb der Stadt München sind eine Potenzialanalyse und vertiefte Machbarkeitsuntersuchungen geplant. Pauls Wunsch für die Zukunft ist „eine Art Außenring“ für Radschnellwege in der Stadt.

Anschließend gab Birgit Kastrup, Mobilitätsexpertin im PV, einen Überblick, was sich sonst noch in

Sachen Radschnellwege in der Region tut. Sie stellte auch die Initiativen der Gemeinden im Westen (Landkreis Fürstentum) und im Landkreis Freising vor. Kastrup betonte, wie wichtig es für die Entwicklung eines regionalen Radverkehrsnetzes ist, die Radschnellwege mit den kommunalen und Landkreis-Fahrradnetzen sowie dem ÖPNV zu verknüpfen.

Zum Thema Radschnellwege hat der PV eine Infobroschüre unter pv-muenchen.de/radschnellwege veröffentlicht.

74 Millionen Euro für ÖPNV

Um den bayerischen ÖPNV in der Fläche noch besser und attraktiver zu gestalten, will der Freistaat im kommenden Jahr die Rekordsumme von 74 Millionen Euro in das Verkehrssystem investieren. Dies sind 23 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Außerdem stehen künftig für die Förderung von Linienbussen im ÖPNV 30 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Dies kündigte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann auf der Herbsttagung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) an.

Für Herrmann hat der ÖPNV nach wie vor einen hohen Stellenwert bei der Gewährleistung der Mobilität in der Bevölkerung. Dazu trage auch die Neubeschaffung von mehr als 400 barrierefreien und schadstoffarmen Linienbussen bei. Zudem sei im ländlichen Raum und in verkehrsschwachen Zeiten die Ergänzung der regulären Linienbetriebe durch flexible und bedarfsorientierte Angebote wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis ein wesentlicher Beitrag für eine angemessene Grundversorgung der Menschen. Schon seit 2012 fördere der Freistaat diese Angebote mit rund zwei Millionen Euro jährlich. Für das kommende Haushaltsjahr stünden jetzt sogar 700.000 Euro mehr für wei-

tere flexible Verkehrsangebote zur Verfügung, erklärte der Verkehrsminister.

Mit Blick auf den von 2010 bis 2030 prognostizierten Anstieg des Güterverkehrs um ca. 40% beabsichtige man die Verlegung eines möglichst großen Teils des Transports auf die Schiene. Damit leiste der Freistaat einen wesentlichen Beitrag zur umweltfreundlichen Verkehrsabwicklung, betonte Herrmann. Darüber hinaus forderte er vom Bund ein neues 10-Jahres-Programm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken, die überwiegend vom Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bedient werden. Dies bringe verkehrliche Vorteile und stelle einen konkreten Beitrag zur Erreichung der Klimaziele dar.

Oberbayern braucht mehr Güterbahnhöfe

Anlässlich der IHK-Konferenz zum Schienenverkehr in Burghausen spricht sich Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, für weitere Umschlagterminals in Oberbayern aus. Damit will die IHK die Kombination unterschiedlicher Verkehrsträger fördern und den Anteil der Bahn am Güterverkehr erhöhen.

Zudem fordert Driessen den schnellen Bahnausbau in Südostoberbayern: „Mit rund 20.000 Beschäftigten gehört das bayeri-

sche Chemiedreieck zu den größten Standorten dieser Branche in Deutschland. Das Nadelöhr für die Region und die Wirtschaft bleibt die Schieneninfrastruktur. Wir wiederholen deshalb unsere Forderungen nach dem zweigleisigen Ausbau und einer vollständigen Elektrifizierung der Abschnitte ab Tüßling nach Burghausen und Freilassing“. Mehr Kapazitäten auf der Schiene stärkten außerdem die Schlüsselrolle Südostoberbayerns als Umschlagplatz und Drehkreuz für Waren aus den Mittelmeerhäfen.



V. l.: Dirk Kleinerüschkamp (Leiter Stadtplanungsamt), Landrat Matthias Dießl (Vorsitzender AGFK Bayern e.V.), Moderatorin Stephanie Heimzeller, Michael Schmerbauch (Stadt Aschaffenburg), Bürgermeisterin Susanne Lender-Cassens (Vorstand AGFK Bayern e.V.), Jörn Büttner (Radverkehrsbeauftragter Stadt Aschaffenburg).

AGFK Bayern zeigt stärkstes Wachstum seit Gründung

Im Rahmen der zentralen Auszeichnungs- und Abschlussveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) und des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zeichnete Staatssekretär Gerhard Eck in Augsburg die Städte Aschaffenburg und Garching b. München mit dem Zertifikat „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“ aus. Außerdem begrüßte die AGFK Bayern 12 neue Mitgliedskommunen im Verein, der damit auf 61 Mitglieder anwächst.

Bürgermeister Dr. Dieter Gruchmann aus Garching b. München und Dirk Kleinerüschkamp, Leiter des Stadtplanungsamtes aus Aschaffenburg, nahmen ihre begehrten Auszeichnungen aus den Händen des Staatssekretärs Gerhard Eck und des Vorsitzenden der AGFK Bayern, Landrat Matthias Dießl, entgegen. Der berechnete Stolz war beiden Städten anzumerken; mussten sie doch einen anspruchsvollen Zertifizierungsprozess hinter sich bringen, bei dem in einer Vor- und Hauptprüfung überprüft wurde, ob die Kriterien des Vereins erfüllt werden.

Doppelte Auszeichnung

Mit Aschaffenburg und Garching haben zwei weitere AGFK-Kommunen die Auszeichnung erhalten, so dass nun insgesamt 12 bayerische Kommunen den Titel „Fahrradfreundliche Kommune“ tragen. Bei der Aufnahme der neuen Mitglieder wurde es dann um BR-Moderatorin Stephanie Heinzeller eng auf der Bühne: Gleich 12 neue Mitgliedskommunen stießen in diesem Jahr zum Verein – ein Rekord, wie auch Landrat Dießl feststellte: „Wir sind vor 5 Jahren mit 38 Kommunen gestartet, heute haben wir über 60

Mitglieder. Das zeigt uns, dass der Verein an den richtigen Stellschrauben dreht und für die Kommunen in Bayern ein wichtiger Partner in der Radverkehrsförderung geworden ist. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und dem Freistaat möchten wir Fahrradland Nummer eins in Deutschland werden.“

Um dies zu erreichen, wurde das Radverkehrsprogramm Bayern 2025 erarbeitet, auf das auch Staatssekretär Eck in seiner Rede einging. Erklärtes Ziel ist eine Steigerung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehrsaufkommen in Bayern auf 20 Prozent bis 2025.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde außerdem die diesjährige STADTRADELN-Saison beschlossen. Als bester Newcomer in diesem Klimaschutzwettbewerb wurde Ebersdorf b. Coburg ausgezeichnet, die Gemeinde bekam mit der Auszeichnung einen Radständer der Firma Gronard als Gewinn. Die individuellen Geschichten zum STADTRADELN, bei dem für 3 Wochen bewusst auf das Auto verzichtet und dafür das Rad genutzt wird, zeigten die Bilder des begleitenden Fotowettbewerbes der AGFK Bayern. Diese wurden bei der Veranstaltung prämiert.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen **Fairer Handel und Faire Beschaffung – Global Nachhaltige Kommune – Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen – Migration und Entwicklung.**

SIND SIE INTERESSIERT?
Machen Sie mit bei einem Einsteigerseminar für kommunale Entwicklungspolitik!

Kontakt:
klerin.blume@engagement-global.de
Telefon +49 228 20717-615

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) ist Teil der ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Modernisierung von SPNV-Strecken vorantreiben

Positionen des Deutschen Landkreistags zur nachhaltigen Mobilität

„Die Mobilität der Zukunft muss sicher, effizient und gleichzeitig nachhaltig gestaltet sein“, heißt es in einem aktuellen Beschluss des Präsidiums des Deutschen Landkreistags. Erforderlich seien breit greifende Emissionsminderungen im Straßenverkehr sowie eine stärkere Förderung emissionsarmer öffentlicher Verkehre in der Fläche (E-/Wasserstoff-Busse, CNG).

Zudem wird zu einer flächendeckenden Ertüchtigung und Modernisierung der Schieneninfrastruktur, einschließlich der Beseitigung von Engpässen ebenso geraten wie zu einer weiteren Verlagerung von (Güter- und Personen-)Verkehren auf die Schiene und störungsfreie Mischverkehre. „Die Zukunft liegt auch hier in der E-Mobilität“, ist der Kommunalverband überzeugt.

Derzeit seien allerdings nur rund 60% des Schienennetzes elektrifiziert, vor allem auf den Nebenstrecken kämen daher meist Diesel-Lokomotiven zum Einsatz, heißt es weiter. Nur durch eine weitgehende Elektrifizierung der Schienenwege würden diese auch für den Güterverkehr attraktiver, da die besonders unwirtschaftlichen Traktionswechsel entfallen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Landkreistag die kommende Bundesregierung auf, im Verkehrsetat ein Sonderprogramm zur Modernisierung und Elektrifizierung der bundeseigenen Schienenwege in der Fläche sowie von NE-Strecken aufzulegen, um die regionale Schieneninfrastruktur insbesondere für die lang laufenden SPNV-Relationen in und aus der Fläche und einen nachhaltigen Güterverkehr zu ertüchtigen und zu modernisieren. Die zur Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 vorgesehenen Investitionen seien nicht ausreichend und müssten erhöht werden. Parallel dazu seien im Planfeststellungsverfahren deutliche Erleichterungen zu schaffen, um Infrastrukturmaßnahmen – auch zur Elektrifizierung von Schienenwegen – in spürbar kürzerer Zeit umsetzen zu können.

Darüber hinaus muss laut Deutschem Landkreistag das bislang auf Forschungsprojekte beschränkte „Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzelle“ (NIP) in die Fläche getragen und der Einsatz innovativer Antriebstechnologien (Wasserstoff, Brennstoffzelle und Hybrid-Brückentechnologien) auf der Straße und auf Schienenstrecken breitenwirksam gefördert werden, bei denen eine Elektrifizierung der Schieneninfrastruktur unwirtschaftlich wäre. **DK**

Bahntag Bayern:

Attraktives Programm an neun Standorten

Mit einem umfangreichen Programm wie Dampflokomotivfahrten, Werkstattfeste, Zugtaufen und Sternfahrten mit der Bahn quer durch Bayern wartete der zweite Bahntag Bayern auf. An neun Standorten und in diversen Zügen stand die bayerische Bahnbranche als attraktiver Arbeitgeber im Mittelpunkt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Fachkräfteoffensive Bahn Bayern unter der Koordination des Bayerischen Verkehrsministeriums.

„Mit unserem Bahntag Bayern wollen wir möglichst viele Menschen für einen Eisenbahnberuf begeistern“, hatte Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck bei der Eröffnung im Deutschen Dampflok-Museum im oberfränkischen Neuenmarkt erklärt. Bei keinem anderen Beruf herrsche ein derartiger Engpass wie bei Lokomotivführern. Die Bahnunternehmen seien auf genügend Nachwuchs und Quereinsteiger angewiesen. Mobilität brauche neben dem Ausbau der Infrastruktur engagierte Fachkräfte.

DB Netz AG

Während in Augsburg von Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger die „Taufe“ eines neuen Meridian-Zuges vorgenommen wurde, informierte in Forchheim die DB Netz AG über den Fortschritt auf Deutschlands größter und längster Baustelle zur Realisierung des viergleisigen Bahnausbaus zwischen Nürnberg und Erfurt.

Verwurzelt in der Region ist die Südostbayernbahn. In Mühldorf erwartete die Besucher eine Werkstattbesichtigung sowie eine spannende Fahrzeugaus-

stellung. Per Virtual-Reality-Brille wurden digitale Einblicke in die Ausbildungsberufe und viele Kontaktmöglichkeiten von Mensch zu Mensch ermöglicht.

Auch Umweltministerin Ulrike Scharf, Bayerns Bahnchef Klaus-Dieter Josel und Münchens IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen waren vor Ort. „In fast allen Regionen Bayerns können junge Menschen künftige Kollegen kennenlernen und für sich selbst entdecken, ob das Motto, Du passt zu uns‘ auch für sie gilt“, unterstrich Josel. „Ich bin dankbar, dass das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wieder die Schirmherrschaft für diesen Bahntag übernommen hat.“ Insgesamt besuchten weit über 100 Personen den Bahntag Bayern bei der Südostbayernbahn.

In München boten die DB Fernverkehr AG Führungen durch das ICE-Werk und der „Bayerische Localbahnverein“ historische Sonderfahrten mit der Dampflokomotive an. In Neuenmarkt wurde nach der Eröffnung des Bahntages unter anderem eine Berufsmesse in Kooperation mit Bahnunternehmen wie Agilis und DB Cargo durchgeführt und zur Sonderausstellung „Frauen bei der Eisenbahn“ eingeladen.

RegioShuttles in Schöllkrippen

Die Westfrankenbahn macht die Region zwischen Main, Tauber und Hohenlohe mobil. Im Werk in Schöllkrippen konnte man im Beisein von Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback die RegioShuttles erleben.

In Schwandorf veranstaltete die Länderbahn auf dem Betriebsgelände einen Tag der offenen Tür mit einem Familienfest, das auch Sozialministerin Emilia Müller besuchte. Die Ministerin war Patin für den neugestalteten Alex-Zug der Länderbahn, der ab dem Fahrplanwechsel im Dezember zwischen München und Prag in dichter Taktfolge verkehren wird und bei der Veranstaltung enthüllt wurde.

In Schweinfurt informierten die Erfurter Bahn und der Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft, Dr. Johann Niggel in einer Live-Sendung über das Bahnland Bayern und die Arbeit des zusammen mit der Bayerischen Zugsptzbahn kleinsten Unternehmens auf dem bayerischen Schienenpersonenverkehrsmarkt.

Originelle Imagewerbung der DB Regio

Besonders originelle Imagewerbung betrieb die bayerische DB Regio: Auf ausgewählten Sternfahrtstrecken Richtung Nürnberg bot sie kostenloses Mitfahren an und schickte als Botschafter eine Auswahl an Auszubildenden, die Interessierte über Berufsmöglichkeiten und das Klima bei der DB informierten. Zum Abschluss der Sternfahrten gab es in Nürnberg unter anderem eine Führung durch das dortige DB-Regio-Werk und im DB Museum die Abschlussveranstaltung des Bahntags mit Martin Burkert, dem Verkehrsausschussvorsitzenden im Deutschen Bundestag und Vorstandsmittglied der Eisenbahnergewerkschaft EVG. **DK**

Rathaus-CSU optimiert Grüne Welle

Die CSU-Stadtratsfraktion kümmert sich um besseren Verkehrsfluss auf Münchner Straßen. Ihrem Antrag, die Grüne Welle weiterhin auszubauen, wurde im Kreisverwaltungs-ausschuss zugestimmt.

Die Verwaltung bestätigt die Tatsache, dass ein optimierter Verkehrsfluss vor allem auf den Hauptstraßen zur Schadstoffreduzierung beiträgt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Schadstoffreduzierung und der Reduzierung von Standzeiten mit gleichzeitiger Erhöhung der Reisegeschwindigkeiten.

Wie im CSU-Stadtratsantrag vom 20.02.2017 gefordert, wird die Grüne-Welle-Optimierung weiter vorangetrieben. „Alle profitieren von der Grünen Welle: Autofahrer kommen zügiger voran und für die Anwohner reduziert sich die Schadstoffbelastung. Unser Ansatz ist richtig, weshalb wir den Ausbau so schnell wie möglich vorantreiben möchten. Ein Fokus liegt auf der Verkehrssituation im Münchner Westen, von Freiham bis Pasing. Ampeln an jeder Kreuzung verhindern das Vorankommen auf Bodenseestraße und Landsberger Straße. Mit der Besiedelung von Freiham erwarten wir hier eine massive Verkehrszunahme. Bis zum Einzug der ersten Bewohner muss die Grüne Welle funktionieren, sonst droht ein Verkehrskollaps“, betont Stadtrat Johann Sauerer, verkehrspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. **□**

Sicherheit für Senioren im Straßenverkehr:

Mobil bleiben, aber sicher

Suche nach verbesserten Maßnahmen zur Unfallverhütung

Im Beisein von Regierungspräsident und gleichzeitigem Vorstandsmitglied der Landesverkehrswacht Bayern, Dr. Paul Beinhofer, Landrat Thomas Bold, Bürgermeister Anton Schick, Mdl. Sabine Dittmar, Vertretern der Landesverkehrswacht Bayern e.V. und Vertretern der unterfränkischen Polizei trafen sich die Mitglieder der unterfränkischen Verkehrswachten zu einer Fortbildungsveranstaltung zum Thema: „Mobil bleiben – aber sicher“, im Parkwohnstift Garitz.

In den letzten Jahren hat das Thema Mobilität der Senioren besonders bei uns im Landkreis mit einer hohen alternden Bevölkerung aufgrund des demografischen Wandels immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Die Zunahme von aktiven älteren Verkehrsteilnehmern stellt eine Herausforderung an die Gesellschaft dar, Mobilität bis ins hohe Alter zu fördern und altersbedingte Schwächen möglichst zu kompensieren. Die ältere Generation ist heute deutlich mobiler als früher und nimmt ganz selbstverständlich bis ins hohe Alter auch am Straßenverkehr teil.

Sie verfügen einerseits über einen reichen Erfahrungsschatz, andererseits beeinträchtigen im Laufe der Jahre körperliche Defizite die Fahrsicherheit erheblich. Insbesondere schleichende körperliche Veränderungen, wie das Nachlassen der Sehkraft, des Hör- oder Reaktionsvermögens werden von den Betroffenen oft lange nicht bemerkt bzw. ignoriert.

Bewusstsein für eigene Grenzen schulen

Die Verkehrswachten wollen versuchen, das Bewusstsein für eigene Grenzen und altersbedingte Einschränkungen der Senioren zu schulen.

Auch im Hinblick auf die für das erste Halbjahr 2017 erschienene Bayerische Verkehrsunfallstatistik mit einem Anstieg bei dieser Personengruppe um fast neun Prozent der tödlichen Verkehrsunfälle verdeutlicht, dass die Verkehrswachten hier durch die Arbeit ihrer Mitglieder zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und verstärkte Informationen zur Unterstützung der wachsenden Gruppe älterer Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr leisten können und müssen.

Mit der Umsetzung eines Verkehrssicherheitsprogramms der Deutschen Verkehrswacht sollen besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer geschützt und insbesondere auch die Belange schwächerer Verkehrsteilnehmer, älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung in den Fokus gerückt werden. **DK**

Die Kreisverkehrswacht Bad Kissingen e.V. leistet in diesem Zusammenhang für die hiesigen Senioren schon eine Reihe von erfolgreichen Verkehrssicherheitsaktionen und stellte den unterfränkischen Verkehrswachtkollegen ihre wirksamen Aktivitäten wie Rollator Kurs, Rollator und Bus, Rollatoren-Exkursionen, Seniorenfahrerschule, Veranstaltungen bei Seniorennachmittagen, Informationsveranstaltungen in Schulen, Berufsschulen und der Volkshochschule vor. In Zusammenarbeit mit dem Sanitätshaus Traub konnten die Teilnehmer verschiedene Rollatoren bei dieser Veranstaltung kennenlernen und diese gleich auf einem schwierigen Verkehrssparcours ausprobieren. Die Kreisverkehrswacht Bad Kissingen e.V. erfuhr von allen Beteiligten hohes Lob für ihr Engagement im Hinblick auf die Generation 65+.

Neuwahl

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch die Neuwahl des unterfränkischen Bezirksvorsitzenden durchgeführt. Der bisherige Vorsitzende Dr. Dieter Aufderhaar, Würzburg, wurde in seinem Amt bestätigt und Rainer Mader, Würzburg, neu als Stellvertreter gewählt.

Der bisherige Stellvertreter Werner Freidhof, Nüdlingen, schied auf eigenen Wunsch aus. Für seine Verdienste wurde er mit dem Ehrenzeichen der Landesverkehrswacht Bayern e.V. in „Gold“ ausgezeichnet.

In seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Kreisverkehrswacht Bad Kissingen e.V. erhielt Schatzmeister Jan Freese das Ehrenzeichen der Landesverkehrswacht Bayern e.V. in „Silber“. Durch umfangreiche Verwaltungsaufgaben hat er die wichtige Kassenführung optimiert und leitet diese vorbildlich, gewissenhaft und verantwortungsvoll. Ferner treibt er die Präsenz der Verkehrswachtarbeit in den neuen Medien voran und verfeinert den Internet-Auftritt. Jede Verkehrswacht würde sich über einen solchen mitdenkenden und prädestinierten Schatzmeister glücklich schätzen. **□**



Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Licht und Design für den öffentlichen Raum

Der Spezialist für Straßenbeleuchtung und Stadtmobiliar GHM-Eclatec zieht eine positive Bilanz 2016/2017 und startet 2018 auf der Messe Light+Building durch

Seit 2015 haben sich GHM und Eclatec zusammengeschlossen, um ihre Aktivitäten zu bündeln, das Exportgeschäft noch weiter auszubauen und um noch intensiver an Produktneuheiten arbeiten zu können. Es sind beides seit Jahrzehnten fest in der französischen Öffentlichkeit etablierte Firmen, deren Produkte jeder schon einmal im Stadtbild gesehen hat.

Die Geschichte der beiden Unternehmen ist reich an prestigeträchtigen Projekten: die Beleuchtung der Champs-Élysées, die Brücke Alexandre III oder etwa die im Jugendstil gestalteten Eingänge der Metrostation Guimard in Paris. Heute entwirft und vermarktet das Unternehmen vor allem moderne Lösungen für den urbanen Raum: Masten, Ausleger und Leuchten der öffentlichen Beleuchtung, Stadtmobiliar wie Bänke oder Mülleimer, Lichtmasten oder Leitungsmasten für Straßenbahnen.

Wachstum in der Krise

„Nach Jahren mit Wachstumsraten um die 15 Prozent, liegen wir nun bei vier bis fünf Prozent. Für das laufende Jahr rechnen wir mit 105 Millionen Euro Umsatz (GHM und ECLATEC). Das ist

Erfolgsbilanz des MVV:

Positive Entwicklung der Kundenzufriedenheit

Seit mehr als 20 Jahren dokumentiert das MVV-Kundenbarometer die Veränderungen der Einstellung der Kunden zum Leistungsangebot im MVV. Zeit, Bilanz zu ziehen.

Womit sind die Kunden im MVV nach zwei Jahrzehnten voller Veränderungen zufriedener, wo hat sich die Kundensicht nicht verändert und womit sind die Kunden heute unzufriedener? Werden die enormen Anstrengungen, Aktivitäten und Investitionen aller Beteiligten zur Leistungs- und Qualitätssteigerung im öffentlichen Personennahverkehr im Großraum München von den Kunden auch auf die längere Sicht wahrgenommen? Und wie wirken sie sich auf die Kundenzufriedenheit aus?

Klarer Aufwärtstrend

Der Befund: Es gibt einen klaren und deutlichen Aufwärtstrend seit 1996 bei nahezu allen Leistungsmerkmalen. Bei 31 der 34 seit 1996 erhobenen Merkmale liegt 2016 und aktuell die Kundenzufriedenheit über dem entsprechenden Wert zu Beginn der Messreihe. Die anliegende Grafik mit den größten Veränderungen in der Zufriedenheit im Zeitraum 1996 bis 2016 zeigt, dass sich die Investitionen in die vielfältigen Verbesserungsmaßnahmen in den vergangenen zwei Jahrzehnten unmittelbar in Zuwächsen bei der Kundenzufriedenheit niederschlagen.

Am stärksten gestiegen ist die Kundenzufriedenheit bei

- den Fahrplaninformationen, vor der Fahrt, aber auch an Stationen,
- der subjektiven Sicherheit, vor allem abends, aber auch tagsüber,
- den Stationen und
- der Taktfrequenz.

Nur bei einem Merkmal – Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit – liegt der aktuelle Zufriedenheitswert signifikant unter dem Ausgangswert. Dies spiegelt das bekannte Problem des ÖPNV im Raum München wider: Das Infrastrukturangebot hat nicht mit der in den letzten 20 Jahren enorm gestiegene Nachfrage Schritt gehalten.

eine sehr gute Bilanz in schwierigen Zeiten“, freut sich Vincent Carru, Geschäftsführer vom GHM-Eclatec Group. Wie er das macht? Er setzt nicht nur auf den französischen Markt, sondern auch auf das Exportgeschäft.

LED's go mit GHM-Eclatec

Viele Lichtblicke auch im Exportgeschäft mit Deutschland. Da sind zum Beispiel die LED bestückten Leuchten – eine Technologie, die viel Energie und Kosten sparen hilft. Auch in Deutschland. Im Einkaufszentrum Ruhr Park Bochum sind 2016 allein 178 LED-Leuchten von GHM-Eclatec auf den Parkplätzen verbaut worden. Im Saarland sind im Rahmen eines städtebaulichen Pilotprojektes 43 Leuchten vom Typ ZELDA X installiert worden. Für das erste Quartal 2017 ist der

Einbau von weiteren 92 Leuchten vorgesehen.

Konsequente Investition

In der Entwicklung der LED-Technologie war Eclatec schon sehr früh aktiv und hat konsequent in diese Zukunftstechnologie investiert. „In den Jahren 2009 und 2010 haben wir die erste LED-Leuchte für den öffentlichen Raum in Serie gebaut. Dafür haben wir unseren ganzen Produktionsablauf auf den Kopf stellen müssen“, erinnert sich Vincent Carru.

Stichwort Export. Da gibt es zum Beispiel ein echtes Rhein

Zukunftssichere Straßenbeleuchtung

Mit Streetlight 11 bietet Osram eine zukunftsfähige Plattform für Smart City Anwendungen Städte unterliegen heute einer besonderen Verantwortung. Sie suchen nach Lösungen, wie sie ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern und den öffentlichen Raum sicherer und durchdachter organisieren können. Es geht dabei um intelligente Verkehrsführung, Parkraummanagement, Sicherheitsüberwachung und neue Versorgungsmodelle für die Elektromobilität. Im Zentrum dieser Prozesse steht die vernetzte Beleuchtungsinfrastruktur. Mit der Straßenleuchtenfamilie Streetlight 11 bietet Osram Lighting Solutions eine zukunftsfähige, technologische Plattform für die vielfältigen Themen einer Smart City.

Die neue, effiziente Streetlight 11 ist ein offenes und Upgradefähiges System das mit seinen Aufgaben wächst, genau wie die Stadt der Zukunft. Der Kunde kann entscheiden, ob er bereits heute eine individuelle Smart City Lösung wählt oder eine Leuchte, die jederzeit aufgerüstet werden kann. Ist erst einmal ein Netzwerk mit den neuen Straßenleuchten aufgebaut, können wechselnde kundenspezifische Bedürfnisse gedeckt werden.

Modulares Konzept

Das modulare Leuchtenkonzept der Streetlight 11 ermöglicht die Integration von Steuerungs- und Überwachungssystemen auf Basis der Powerline-Technik oder via Funk (RF). Die Leuchten stehen entsprechend ausgestattet als Smart City-Leuchte oder als Smart City ready-Version serienmäßig zur Verfügung.

Einfache Montage

Dank der integrierten mechanischen Schnittstelle ist eine einfache nachträgliche Montage von Sensoren sowie Daten- oder Kamerasystemen auch vor Ort möglich z.B. für Parkraummanagement, Sicherheitsüberwachung oder Verkehrssteuerung. Die Spannungsversorgung der Komponenten erfolgt direkt aus der Leuchte. Dabei erhält der Kunde eine zuverlässige Systemlösung, d.h. Osram bietet Leuchten, Controller, Sensoren, Software und Zubehör aus einer Hand an.

Beitrag zum Umweltschutz

Streetlight 11 überzeugt durch eine hervorragende, gleichmäßige Beleuchtung und erhöht damit die Sicherheit im öffentlichen Raum. Gleichzeitig leistet sie einen aktiven Beitrag zu Umwelt- und Naturschutz: Der Energieverbrauch lässt sich um bis zu 80 Prozent senken und Lichtmischung wird durch das exakt gerichtete Licht vermieden, Himmelsaufhellung und das Anlocken nachtaktiver Insekten auf ein Minimum reduziert. Die Leuchtenfamilie bietet viele Auswahl- und Kombinationsmöglichkeiten um Straßen, Wege und Plätze zu beleuchten: drei Baugrößen

übergreifendes deutsch-französisches Vorzeigeprojekt: Für Arbeiten an der Tram-Linie zwischen Straßburg und Kehl ist GHM jüngst für den Bau der Leitungsmasten beauftragt worden.

GHM-Eclatec GmbH auf der Fachmesse Light +Building 2018

Nur eine von vielen Investitionen in innovative Technologien, die sich jetzt bezahlt machen. Die Leuchte ZELDA hat die Firma dabei speziell auf die Bedürfnisse des deutschen Marktes hin ausgerichtet. Dieses Produkt, aber auch andere Erzeugnisse aus dem breit gefächerten Angebot der Gruppe stellt das Unternehmen demnächst auf der Frankfurter Messe Light+Building vor. Interessierte Fachbesucher sind vom 18. bis 23. März 2018 auf dem GHM-Eclatec GmbH Stand C56 Halle 5.0 herzlich willkommen.

Philips Lighting GmbH:

Die digitale Zukunft ist jetzt

Doppelt profitieren mit der DigiStreet SystemReady

Die Investition in moderne LED-Leuchten refinanziert zukunfts-fähige SmartCity-Infrastruktur durch die erzielten Energieeinsparungen. Die offene und herstellerunabhängige Architektur sichert Zukunftsfähigkeit der Infrastruktur und den Zugriff auf ein breites Lösungsangebot für die SmartCity.

„Schaffen Sie Sorgenfreiheit durch Zuverlässigkeit, Einfachheit in der Installation, schlichtes Design und einen ökonomischen Anschaffungspreis. Und das Beste: Schon heute können Sie von den Vorteilen der Vernetzung profitieren“, so der Hinweis der Philips Lighting GmbH. „Bestellen Sie bis Februar 2018 DigiStreet Leuchten und testen Sie die CityTouch ConnectApp als Bonus-Funktionalität unverbindlich und kostenfrei.“

System-Ready-Architektur

Um für die Zukunft gerüstet zu sein, benötigen Städte Infrastruktur, die auf zukünftige Fortschritte und Upgrades vorbereitet ist. Flexibilität, Leistungsfähigkeit, Wartungsfreundlichkeit, digitale Skalierbarkeit und Offenheit macht die DigiStreet SR-Leuchtenfamilie zu einer sorgenfreien Investition.

CityTouch

Intelligente Straßenbeleuchtung von morgen braucht eine smarte Software-Plattform. CityTouch ist ein Lichtmanagement-System für die öffentliche Beleuchtung. Es bietet nicht nur einfache Web-Anwendungen zum Analysieren und Planen von Arbeitsabläufen, sondern auch die Möglichkeit zum Steuern, Überwachen und Verwal-

ten der Straßenbeleuchtung sowie zum Messen des Energieverbrauchs.

System-ready-Leuchten in Aktion

System-ready-Leuchten lassen sich problemlos mit der CityTouch Anwendung verbinden. Da die gesamte Intelligenz in die System-ready-Leuchte integriert ist, wird nur ein zusätzliches steckerfertiges CityTouch OLC-Modul oben auf der Leuchte eingesteckt. Dann kann die Leuchte sofort getortet und verbunden werden, um sie mit CityTouch zu steuern und zu überwachen. Die Kommunikation erfolgt direkt über das öffentliche Mobilfunknetz.

Ein weiterer Vorteil ist, dass keine zusätzlichen Installationsmaßnahmen erforderlich sind. Außerdem wird das gesamte Konnektivitätsmanagement vom Philips-Lighting-Dienstleistungsangebot abgedeckt. Sobald die Spannungsversorgung steht, erscheint automatisch ein Lichtpunkt an der entsprechenden Stelle der CityTouch Landkarte und alle technischen Parameter der Leuchte sind bereits im System abrufbar. Die CityTouch Connect App ist eine intelligente, interaktive Lichtmanagementlösung für Straßenbeleuchtung. Sie erweckt jede Stadtbeleuchtung zum Leben und bietet Flexibilität, Informationen und Präzision.



Wir machen Bayern ...
e-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayernwerk.de/elektromobilitaet

bayernwerk

Werksausstellung bei Lindner:

Premiere für Lintrac 110

Der Tiroler Landmaschinenspezialist Lindner erweitert seine erfolgreiche Lintrac-Serie: Nach dem Lintrac 90, von dem seit der Markteinführung im Jahr 2013 bereits über 600 Stück verkauft wurden, kommt jetzt der Lintrac 110. Bei einer Werksausstellung im Innovationszentrum in Kundl erfolgte nunmehr das Rollout des Traktors. Seine Weltpremiere feierte der Lintrac 110 auf der Agritechnica in Hannover (siehe nebenstehenden Bericht). Mit der Vorserie startet Lindner im Juni 2018. Die Serienproduktion der Agrar- und der Kommunalversion beginnt im Sommer 2018.

Laut Geschäftsführer Hermann Lindner ist der Lintrac 110 perfekt für den Sommer- und Winterdienst gerüstet. Der kompakte, wendige und stufenlose Traktor kann sowohl in der Berg- und Grünlandwirtschaft und im Weinbau als auch im Forst und im Kommunalbereich eingesetzt werden.

Das höchstzulässige Gesamtgewicht liegt bei acht Tonnen, die Nutzlast bei rund 3,5 Tonnen. Damit eignet sich der Lintrac 110 auch für überbetriebliche Fahrten. Einsatzprofilen können mit größeren Anbaugeräten, wie zum Beispiel mit Ballenpressen arbeiten.

Stufenloses Getriebe

Herzstück des neuen Traktors ist das stufenlose Getriebe TMT11 von ZF Friedrichshafen. Nach Darstellung von Technologie-Geschäftsführer Stefan Lindner ist es im Vergleich zum TMT09 aus dem Lintrac 90 mit einer größeren Hinterachse ausgestattet. Das TMT 11 wurde speziell für eine Zapfwellenleistung von über 110 PS konzipiert. Kompakter Leichtbau war dabei besonders wichtig. Durch die größtenteils mechanische Kraftübertragung mit geringem hydrostatischem Anteil arbei-

tet das Getriebe besonders effizient. Gefahren wird stufenlos von -20 bis +43 km/h mit reduzierter Motordrehzahl. Die 4-fach-Heckzapfwelle mit Anlaufsteuerung arbeitet wahlweise mit 540/750/1000/1400 U/min.

Modus-Umschaltung

Die Fahrgeschwindigkeit bei Vorwärtsfahrt und Rückwärtsfahrt wird durch eine Modus-Umschaltung (Modus I: Arbeitsmodus; Modus II: Transportmodus) sowie eine Fahrbereichs-Umschaltung realisiert. Sowohl Modus- wie auch Fahrbereichs-Umschaltung wurden vollständig automatisiert.

Der Perkins Turbo-Diesel mit 3,4 Liter Hubraum leistet 113 PS. Er entfaltet ein enormes Drehmoment von 450 Nm bei 1400 U/min mit sehr steilem Drehmomentanstieg von über 40 %. Diese Eigenschaften sorgen für ein kraftvolles Anfahrverhalten am Hang und bei der Zugarbeit.

In Zusammenarbeit mit dem TMT Getriebe kann der Motor mit reduzierter Drehzahl arbeiten und ist somit besonders sparsam im Verbrauch. Durch den Partikelfilter wird die Abgasstufe 3b erreicht.

Mit dem Lintrac werden vor allem Grünlandprofilen angesprochen, die auch bei langen Einsatzzeiten konzentriert arbeiten müssen. Kabinen-Federung und Luftsitz, beste Sicht nach allen Seiten und nach oben sowie ein innovatives Lichtkonzept sorgen für ermüdungsfreies Arbeiten in jeder Situation. Für den Kommunaleinsatz kommen extrem gut sichtbare LED-Rundumleuchten und Blitzbalken zum Einsatz. Verstärkt hat Lindner die 4-Rad-Lenkung, die auch beim Lintrac 110 für überdurchschnittliche Wendigkeit sorgen wird.

Autonome Fahrfunktionen und Prozessoptimierung

In der Landwirtschaft werden autonome Fahrfunktionen immer wichtiger, sind sich Fachleute sicher. „Deswegen entwickeln wir gemeinsam mit ZF Friedrichshafen den TracLink-Pilot. Damit ermöglichen wir erstmals hochautomatisierte Fahrfunktionen im Grünland“, erklärte Hermann Lindner. Aktuell läuft die intensive Testphase.

Kameras, GPS-Empfänger und sonstige Sensoren lassen sich in Zukunft Modul für Modul nachrüsten. Egal wann die gesetzlichen Rahmenbedingungen für autonomes Fahren und Arbeiten geschaffen werden - der Lintrac kann jederzeit aufgerüstet werden. So sind Lintrac-Fahrer heute schon bereit für die Lösungen von morgen.

Beispiel Prozessoptimierung: Ein sensorbasiertes Assistenzsystem erfasst Schnittkanten,



Die Repräsentanten des erfolgreichen Familienunternehmens: Von links: David Lindner, Stefan Lindner, Rudolf Lindner und Hermann Lindner

Bild: Lindner-Traktoren

Feldgrenzen und Mähschwaden und hält den Traktor automatisch auf Spur, was den Arbeitsvorgang effizienter gestaltet und den Fahrer entlastet.

Sicherheit wird groß geschrieben

Sicherer wird die Fahrt durch die erwähnte Rundumsicht, die nicht nur der Traktor im Blick hat, sondern auch der Landwirt dank praktischem Tablet im Cockpit. Mit der „Copy-und-Paste“-Funktion erlernt der Schleppler die gefahrene Route. Nach der ersten Tour ist der Traktor somit in der Lage, die Fläche automatisch und ohne Fahrer zu bearbeiten. Hierbei achtet er dank Personen- und Objekterkennung permanent auf die Sicherheit in seiner Umgebung.

Das Familienunternehmen Lindner hat sich zum Ziel gesetzt, mit dem neuen Lintrac die Kernmärkte zu stärken und neue Exportgebiete zu bearbeiten. „Die Stufenlostechnologie wird uns bei Einsatzprofilen in unseren Kernmärkten Österreich, Deutschland oder Frankreich helfen. Darüber hinaus sind wir für neue Märkte gerüstet. Der Exportfokus liegt unter anderem auf Skandinavien, Großbritannien und Irland“, erläuterte Exportleiter David Lindner. Die Exportquote des Tiroler Familienunternehmens beläuft sich aktuell auf mehr als 50 Prozent. Im österreichischen Ranking der Standardtraktoren belegt Lindner in den ersten acht Monaten 2017 den zweiten Platz. Weitere Informationen unter www.lindner-traktoren.at DK

Landtechnikmesse Agritechnica:

Führungsposition ausgebaut

Mit über 2.800 Ausstellern aus 53 Ländern hat die Agritechnica 2017 ihre führende Rolle als weltweiter Branchentreffpunkt der Landwirtschaft und der Landtechnik weiter ausgebaut. Zudem informierten sich 450.000 Landwirte, Landschaftsgärtner und -pfleger, Kommunalvertreter und weitere Fachleute über die neuesten Branchentrends.

Die global führenden Hersteller zeigten ein komplettes Angebot an Traktoren, Maschinen, Geräten, Ersatzteilen und Zubehör. Mit 60 Prozent war der Auslandsanteil so hoch wie nie zuvor. Nach Aussage von DLG-Hauptgeschäftsführer Reinhard Grandke boten die unter dem Leitthema „Green Future – Smart Technologie“ gezeigten Innovationen beste Voraussetzungen für eine nachhaltige Intensivierung der Produktion, bei der es um weitere Effizienzsteigerungen bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcen geht. Die Digitalisierung sei hierbei ein Innovationstreiber.

Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen

Die Stimmung der Branche war auf der Agritechnica von großer Zuversicht geprägt. Dies schlägt sich auch in einer hohen Investitionsbereitschaft nieder. Wie die Besucherumfrage zeigt, wollen mehr als zwei Drittel der befragten Landwirte, Lohnunternehmer und Maschinenringe in den nächsten beiden Jahren investieren. Dabei stehen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Mittelpunkt.

Die Vernetzung (Connectivity) ist Voraussetzung dafür, eine Feinabstimmung in modernen, hochkomplexen Systemen aus mechanischen, hydraulischen, elektrischen und elektronischen Komponenten zu erreichen. Rund 700 Aussteller präsentierten hierzu neueste Lösungen von den Komponenten bis zur Maschine.

Eine Welt ohne Hunger

Die Landtechnik entwickelt verstärkt an den Standort angepasste Mechanisierungsstrategien. Dies wurde sowohl auf den drei Konferenzen „Ag Machinery International – Access to emerging markets“ als auch im Rahmen eines von Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller initiierten Pressegesprächs zum Thema „Eine Welt ohne Hunger“ deutlich.

Laut Müller haben sich die Vereinten Nationen zum Ziel gesetzt, den weltweiten Hunger bis zum Jahr 2030 zu beenden und in Ländern mit dem größten Nahrungsmangel würden rund 80 % der Agrarfläche von Kleinbauern bewirtschaftet. Seit dem Jahr 2000 hätten Boden- und Lebensmittelspekulanten aber rund 27 Mio. Hektar Land an sich gebracht. „Deshalb brauchen wir eine grüne Revolution von unten“, betonte Müller und ergänzte: „Wir können es, wir müssen es aber auch wollen.“ Neben technischen Lösungen seien die Ausbildung und der Wissenstransfer wesentliche Voraussetzungen für Erfolge in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die internationalen Fachveranstaltungen sind ein Markenzeichen der Agritechnica. Auf großes Interesse stieß die 75. Internationale Tagung LAND. TECHNIK-AgEng des VDI Wissensforums, bei der über 1.000 Ingenieure, Entwickler und Wissenschaftler aus aller Welt neueste landtechnische Fragestellungen diskutierten. DK

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



Kommunal- und Gewerbetchnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunal

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?
www.baywa.de/service



Neue Partner

LADOG vertraut den Vertrieb seiner bewährten Schmalspur- und Kompaktfahrzeuge der Firma Kalinke Maschinen an.

„Mit den Multifunktionsfahrzeugen von LADOG verstärken wir unsere Produktpalette nachhaltig“, freut sich Harald Kalinke, Geschäftsführer der Kalinke Areal- und Agrar- Pflegemaschinen Vertriebs GmbH. Seine Firma wird in Zukunft den Vertrieb von LADOG Geräten in Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, der Oberpfalz und Mittelfranken übernehmen. „Das Ziel der Zusammenarbeit ist es Kommunen, Dienstleistern sowie Lohnunternehmern ein vielseitiges und leistungsfähiges Programm an Gerätetägern anzubieten.“

Björn Guggenbühler, Geschäftsführer der LADOG Fahrzeugbau und Vertriebs GmbH erläutert die Hintergründe der Kooperation: „LADOG und Kalinke Maschinen passen gut zusammen. Unsere Firmenphilosophien sind sehr ähnlich. Beide Unternehmen sind familiengeführt, wir legen Wert auf ein Höchstmaß an Qualität, Effizienz und Zuverlässigkeit. Wo unsere ausgereiften Standardprogramme nicht greifen, bemühen wir uns um individuelle Lösungen. Beste Voraussetzungen also für eine langfristige und erfolgreiche Zusammenarbeit.“ Über LADOG:

Schwarzwälder Familienunternehmen

Die LADOG Fahrzeugbau und Vertriebs GmbH ist ein traditionsreiches Schwarzwälder Familienunternehmen mit über 95-jähriger Geschichte. Am Firmensitz in Zell am Harmersbach produziert LADOG mit rund 60 Mitarbeitern Nutzfahrzeuge und Anbaugeräte in der Schmalspur- und Kompaktklasse. Erst

im Jahr 2017 wurde eine neue Fertigungshalle für den Bereich der Rahmen- und Stahlteilefertigung eingeweiht. LADOG Geräte werden von unabhängigen Instituten zertifiziert. Sie sind weltweit im Einsatz.

Mehr: www.ladog.de

Umweltschonende und innovative Pflorgetechnik

Die Firma Kalinke Maschinen ist Vertriebspartner für umweltschonende und innovative Pflorgetechnik. Als unabhängiger Spezialanbieter hat sie ein attraktives Verkaufsprogramm von weltweit führenden Herstellern zusammengestellt. Wo immer individuelle Kundenanpassungen oder technische Weiterentwicklungen benötigt werden, setzt Kalinke Maschinen dies eigenständig um. So entstehen marktgerechte Spezialmaschinen, die den Fachmann bei der Golf- und Sportplatzpflege, der kommunalen Areal- und Landschaftspflege oder beim Winterdienst unterstützen.

Weitere Info: www.kalinke.de

Safety Day bei Beuthauser in Kulmbach:

Arbeitssicherheitskonzept für Kommunen

Kärcher Nutzfahrzeuge neu im Produktportfolio

„Sicherheit geht vor“: Unter dieser Prämisse stellte sich die Geschäftsleitung der Beuthauser Unternehmensgruppe der Aufgabe, die Sicherheit der Firmenbeschäftigten zu gewährleisten und entwickelte daraus umgehend einen neuen Geschäftszweig. Ab sofort können interessierte Kommunen bei dem Kommunaltechnik-Händler Antworten zu allen Fragen rund um die Arbeitssicherheit in Kommunen und kommunalen Unternehmen erhalten, Schulungen besuchen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Auf dem ersten Safety Day stellte Beuthauser in Kulmbach rund 80 Besuchern das neue Konzept vor.

Unter der Marke Beuthauser Safe Work sind alle Dienstleistungen der Beuthauser-Gruppe zusammen gefasst, die Menschen bei der Arbeit vor Schäden bewahren. Egal, ob es beispielsweise um Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Brandschutz,

Themenwelten präsentiert. Zudem profitierten die Besucher von informativen Vorträgen und Präsentationen mit den Safe-Work-Spezialisten zu den Themen Ladungssicherung, LKW-Ladekran: Sicherheit am Haken, Straßenabspernung/Baustellensicherung, Arbeitssicherheit, Brandschutz, Technischer Prüfdienst sowie KUVB für Oberfranken.

Gefährdungsbeurteilung

Der Technische Prüfdienst wiederum bietet neben der Durchführung der eigentlichen Prüfung von Arbeitsmitteln auch

Bayerns Winterdienst bringt sich in Stellung:

Elf Mal zum Mond und zurück

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann: 600.000 Tonnen Streusalz werden reichen

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann sorgt dafür, dass die Bayern nicht aufs Glatteis geführt werden. „Wir sind gewappnet für Schnee und Eis. Von Hof bis Sonthofen im Allgäu sind unsere Salzlager randvoll mit Salz. Unsere Frauen und Männer in Orange sorgen dafür, dass der Verkehr möglichst reibungsfrei läuft“, so der Verkehrsminister bei einem Ortstermin in der Autobahnmeisterei Fischbach bei Nürnberg.

„Bereits im Sommer haben wir die Lagerhallen zu günstigeren Preisen als in der Hochsaison mit rund 600.000 Tonnen Streugut gefüllt. Mit Beginn der kalten Jahreszeit halten die Straßen- und Autobahnmeistereien das verkehrlich wichtige Netz von knapp 23.000 Kilometern an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen in Bayern befahrbar“, so Herrmann. Er fügte einen beeindruckenden Größenvergleich an: „Fast 8,5 Millionen Kilometer haben sie dafür in der vergangenen Wintersaison mit dem kältesten Januar seit mehr als 30 Jahren zurückgelegt. Das ist mehr als elf Mal zum Mond und wieder zurück!“

die Gefährdungsbeurteilung, die Festlegung von Art, Umfang und Fristen der Prüfungen sowie die Dokumentation der Prüfung und die Überwachung der Fristen. Der Bereich Betrieblicher Brandschutz umfasst seinerseits von der Konzeption bis hin zur Prüfung alle Schritte, die für einen wirkungsvollen, gesetzlich vorgeschriebenen betrieblichen Brandschutz erforderlich sind. Qualitativ hochwertige und praxisgerechte Trainings runden das umfangreiche Angebot ab.

Intelligente Technologien für Arbeitsmaschinen

Eine weiterhin interessante und vorallem zukunftsreiche Thematik präsentierte das Beuthauser Smart Systems-Team, welches einen Einblick in Intelligente Technologien für Arbeitsmaschinen gab. Beispielsweise die Prozessdatenerfassung ist in der kommunalen Praxis oft



Von links: Christian Kahlert, Fa. Kärcher, Stephan Attenberger, Fa. Beuthauser; Constanze von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung und Claus Artmayer, Betriebsleiter der Fa. Beuthauser.

noch sehr kompliziert. Die Überwachung des Arbeitsfortschritts oder auch die ortsbezogene Abrechnung durchzuführen, erfordert zahlreiche Schritte und ist mit großem Aufwand verbunden. Beuthauser Smart Systems erarbeitet in Einzelprojekten je nach individueller Anforderung des Kunden ein flexibles Konzept mit den passenden Technologien und Lösungen. Insbesondere die Dokumentationspflichten der Kommunen waren ein beliebtes Thema und Beuthauser zeigte auf wie der Weg „weg vom Papier“ hin zu „digital“ sich leicht gestalten kann.

Beuthauser ist ein Familienunternehmen mit rund 900 Mit-

arbeitern an 20 Standorten. Zu den Geschäftsbereichen gehören Baumaschinen und Baugeräte, Flurförderzeuge sowie Kommunaltechnik. Als Full-Liner bietet Beuthauser rund um den Mercedes-Benz Unimog auch alle renommierten Marken aus dem Anbaugeräte-Bereich. So wird aus dem Unimog ein vielseitig einsetzbares Multitalent für Transport, Winterdienst, Mäharbeiten oder auch als Schienenfahrzeug für die Transportlogistik.

Die Firmengruppe Beuthauser ist nunmehr auch neuer Vertriebs- und Servicepartner für Kommalfahrzeuge der Alfred Kärcher Vertriebs-GmbH, wie

am Rande des Safety Day zu erfahren war. Regionale Bekanntheit und Qualität hätten hierfür den Ausschlag gegeben, betonte Christian Kahlert, Key Account Manager bei Kärcher. Die Bedingungen seien hervorragend, Kärcher passe optimal zum Produktprogramm und zur Zielgruppe von Beuthauser. „In der Summe ergänzen sich beide“, urteilte Stephan Attenberger, Beuthauser-Kundenbetreuer und Kärcher-Ansprechpartner.

Kommunalmaschinen von Kärcher

Kommunalmaschinen von Kärcher bieten mit 26 PS bis 84 PS sowie bis 1m³ Behältervolumen eine souveräne Leistung für jeden Einsatzzweck. In der baden-württembergischen Gemeinde Obersontheim produziert Kärcher Geräteträger und Kompaktkehrmaschinen.

Neue Abgasnorm Stage V

Kärcher wird Anfang 2018 eine neue Geräteklasse, die MIC 42 als Geräteträger und auf der gleichen Plattform die MC 80 als Kommalkkehrmaschine auf den Markt bringen. Einzigartig in dieser Leistungsklasse ist die neue Abgasnorm Stage V, ebenso wie die 800 Liter Behältervolumen. Anbaumöglichkeiten für Winterdienst, Kehren sowie Grünpflege sind selbstverständlich, unzählige weitere Lösungen wie Bewässerung, Wildkrautbeseitigung, Schrubbedecks zur Nassreinigung und vieles mehr ebenso möglich. **DK**



Sicherheitsthemen sind Führungsaufgabe. **DK**

Explosionsschutz oder Gefahrstoffmanagement geht.

„Arbeitsschutz ist Führungsaufgabe und jeder Betrieb muss sich mit Arbeitssicherheit beschäftigen. Viele Bürgermeister sind sich dieser Verantwortung aber nicht bewusst. Wir bieten professionelle Betreuung beim betrieblichen Arbeitsschutz, genau abgestimmt auf die Anforderungen von Kommunen“, beschrieb Otto Sterl, Leiter Safe Work bei Beuthauser, das Tätigkeitsfeld. „Auch wir unterliegen Sicherheitsstandards, für deren Einhaltung wir Sorge zu tragen haben. Und was wir ohnehin für das eigene Unternehmen durchführen, können wir jetzt auch als Dienstleistung anbieten.“

Im Rahmen des Safety Day wurden an neun Stationen neun

Safe Work Schulungsangebote

Im Rahmen der Beuthauser Akademie bietet Safe Work professionelle Aus- und Fortbildungsseminare an, die der kommunale Profi in seiner täglichen Arbeit von Gesetzes wegen benötigt bzw. von hohem praktischem Nutzen für seine tägliche Arbeit sind. Zum umfangreichen Seminarprogramm zählt der Kurs „Arbeitsschutz planen und Sicherheitskultur schaffen“, der am 5. Februar 2018 und 17. September 2018 (jeweils eintägig) in der Beuthauser Niederlassung Kulmbach stattfindet.

Sicherheit und Gesundheitsschutz haben nicht nur aus humanitären Gründen, sondern insbesondere aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft im Unternehmen einen hohen Stellenwert. Führungskräften ist dabei Kraft ihrer Weisungsbefugnis und Fürsorgepflicht eine hohe Verantwortung übertragen. Dieses Seminar zeigt nicht nur deren Pflichten auf, sondern gibt auch Hilfsmittel an die Hand, wie sie im betrieblichen Alltag diesen Verpflichtungen gerecht werden können.

Ein weiteres Seminar „Verkehrssicherung an öffentlichen Straßen nach MVAS 99“ ist auf die Anforderungen des MVAS (Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen) abgestimmt. Die Teilnehmer erhalten den geforderten Qualifikationsnachweis für die Baustellensicherung an innerörtlichen Straßen und Landstraßen für Arbeiten von kürzerer und längerer Dauer. Die Ausbildung wird für verkehrsrechtliche Anordnungen oder Angebotsabgaben nach ZTV-SA benötigt. Das eintägige Seminar wird am 8. März 2018 und 16. Oktober 2018 ebenfalls in Kulmbach abgehalten.

Ausführliche Informationen zu den kostenpflichtigen Schulungsangeboten, weitere Kurse und Anmeldeöglichkeiten unter www.beuthauser.de/akademie. **DK**

Gleichbleibende Qualität und Schonung für die Umwelt

Doch trockenes Streusalz allein reicht nicht aus. Wie Herrmann erläuterte, können bei trockener Witterung die aufgestreuten Salzkörner durch Fahrtwind von der Fahrbahn geweht werden. Deshalb setzt der Freistaat Bayern bei entsprechender Witterung auch reine Salzsole ein, die länger auf der Straßenoberfläche haften bleibt. „Wir haben festgestellt, dass wir bei gleichbleibender Qualität für den Autofahrer hierbei deutlich weniger Salz aufbringen müssen. Das spart zum einen Kosten und zum anderen wird die Umwelt geschont.“

Fahrverhalten anpassen

Abschließend appellierte Herrmann an alle Verkehrsteilnehmer: „Die beste Technik hilft nichts, wenn die Autofahrer ihr Fahrverhalten nicht an die Straßen- und Witterungsverhältnisse anpassen. Deshalb: Planen Sie ausreichend Zeit für Ihren Weg ein und ziehen Sie Ihrem Fahrzeug Winterreifen auf. In Ihrem eigenen Interesse und auch zur Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmer. Und nehmen Sie bitte Rücksicht auf unsere Einsatzfahrzeuge.“ **DK**



Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrentrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0-50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

10. Integrationspreis der Regierung von Oberfranken:

Vorbildliche Initiativen

Mit dem oberfränkischen Integrationspreis hat die Regierung auch heuer wieder Initiativen ausgezeichnet, die sich dafür einsetzen, dass Zuwanderer in der Region Fuß fassen und mit unserer Kultur vertraut gemacht werden. Gemeinsam mit Integrationsstaatssekretär Johannes Hintersberger übernahm Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz die Preisverleihung an die Industrie- und Handelskammer zu Coburg, den Förderkreis goolkids e.V., Bamberg sowie an Chapeau Claque, Verein für kreative Medien und Kulturpädagogik. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Sozialministerium zur Verfügung gestellt.

Bei dem Kombimodell 1+3 der Industrie- und Handelskammer zu Coburg handelt es sich um ein bundesweit einmaliges Projekt, das es bislang 17 Jugendlichen zwischen 17 und 20 Jahren aus den Herkunftsländern Syrien, Irak und Afghanistan ermöglicht, eine Ausbildung für Berufe in der Metall- und Elektrobranche zu absolvieren. Das Besondere ist, dass im Rahmen des Pilotprojektes Spracherwerb und Ausbildung nicht wie üblich zeitlich versetzt, sondern von Anfang an parallel erfolgen. Die Kombination von beruflicher Ausbildung im Betrieb, Theorie in der Berufsschule, zusätzlichem Deutschkurs und Zahlung einer Ausbildungsvergütung ermöglicht den Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben. Insgesamt engagieren sich beim Kombimodell 1+3 acht Betriebe. Der zweite Jahrgang des Kombimodells 1+3 startete im September 2017 mit insgesamt 14 Auszubildenden.

Die ersten Erfolge sind auch schon zu verzeichnen. So hat ein Auszubildender aus Syrien den obligatorischen Test in der Berufsschule, den auch die einheimischen Lehrlinge absolvieren müssen, als einziger Teilnehmer mit einem Notendurchschnitt

von 1,0 bestanden. Dies ist ein Beleg für die gute Arbeit die hier geleistet wird. Zwischenzeitlich liegen der IHK zu Coburg Anfragen von Unternehmen aus dem Bundesgebiet sowie von anderen Kammern aus Bremen und Frankfurt am Main vor. Ziel ist es, die auf Metall- und Elektroberufe begrenzte Pilotphase für weitere Berufsbilder und Branchen zu öffnen.

Förderkreis goolkids e.V. Bamberg

Sport verbindet Menschen aller Nationen und Religionen und fördert den Teamgeist. Der Förderkreis goolkids e.V. Bamberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, integrativen Sport zu unterstützen sowie eigene Angebote zur Verfügung zu stellen. Er dient als Bindeglied zwischen Sportvereinen und sportinteressierten Asylsuchenden sowie allen anderen sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen.

Um Kinder und Jugendliche für den Sport zu begeistern, braucht es ein nachhaltiges und kontinuierliches Sportangebot. In Kooperation mit Verbänden, dem Schul- und Sportamt der Stadt Bamberg, Vereinen, Organisationen, Universitäten und den Schu-

len werden eigene und damit offene und integrative Sportangebote organisiert. Ausgebildete Übungsleiter halten daher wöchentlich bis zu zehn integrative sportliche Veranstaltungen, wie z.B. Fußball, Handball, Volleyball, Zumba und Lauffreize ab. Die Resonanz hierauf ist gut, zwischen zehn und 40 Jugendliche und Kinder nehmen jeweils teil.

Eine Koordinationsstelle vermittelt sportbegeisterte Personen an die jeweiligen Sportvereine. Der Förderverein goolkids e.V. geht aktiv auf die Kinder und Jugendlichen zu. An zwei Nachmittagen in der Woche präsentiert der Verein gemeinsam mit der Heidelschule offene Sportangebote.

Verein Chapeau Claque

Chapeau Claque, der Verein für kreative Medien und Kulturpädagogik e.V., erhielt den Integrationspreis für das Projekt „be a friend“. Dieses Kultur- und Bildungsprojekt schafft Begegnungs- und Bildungsräume mit und für junge Menschen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren, insbesondere für junge Geflüchtete und Asylsuchende.

Neben sozialen Beziehungen und Netzwerken werden sprachliche, soziale und handwerkliche Kompetenzen auf- und ausgebaut. Damit soll die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Die Projektangebote sind öffentlich auf Facebook ausgeschrieben.

Zu den wichtigsten Projekten zählt u. a. „Die interkulturelle Schreibwerkstatt“. Zwei Studentinnen des Lehrfachs „Deutsch als zweite Fremdsprache“ an der Universität Bamberg bieten einmal wöchentlich einen dreistündigen interaktiven Deutschkurs an. Bis

zu zehn Teilnehmer verbessern dadurch ihre Deutschkenntnisse.

„ZAM“ steht im fränkischen für „zusammen“. Im Rahmen von „ZAM“ finden ca. einmal monatlich ein interkultureller Spieleabend und ein interkultureller Kochabend statt. Es treffen sich ca. 20 Personen, um zwanglos neue Menschen kennenzulernen, sich über Aktuelles, kulturelle Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede auszutauschen und einen vergnüglichen Abend zu verbringen.

Viele Asylsuchende verfügen über handwerkliches Geschick, können dieses aber derzeit nicht anwenden. Das Projekt „ZAM Handwerken/Basteln“ bietet hierzu Gelegenheit. Eine erfahrene Fachkraft leitet junge Menschen an, kreative und handwerkliche Fähigkeiten auf- und auszubauen. Neben der sinnvollen Freizeitgestaltung steht hier auch eine Steigerung des Selbstwertgefühls im Vordergrund.

Wer in einer neuen Stadt lebt, möchte natürlich auch Näheres über diese erfahren. Dazu dienen die vom Preisträger angebotenen Wanderungen sowie der „Actionbound“, eine Schnitzeljagd mit Handy, bei der junge Menschen die Stadt Bamberg und das Weltkulturerbe besser kennenlernen. An diesen Aktionen nehmen regelmäßig bis zu 20 junge Leute mit und ohne Migrationshintergrund teil.

Ein weiterer fester Bestandteil im Angebot ist der einmal monatlich stattfindende interkulturelle „Mädeltreff“, der dem gegenseitigen Kennenlernen dient. Man tauscht sich über aktuelle Themen, Fragen und Wünsche aus, bastelt und kocht. Mit diesen Aktivitäten wird auch ein Beitrag zum Erlernen der deutschen Sprache geleistet, da junge Frauen oftmals keinen Sprachkurs besuchen.

Insgesamt hat das Projekt „be a friend“ mit seinen diversen Angeboten ca. 250 junge Menschen, davon 90 junge Zuwanderer mit Migrationshintergrund erreicht. **DK**



Martin Stumpf vom Verein „Vier Steine für Afrika“, Oberbürgermeister Hermann Faul und Landrat Stefan Rößle freuen sich über das Schulbauprojekt in Uganda. Bild: Simon Kapfer, Landratsamt Donau-Ries

Ein Projekt macht Schule

Die Stadt Nördlingen wird gemeinsam mit dem Verein „Vier Steine für Afrika“ die bereits achte Schule aus Spenden des Landkreises Donau-Ries in Afrika errichten

„Wir bauen zehn Schulen für Afrika“ lautet das von Landrat Stefan Rößle im Sommer dieses Jahres ausgerufen Ziel, mit dessen Hilfe bis 2020 zahlreichen Kindern in den ärmsten Regionen dieser Welt geholfen werden soll. Allein aus Spenden von Firmen und Privatpersonen finanziert, entstehen nachhaltige Schulbauprojekte, die Bildung, echte Chancen und damit die Möglichkeit sich in der Heimat ein Leben aufzubauen, ermöglichen.

Auch die Große Kreisstadt Nördlingen ist dem Aufruf des Landrats gefolgt und hat sich dazu bereiterklärt mit Hilfe der Nördlinger Bürgerinnen und Bürger eine „Nördlingen-Schule“ im ostafrikanischen Staat Uganda zu errichten.

germeister Hermann Faul seine Vorfreude auf das Engagement seiner Stadt zum Ausdruck.

Vier Steine für Afrika, Raiffeisen-Volksbank Ries eG, DE 37 7206 9329 0000 5268 00 Stichwort „Nördlingen-Schule“ □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Regionalentwicklung Stauden (RES):

Neue Führungsmannschaft

Stauden/Fischach | Auch im 21. Jahr ihres Bestehens will die Regionalentwicklung Stauden (RES) selbstbewusst Flagge zeigen und die Stauden weiterhin mit breit gefächerten Angeboten und Aktionen als attraktive Naherholungsregion im Naturpark Augsburg Westliche Wälder positionieren.

Bei der Mitgliederversammlung im Rathaus Fischach gab es jetzt ein klares, einstimmiges Votum der zwölf Mitgliedsgemeinden, die erfolgreiche Arbeit der Interessensgemeinschaft fortzuführen. Der für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigte Vorsitzende der RES, Fischachs Bürgermeister Peter Ziegelmeier, appellierte an seine Kollegen, die Vorstandschaft auch zu fördern und Projektvorschläge einzubringen. „Wir wollen künftig noch mehr gestalten und weniger verwalten“, gab Ziegelmeier die Marschrichtung vor. „Dabei sind wir aber auf aktive Mitwirkung und auf Projektvorschläge aus den Mitgliedsgemeinden angewiesen!“

Flagge zeigen

Ein solides finanzielles Polster für kommende Vorhaben ist vorhanden. „Bringen wir gemeinsam unsere Heimatregion weiter voran und wuchern wir mit unseren landschaftlichen Pfunden!“ Als Keimzelle und heutiger „Teilmenge“ der geografisch weiter gefassten Regionalentwicklung Augsburg Land (ReAL) West möchten die Stauden auch künftig ihre Eigenständigkeit bewahren und mit eigenen Projekten – von touristischen Angeboten bis zum Kulturpreis „Staudenähre“ – punkten.

Wie vielfältig dies in den zurück liegenden zwei Jahrzehnten gelungen ist, das hat die RES in einem reich bebilderten Jubiläumsmagazin dokumentiert.

Jetzt richten die Stauden-Akteure ihren Blick wieder nach

vorne. Mit einer neu aufgestellten Führungsriege geht es in die kommenden drei Jahre. Während Peter Wachler, der Bürgermeister von Markt Wald (Landkreis Unterallgäu), im Amt des stellvertretenden RES-Vorsitzenden bestätigt wurde, übernimmt Josef Böck (Bürgermeister von Langenneufnach) die Funktion des weiteren Stellvertreters von Claudia Schuster.

Die frühere Rathauschefin von Gessertshausen wurde einstimmig zur neuen Geschäftsführerin der RES bestimmt. Ihre Vorgängerin Renate Meier – sie hatte die Geschäfte in den vergangenen sechs Jahren mit viel Engagement und Herzblut geführt – wechselt als Nachfolgerin von Maschinenring-Geschäftsführer Joachim Weldishofer auf den Posten der Schatzmeisterin.

Neuer Schriftführer ist Anton Böck (Langenneufnach), der Sprecher des RES-Arbeitskreises Kultur, der in diesem Amt seinen Namenskollegen Josef Böck beerbt. Neu geschaffen wurde der Posten eines Beisitzers, der von Rudolf Linderl (Wollmetshofen) bekleidet wird. Kassenprüfer sind weiterhin Mittelneufnachs Altbürgermeister Franz Xaver Meitinger und Robert Sturm, der Rathauschef von Ettringen im Unterallgäu.

Neben dem Großprojekt Staudenbahn-Reaktivierung, das die Regionalentwicklung weiterhin ganz eng und engagiert begleitet, stehen heuer die Überarbeitung des RES-Internetauftritts und ein Verzeichnis aller E-Bike-Ladestationen im Staudengebiet auf der Agenda. **wkl**

Neue Imagekampagne:

„Dahoam im Arberland“

Mit einer neuen Imagekampagne positioniert sich das Arberland im Landkreis Regen als Standort mit Zukunftsperspektiven und Lebensqualität. „Wir wollen unsere Standortvorteile regional und überregional darstellen“, informierte Landrat Michael Adam im PresseClub München. Zudem sollen das Selbstbewusstsein der Region und der Stolz auf die eigene Heimat gestärkt werden.

Wie Herbert Unnasch, Geschäftsführer der Kreisentwicklungsgesellschaft Arberland REGIO GmbH betonte, sei es seit deren Gründung im Jahr 2014 „unser Ziel, den Landkreis Regen als attraktiven Arbeits- und Lebensraum zu etablieren und weiterzuentwickeln – alles unter der einheitlichen Wort-Bildmarke Arberland“.

Im Zentrum steht die Kommunikation der Alleinstellungsmerkmale und Standortvorteile des Bayerischen Waldes, wie Regionalmanager Stephan Lang berichtete. Als erfolgreicher Wirtschaftsraum bietet das Arberland einen vielfältigen Branchenmix aus Handwerk, Technologie, Gesundheit und Tourismus mit zahlreichen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ – beispielsweise in den Bereichen Optik, Elektronik und Maschinenbau.

Der Landkreis Regen ist in Ostbayern mit 1.442 Unternehmen aber auch die Region mit der größten Handwerksbetriebsdichte. Gründer und Bestandsunternehmen profitieren hier von der staatlichen Höchstförderung bei Unternehmensinvestitionen und Ausbaumaßnahmen im Breitbandnetz.

Es sind aber nicht nur die erfolgreichen Unternehmen und aussichtsreichen Jobchancen, die den Standort auszeichnen. Im Arberland beginnt die Lebensqualität vor der Haustür. Der Landkreis

Regen als wichtigste Urlaubsdestination des Bayerischen Waldes und Vier-Jahreszeiten-Region mit 2,7 Millionen Übernachtungen pro Jahr lässt in Sachen Naturerlebnis, Kulinarik, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten keine Wünsche offen.

Ein Ort zum Bleiben

Ein wichtiger Standortvorteil sind besonders auch die optimalen Bedingungen für Familien. Baugrundstücke ab 50 Euro pro Quadratmeter eröffnen z. B. ideale Entfaltungsmöglichkeiten in einer einzigartigen Naturlandschaft mit einem hochwertigen Bildungsangebot, der Nähe zu sechs Hochschulen und einer patientennahen Gesundheitsversorgung.

„Das Arberland ist ein Ort zum Zurückkommen, Ankommen und Bleiben“, bilanzierte Stephan Lang. Dies solle besonders auch nach außen kommuniziert werden. Zielgruppe der neuen, vom bayerischen Finanzministerium geförderten Kampagne, seien potenzielle Rückkehrer aus dem Ballungsraum, Hochschulabsolventen, Fachkräfte und Gründer, aber auch Familien und Einpendler aus den benachbarten Landkreisen.

Die angesprochenen Zielgruppen können sich nunmehr online oder via Social Media über die Vorzüge des Arberlandes informieren. Neben der klassi-

DK

Klimagipfel der Klimaschutzmanager des Oberlands

Die 23. UN-Weltklimakonferenz in Bonn wurde mit dem deutlichen Signal beendet: Klimaschutz muss von unten beginnen, bei den Bürgerinnen und Bürgern, in den Kommunen. Die Landkreise der Planungsregion 17 haben sich mit dem Beitritt zur Energiewende Oberland ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern bis 2035. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Region Oberland im Klimaschutz an einem Strang zieht und zusammenarbeitet.

Aus diesem Grund trafen sich alle Klimaschutzmanager und Klimaschutzbeauftragten der vier Landkreise und deren Kommunen zu einem Klimagipfel auf Umweltforschungsstation Schneefernerhaus, weil hier der Klimawandel am deutlichsten zu sehen und zu messen ist.

Auf der Forschungsstation arbeiten ständig über 10 Wissenschaftsteams im Bereich regionaler und globaler Klimaforschung. Sie gaben den Besuchern exklusive Ein- und Ausblicke ihrer Ergebnisse für das regionale Klima im Oberland. Zum Beispiel dass der Temperaturanstieg in den Bergregionen extremer ausfallen wird als in flacheren Regionen Bayerns. In den Bayerischen

Alpen ist mancherorts beispielsweise bereits ein jährlicher Temperaturanstieg um 0,3 °C messbar (Blaueisgletscher Berchtesgaden).

Exklusive Einblicke

Die jährlichen Niederschläge werden in den Wintermonaten zunehmen und in den Sommermonaten ist mit häufigeren Starkregenereignissen zu rechnen.

Wie und wo die Daten für die Forschungsergebnisse erhoben werden, konnten die Besucher bspw. eindrucksvoll im Kammerstollen erfahren – ursprünglich ein Verbindungsstollen zwischen der Tiroler Bergstation und dem Schneefernerhaus – wo seit vie-

len Jahren der Permafrost (dauerhaft gefrorener Boden/Gestein) im Zugspitzmassiv gemessen und untersucht wird.

Bei der Messung der Luft, wo z. B. CO₂, Chemikalien und Radioaktivität erfasst werden, kommt es auf höchste Präzision und Reinheit der Luft an, deshalb gilt Rauchverbot im gesamten Haus und es gibt keine Verbrennungsmotoren. Deshalb läuft z. B. die Schneefräse im Akkubetrieb.

Vor allem die Entwicklungen und Prognosen der CO₂-Konzentration, Methan, Feinstaubwerte und Luftfeuchtigkeit spielen für die Arbeit der Klimabeauftragten eine entscheidende Rolle, denn sie bestimmen maßgeblich wie sich das Klima verändern wird.

In diesem Bereich wollen die Klimaforscher und die Klimaschutzmanager in Zukunft noch näher zusammenarbeiten. Regelmäßig soll ein gegenseitiger Austausch der Forschungsergebnisse sowie der einzelnen Klimaschutzmaßnahmen in der Region stattfinden. Also eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis.

Auch das Schneefernerhaus will in den nächsten Jahren versuchen, CO₂-neutral zu werden, derzeit wird dazu eine Machbarkeitsstudie mit der TUM im Rahmen einer Masterarbeit erstellt.

Ein zentraler Anlass für das Treffen der Klimaschutzmanager war der Austausch und die intensive Abstimmung der anstehenden Klimaschutz-Projekte im Oberland. Hier wird immer deutlicher, dass es auf gemeinsames und landkreisübergreifendes Teamwork ankommt. Der geplante „Klimaführer Oberland“ (20.02.2018 bis 09.03.2018) ist eines der besten Beispiele dafür. Er ist eine landkreisübergreifende Veranstaltungsplattform, mit der über drei Wochen hinweg das Engagement von Kommunen, Unternehmen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern im Klimaschutz eine Bühne geboten wird.

Auch der Bereich Mobilität muss über die gesamte Region gedacht werden. So werden gemeinsame Aktionen im Bereich E-Mobilität geplant und z.B. wird die Aktion Stadtradeln 2018 zeitgleich in der gesamten Region veranstaltet.

Im Oberland startet nun ein starkes Klimaschutznetzwerk mit gemeinsamen Zielen und Projekten ins Jahr 2018.



Von links: Dr. Inga Beck (Öffentlichkeitsarbeit, Umweltforschungsstation Schneefernerhaus), Veronika Halmbacher (Klimaschutzmanagerin, Landkreis Miesbach), Andreas Süß (Klimaschutzbeauftragter, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Ellen Esser (Energiewende Oberland, Penzberg), Eva Kiel (Klimaschutzmanagerin, Stadt Wolfratshausen).

Kulturpreisverleihung des Bezirks Niederbayern

Mainkofen. Zum zweiten Mal wurde der Kulturpreis des Bezirks Niederbayern für beispielhaftes Engagement auf kulturellem Gebiet vergeben. Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich überreichte den mit 6.000 Euro dotierten Preis im Rahmen eines Festakts im Bezirksklinikum Mainkofen an Sepp Obermeier aus Gossersdorf (Landkreis Straubing-Bogen). Obermeier setzt sich seit vielen Jahren für den Erhalt der bairischen Dialekte ein.

„Der Kulturpreis des Bezirks Niederbayern richtet sich nicht nur an die klassischen Kunstdisziplinen, sondern ganz bewusst an Begründer und Träger innovativer Traditionspflege und regionaler Kulturarbeit.“, so Bezirksstagspräsident Dr. Heinrich in seiner Begrüßungsrede. „Sepp Obermeier macht sich für den Erhalt der Dialekte stark – ganz beson-

ders auch für die Dialekte in Niederbayern.“

Im Jahr 1999 engagierte sich Obermeier erstmals als Mitglied im Förderverein Bairische Sprache und Dialekte e. V. für den Erhalt der bairischen Mundarten. Als Regionalvorsitzender der Niederbayern und die Oberpfalz entwickelte er eine neue „Überlebensstrategie“ für die Mundar-

ten: Zum einen sah er im vorschulischen Bereich eine dialektalternde Schlüsselfunktion. Daher betreibt er seit 2003 altbayernweit mit Vortragsveranstaltungen Aufklärungsarbeit in Kindergärten. Das Pilotprojekt „Bairisch als Integrationsfaktor im Kindergarten St. Marienheim in Denkendorf“ und die Aufwertung der „Wienerischen Sprachinsel“ seines Nachbarortes Rattenberg erzeugten ein vielfaches mediales Echo in den Printmedien und im Bayerischen Fernsehen.

Des Weiteren erkannte er, dass bestehende Maßnahmen den Dialektverfall bisher nicht verhindern konnten. Obermeier schuf deshalb den Dialektpreis „Die Bairische Sprachwurzel“ mit dem folgenden Vergabekriterium: „Prominente, die mit Vorbildcharakter und Multiplikationseffekt einen Tabubruch begehen und in der Öffentlichkeit auch bei offiziellen Anlässen Dialekt sprechen.“

Auch bei der Preisverleihung „Die Bairische Sprachwurzel“ wird Dialekt gesprochen. Zur Kulturpreisverleihung hielt Bezirksheimatpfleger Dr. Max Seefelder nun seine Laudatio ebenfalls in bairischer Mundart. Allerdings hatte er ein ungewöhnliches Format für seine Ansprache gewählt – als Gstanzl, begleitet von den Tafernmusikanten aus Straubing.



Erweiterungsarbeiten am RMD-Mainkraftwerk Rothenfels auf der Zielgeraden: Vor kurzem wurde mit Hilfe eines Schubboot-Ponton-Verbandes der Reederei Domarin die letzte Spundbohle im Oberwasserbereich gezogen. Sie gehörte zum sogenannten Fangedamm, der die Baugrube für den Turbinenzulauf zum Main hin seit rund zwei Jahren abdichtete. Knapp zwei Monate dauerten die Arbeiten zum Rückbau der Sicherheitseinrichtungen und Abdichtungen für die Baugrube im Oberwasser- und Unterwasserbereich.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das ist doch wohl nicht zu glauben: Die Bundestagswahl ist bald zweieinhalb Monate her und keiner will uns regieren. Sind wir als Volk so zickig? Haben wir als Land so wenige Probleme? Ist die Nation nicht wichtiger, als das dumme Geschwätz von gestern?“ Mein Chef, der Bürgermeister, ist entnervt vom Geziere und Gezerre um die Regierungsbildung.

Ich denke, so müssen sich Waisenkinder früher an den Tagen gefühlt haben, als potentielle Adoptiveltern kamen, um sich eines auszusuchen. Man macht sich fein, zeigt wirtschaftliche Muskeln, die sich sehen lassen können, übt sich in sozialer Ausgewogenheit und Balance, zahlt Steuern, dass die Schwarte kracht und die Staatskassen geradezu geflutet werden, steigt nach einer neuesten internationalen Studie zum weltweit beliebtesten Land auf. Dann

Gezerre um die Regierungsbildung

betrachten uns die Aspiranten und es stellt sich aus: Keiner mag uns.

Halt, das ist nicht so ganz richtig. Ein erfahrenes Geschwisterpaar, die Angela und der Horst, die wollen uns regieren und haben auch schon bewiesen, dass sie es können. Auch die Karin und der Cem möchten sich mal am Regieren versuchen, damit die Luft und das Klima besser werden. Aber dann wird's finster. Einen älteren Herrn mit Dackelkrawatte und eine leicht zu empfindende, streng dreinblickende Frau wollen wir nicht in der Regierung, ebenso wenig wie die Konkursverwalter der dritten Internationale.

Wenn wir uns sehr gut vorstellen könnten, wäre ein junger, agiler Mann mit einer Reihe frischer Ideen, der unserem an der ein oder anderen Stelle doch sehr dröge, kommod und strukturbewahrend gewordenen Land vielleicht den ein oder anderen heilsamen und erfrischenden Tritt geben könnte. Aber der kommt vor lauter Hedonismus und Verantwortungsscheu nicht in die Puschen, weil er Kompromisse nicht als Teil des politischen Spiels, sondern als apokalyptische Reiter gegen seine Partei sieht. Schade. Zur Not würden wir uns auch von einem mürrischen Zauselbart regieren lassen, der seine Botschaften

in einem unverwechselbaren ripuarischen Singsang unter Volk bringt. Leider sind er und seine Partei durch geübte Dreierbeziehungen so verstört und traumatisiert, dass sich sein Wortschatz lange auf die Begriffe „Opposition“ und „nie wieder GroKo“ verengt hat. Nur langsam gelingt es unserem Bundespräsidenten ihm zu vermitteln, dass eine Dreierkoalition, deren Partner es

mit Mühe auf über 50 Prozent der Stimmen bringen, nichts mehr mit „groß“ zu tun hat.

Wie dem auch sei: Als Deutsche bin ich der Meinung, ich habe ein Recht darauf, regiert zu werden. Ich will Entscheidungen in der Frage digitaler Infrastruktur, damit Deutschland kein Schwellenland wird. Ich will eine handlungsfähige Regierung, die in Europa und der Welt ernst genommen wird, denn da draußen warten herausragende Probleme, von Brexit über Migration bis Nordkorea. Ich will eine Regierung, die den wirtschaftlichen Großangriff durch die amerikanische Steuerreform begreift und dafür sorgt, dass unsere Volkswirtschaft auch noch in fünf oder zehn Jahren wettbewerbsfähig ist. Und ich will sie, solange noch Schnee liegt und nichts erst an Ostern.

Deutschland ist im Übrigen viel zu groß, zu komplex und hat viel zu viel Verantwortung in der Welt, als dass es durch eine Minderheitsregierung geführt werden könnte. Das mag in kleineren Ländern funktionieren, aber man stelle sich mal vor, die Kanzlerin sitzt im Rahmen von G 7 oder G 20 und überlegt, mit welcher Oppositionspartei sie wohl ein soeben verabredetes, global wichtiges Programm umsetzen könnte. Absurd.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch der Meinung, dass man in der Politik nicht immer nur fragen kann: Was will ich? Politiker werden in einer repräsentativen Demokratie gewählt, um zu fragen „Was ist zu tun?“ und über diese Frage zum „Was muss ich tun?“ zu kommen. Das nennt man Verantwortung. Ich twitterte ihm mal einen Klassiker der ironischen Auseinandersetzung mit Unstimmigkeiten zwischen Regierten und Regierenden. Er stammt von Berthold Brecht: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

the Sabriul

Kommunen für Europa:

Rat der Metropolregion Nürnberg tagte erstmals in Prag

Die Ratsmitglieder der Metropolregion Nürnberg sind erstmals in der tschechischen Hauptstadt Prag zusammengelassen. Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte trafen sich in der Repräsentanz des Freistaats Bayern.

Der Rat der Metropolregion unterstreicht damit, wie wichtig ihm die Fortentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den tschechischen Partnern ist. Dazu der Ratsvorsitzende Andreas Starke, Oberbürgermeister der Stadt Bamberg: „Schon in der Bad Windsheimer Erklärung von 2007, einem wichtigen Strategiepapier der Metropolregion Nürnberg, ist die Zusammenarbeit mit Tschechien als Handlungsfeld benannt. Herausragend war in diesem Zusammenhang das Begleitprogramm zur Bayerisch-Tschechischen Landesausstellung zu Kaiser Karl IV. im Jahr 2016, bei der wir mit über 400 Veranstaltungen die Goldene Straße zwischen Nürnberg und Prag mit Leben gefüllt haben. Die Ratssitzung in der bayerischen Repräsentanz bietet einmal mehr eine gute Gelegenheit, mit unseren tschechischen Partnern zusammenzukommen. Besonders freut mich dieser Tagungsort, da Prag 1 bereits seit 1992 Partnerstadt der Stadt Bamberg ist.“

Ing. Oldrich Lomecky, Bürgermeister von Prag 1, dazu: „Städtepartnerschaften sind eine sehr gute Plattform für die gegenseitige

Verständigung. Es gibt 37 Städtepartnerschaften zwischen Kommunen der Metropolregion Nürnberg und der Tschechischen Republik, davon alleine drei mit der Stadt Prag, bzw. mit Stadtteilen von Prag – mit Nürnberg, Bamberg und Bayreuth.“

Deutlich wurden auch die Herausforderungen der Zusammenarbeit im politischen Bereich: Rund 2.000 Gemeinden in Bayern stehen über 6.000 Gemeinden in der flächenmäßig vergleichbaren Tschechischen Republik gegenüber. Das Gebiet der Metropolregion würde im Nachbarland fast die Hälfte des Landes abdecken. Interkommunale Kooperationen oder gar freiwillige Zusammenschlüsse wie die Metropolregion Nürnberg gibt es in Tschechien bisher nicht. Dennoch ist das Interesse an grenzüberschreitenden Kooperationen groß: Ing. Josef Janu vom Rat für regionale Entwicklung des Bezirks Karlsbad unterstrich die engen Beziehungen seiner Region zur Metropolregion Nürnberg: „Die Region Karlsbad grenzt unmittelbar an die Metropolregion Nürnberg und es besteht großes Interesse an gemeinsamen

Aktivitäten. Als Beispiel sei das Lobbying für die Elektrifizierung des deutschen Teils der Schienenverbindung Nürnberg-Bayreuth/Cheb-Prag genannt.“

Die Schienenanbindung wurde als besonders brisantes Thema diskutiert. Die Elektrifizierung der Strecke Nürnberg-Marktredwitz ist bereits seit einiger Zeit mit vordringlichem Bedarf im Bundesverkehrswegeplan eingeordnet. Quasi über Nacht wurde die „Metropolbahn“ – die Strecke Nürnberg-Schwandorf – von Bundesminister Dobrindt per Ministerentscheid in den vordringlichen Bedarf aufgenommen und hat damit eine Konkurrenz beider Strecken angefangen. Für dieses und andere Verkehrsprojekte wird sich die Metropolregion im Bundesverkehrsministerium einsetzen. Die Anbindung nach Tschechien ist ein zentraler Aspekt für das EU-Gateway Metropolregion Nürnberg.

Dr. Birgit Seelbinder, Sprecherin für Europa der Metropolregion, ergänzte: „Mich freut es, dass nun auch in den Bereichen „Kultur“ und „Messwesen/Tourismus“ eine konkrete Zusammenarbeit zwischen der Metropolregion Nürnberg und dem Bezirk Karlsbad angedacht ist. So wollen der Bezirk Karlsbad und die Stadt Eger sich wieder an der Freizeitmesse 2018 in Nürnberg beteiligen.“

IHK, Handwerkskammer und Bezirk Schwaben:

Gemeinsam für eine inklusive Arbeitswelt

Augsburg (pm). Die schwäbische Wirtschaft boomt, die Auftragslage ist gut. Aber obwohl Industrie und Handwerk aktiv um Mitarbeiter werben, profitiert eine Gruppe nur zögerlich von der guten Konjunktur: Menschen mit Behinderung im erwerbsfähigen Alter. Auf das Potential, das hier brachliegt, sollte nun der Fachtag „Inklusive Arbeitswelt Schwaben“ aufmerksam machen. Mit Erfolg: Die erste gemeinsame Veranstaltung von Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Bezirk Schwaben zu diesem Thema erlebte mit rund 150 Teilnehmern einen überaus hohen Zuspruch.

Das Interesse in der Wirtschaft ist rege, zumal das Bundesteilhabegesetz, das am 1. 1. 2018 in Kraft tritt, mit einem „Budget für Arbeit“ über die bestehenden Leistungen hinaus noch bessere Anreize für Arbeitgeber schafft, Menschen mit Behinderung zu beschäftigen. Schwerbehinderte Menschen – nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 7,6 Millionen in Deutschland, davon 3,3 Millionen im erwerbsfähigen Alter – sind in höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen als nichtbehinderte Menschen. „Warum wird es von uns als normal empfunden, dass Behinderte

schwieriger Arbeit finden?“, diese Frage stellte Dr. Michael Grandel, Vizepräsident der IHK-Regionalversammlung Augsburg-Stadt, bei der Eröffnung des Fachtages in den Raum. Und benannte selbst einige der gängigen Vorurteile: Es werde angenommen, Menschen mit Behinderung seien nicht leistungsfähig, weniger qualifiziert oder es gebe keine geeigneten Stellen für sie – alles Fehlannehmungen, die im Laufe des Fachtages ausgeräumt wurden.

Bei der HWK für Schwaben sind Inklusion und Teilhabe bereits seit 2001 fest verankert, betonte Prä-

sident Hans-Peter Rauch, „als erste Kammer in Süddeutschland haben wir mit Claudia Bröll-Ostler eine Fachberaterin eingestellt, die sich ausschließlich darum kümmert.“ Über 2.000 Kontakte seien in dieser Zeit zustande gekommen, in den meisten Fällen habe man maßgeschneiderte Lösungen für den jeweiligen Betrieb und den behinderten Arbeitnehmer finden können. „Erfolgreiche Inklusion braucht Unternehmer, die das unterstützen – im Handwerk haben wir diese“, so Rauch, der die anwesenden Vertreter der freien Wirtschaft zur Nachahmung aufrief:

„Gehen Sie mit guten Beispiel voran: Es wird sich wirtschaftlich und sozial lohnen!“

Wie bedeutsam die Vernetzung aller Akteure ist, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, auf dessen Initiative der Fachtag zustande kam: „Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung bringt oft weitere gravierende Folgen mit sich, beispielsweise Einsamkeit, Depression, auch Suchtgefahr – dann ist der Bezirk Schwaben als Träger der Eingliederungshilfe besonders gefragt“, führte Reichert aus. Gabe man dagegen den Betroffenen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Chance, so seien dies in der Regel hochmotivierte und loyale Arbeitnehmer: „Davon haben alle einen Gewinn.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Wandkalender der Bayerischen Gemeindezeitung für das Jahr 2018 bei. Sollten Sie weitere Exemplare benötigen, lassen Sie es uns wissen. □

ren Beteiligten konnte man ihn anstellen, „aus diesem Anfang entstand eine eigene Abteilung.“

Auch bei einem großen Unternehmen wie der WashTec AG in Augsburg, das weltweit agiert, gehört Inklusion ganz selbstverständlich zur Unternehmenskultur. „Wir sprechen allerdings nicht von Mitarbeitern mit Behinderung, sondern von Mitarbeitern mit Besonderheiten – und die hat schließlich jeder von uns“, führte Karoline Kalb, Vorstand HR & Investor Relations, aus.

„Ein Handicap sagt nichts aus über die Leistungsfähigkeit eines Menschen, wenn er einen konkreten Arbeitsplatz hat“, betont Andrea Seeger, Geschäftsführerin der ACCESS gGmbH in Nürnberg. Die Einrichtung, selbst aus der Betroffenenzone entstanden, vermittelt mit großem Erfolg Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt. Wichtig seien dafür individuelle Konzepte, eine gute Begleitung am Arbeitsplatz, auch die Möglichkeit zur kostenfreien Arbeitserprobung, um das Risiko für den Arbeitgeber zu minimieren. Und man müsse den Unternehmen vermitteln, welche Vorteile sie hätten: Nicht nur Lohnkostenzuschüsse, sondern beispielsweise die Entlastung des Fachpersonals von bestimmten Aufgaben, die ein Mensch mit Behinderung überneh-

men könnte, die soziale Bereicherung, aber auch die positive Außenwirkung.

Das Beispiel einer Branche, in der händierend nach Personal gesucht wird, nannte Professor Dr. Michael Krupp von der Hochschule Augsburg (Logistik und Supply Chain Management). Etwa 83.000 Stellen blieben im ersten Quartal 2017 bundesweit in der Verkehrs- und Lagerebranche unbesetzt. „Logistische Prozesse lassen sich nur schwer automatisieren, hier braucht man angelernte Hilfskräfte“. Gefördert durch Bundesmittel und mit Unterstützung zahlreicher Kooperationspartner wird an der Hochschule derzeit die Bildsprache „LogiPICS“ entwickelt, durch die Mitarbeiter mit sprachlichen Barrieren schneller in Arbeitsprozesse integriert werden können. Etwas, das künftig auch Menschen wie Florian Jilek eine wertvolle Hilfestellung sein kann – denn Schwaben ist einer der „Hot Spots“ der Logistikbranche.

Die Organisatoren, die auch Ansprechpartner für interessierte Arbeitgeber sind – Stefan Dörle vom Bezirk Schwaben, Andrea Gärtner bei der IHK Schwaben und Claudia Bröll-Ostler, Handwerkskammer Schwaben – werden am Ball bleiben: Beispielsweise durch die Vermittlung von Praktika, durch regionale Informationsveranstaltungen oder auch eine Internetbörse. □

FAHNEN KOCH COBURG
Tel.: 09561-5527-0 info@fahnen-koch.de



Weihnachtsbaum Beleuchtung für den FAHNENMAST
www.Leucht-Fahne.de

„Gehen Sie mit guten Beispiel voran: Es wird sich wirtschaftlich und sozial lohnen!“

Wie bedeutsam die Vernetzung aller Akteure ist, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, auf dessen Initiative der Fachtag zustande kam: „Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung bringt oft weitere gravierende Folgen mit sich, beispielsweise Einsamkeit, Depression, auch Suchtgefahr – dann ist der Bezirk Schwaben als Träger der Eingliederungshilfe besonders gefragt“, führte Reichert aus. Gabe man dagegen den Betroffenen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Chance, so seien dies in der Regel

über das Projekt „Integra Mensch“ und konnte sich aus der Werkstatt heraus in dem Betrieb erproben.

Für Georg Söffner, Geschäftsführer bei Blitzschutz Däumling in Nördlingen, war die Fachkompetenz, die ein behinderter Mitarbeiter mitbrachte, ein Erfolgsfaktor für den handwerklichen Betrieb: „Ich konnte mir in dem damals kleinen Unternehmen schlichtweg kein qualifiziertes Fachpersonal leisten; und da war aber dieser Bekannte, ein Elektroingenieur, den ein Schlaganfall aus dem Berufsleben gerissen hatte“, erzählt Söffner. Mithilfe der Unterstützung von Handwerkskammer, dem Integrationsamt und weite-

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 21. Dezember 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Breitband · Kommunikationstechnologien
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunalfinanzen
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperreffosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen



www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbekonstruktion



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Insertieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Luftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Bay. Nationalmuseum, Berufsschule, Klinikum Großhadern, Muffathalle, Techn. Universität, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität etc.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560



Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstiegshilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte

KRENZER

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **LED-Licht**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2018

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
Mo 1 <small>Neujahr</small>	Do 1	Do 1	So 1 <small>Ostersonntag</small>	Di 1 <small>Tag der Arbeit</small>	Fr 1	So 1	Mi 1	Sa 1	Mo 1	Do 1 <small>Allerheiligen</small>	Sa 1
Di 2	Fr 2	Fr 2	Mo 2 <small>Ostermontag</small>	Mi 2	Sa 2	Mo 2	Do 2	So 2	Di 2	Fr 2	So 2
Mi 3	Sa 3	Sa 3	Di 3	Do 3	So 3	Di 3	Fr 3	Mo 3	Mi 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	Sa 3	Mo 3
Do 4	So 4 <small>Heilige Drei Könige</small>	So 4	Mi 4	Fr 4	Mo 4	Mi 4	Sa 4	Di 4	Do 4	So 4	Di 4
Fr 5	Mo 5	Mo 5	Do 5	Sa 5	Di 5	Do 5 <small>Bayerischer Bezirkstag</small>	So 5	Mi 5	Fr 5	Mo 5	Mi 5
Sa 6	Di 6	Di 6	Fr 6	So 6	Mi 6	Fr 6 <small>Vollversammlung Bayerischer Bezirkstag</small>	Mo 6	Do 6	Sa 6	Di 6	Do 6
So 7	Mi 7	Mi 7	Sa 7	Mo 7	Do 7	Sa 7	Di 7	Fr 7	So 7	Mi 7	Fr 7
Mo 8	Do 8	Do 8 <small>3. Bayerisches InfrastrukturForum</small>	So 8	Di 8 <small>Landkreisesammlung, Bayerischer Landkreistag, Weißenhorn</small>	Fr 8	So 8	Mi 8	Sa 8	Mo 8	Do 8 <small>6. Bayerisches BreitbandForum</small>	Sa 8
Di 9	Fr 9	Fr 9	Mo 9	Mi 9	Sa 9	Mo 9	Do 9	So 9	Di 9	Fr 9	So 9
Mi 10	Sa 10	Sa 10	Di 10 <small>Wasser: Ökonomie vs. Gemeinwohl? Augsburg</small>	Do 10 <small>Christi Himmelfahrt</small>	So 10	Di 10	Fr 10	Mo 10	Mi 10	Sa 10	Mo 10
Do 11	So 11	So 11	Mi 11	Fr 11	Mo 11	Mi 11	Sa 11	Di 11	Do 11	So 11	Di 11
Fr 12	Mo 12	Mo 12	Do 12	Sa 12	Di 12	Do 12	So 12	Mi 12	Fr 12	Mo 12	Mi 12
Sa 13	Di 13	Di 13	Fr 13	So 13	Mi 13	Fr 13	Mo 13	Do 13	Sa 13	Di 13	Do 13
So 14	Mi 14	Mi 14	Sa 14	Mo 14	Do 14	Sa 14	Di 14	Fr 14	So 14	Mi 14	Fr 14
Mo 15	Do 15	Do 15 <small>Kommunalforum Alpenraum, Kundl, AT</small>	So 15	Di 15	Fr 15	So 15	Mi 15 <small>Mariä Himmelfahrt</small>	Sa 15	Mo 15	Do 15	Sa 15
Di 16	Fr 16	Fr 16	Mo 16	Mi 16	Sa 16	Mo 16	Do 16	So 16	Di 16	Fr 16	So 16
Mi 17	Sa 17	Sa 17	Di 17	Do 17 <small>6. Bayerisches WasserkraftForum</small>	So 17	Di 17	Fr 17	Mo 17	Mi 17	Sa 17	Mo 17
Do 18	So 18	So 18	Mi 18	Fr 18	Mo 18	Mi 18	Sa 18	Di 18	Do 18	So 18	Di 18
Fr 19	Mo 19	Mo 19	Do 19 <small>2. Fachforum Elektromobilität</small>	Sa 19	Di 19	Do 19	So 19	Mi 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19
Sa 20	Di 20	Di 20	Fr 20	So 20 <small>Pfingstsonntag</small>	So 20	Mi 20 <small>92. Verbandsversammlung des SVB, Rosenheim</small>	Mo 20	Do 20	Sa 20 <small>FREIE WÄHLER Landesversammlung Dillingen</small>	Di 20	Do 20
So 21	Mi 21	Mi 21	Sa 21	Mo 21 <small>Pfingstmontag</small>	Di 21	Do 21 <small>Bayerischer Sparkassentag 2018, Rosenheim</small>	Sa 21	Fr 21	So 21	Mi 21	Fr 21
Mo 22	Do 22	Do 22	So 22	Di 22	Fr 22	So 22	Mi 22	Sa 22	Mo 22	Do 22	Sa 22
Di 23	Fr 23	Fr 23	Mo 23	Mi 23	Sa 23	Mo 23	Do 23	So 23	Di 23	Fr 23	So 23
Mi 24	Sa 24	Sa 24	Di 24	Do 24	So 24	Di 24	Fr 24	Mo 24	Mi 24	Sa 24	Mo 24 <small>Heilig Abend</small>
Do 25	So 25	So 25	Mi 25	Fr 25	Mo 25	Mi 25	Sa 25	Di 25	Do 25	So 25	Di 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>
Fr 26	Mo 26	Mo 26	Do 26	Sa 26	Di 26	Do 26	So 26	Mi 26	Fr 26	Mo 26	Mi 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>
Sa 27	Di 27	Di 27	Fr 27	So 27	Mi 27	Fr 27	Mo 27	Do 27	Sa 27	Di 27	Do 27
So 28	Mi 28	Mi 28	Sa 28	Mo 28	Do 28 <small>11. Bayerisches EnergieForum</small>	Sa 28	Di 28	Fr 28	So 28	Mi 28	Fr 28
Mo 29	Do 29	Do 29	So 29	Di 29	Fr 29	So 29	Mi 29	Sa 29	Mo 29	Do 29	Sa 29
Di 30	Fr 30 <small>Karfreitag</small>	Mo 30	Mi 30	Do 30	Sa 30	Mo 30	Do 30	So 30	Di 30	Fr 30	So 30
Mi 31	Sa 31	Sa 31	Do 31 <small>Fronleichnam</small>	Mi 31	Fr 31	Di 31	Fr 31	Mi 31	Do 31	Mi 31	Mo 31 <small>Silvester</small>

sparkasse.de

Nähe ist einfach.

Weil man die Sparkasse immer und überall erreicht. Von zu Hause, mobil und in der Filiale.

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbetchnik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

BayWa

BayWa AG Technik
www.baywa.de/kommunaltechnik

KOMMUNIKATION IN KOMMUNEN

- Strategische Planung
- Bürgerdialog
- Akzeptanzkommunikation für Infrastrukturprojekte

www.engel-zimmermann.de

ENGEL & ZIMMERMANN AG

amplus

200 Megabit pro Sekunde: Glasfaser in jedes Haus.

www.amplus.ag

E WALD

Ihr Ansprechpartner für Elektromobilität

Technologiecampus 1 - 94244 Teisnach
09923 / 8045 310
www.e-wald.eu

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau-m-net.de

www.m-net.de

Zeit für kommunales Engagement

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen

www.engagement-global.de

mit Ihrer **SERVICESTELLE** KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

www.service-eine-welt.de

Der stärkste Energiemix

Erdgas / Bio-Erdgas Strom / Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen - unser Mix macht's möglich.

erdgas schwaben

www.erdgas-schwaben.de

rku.it.

IT. NEU ERLEBEN - mit Ihrem IT-Dienstleister für Utilities, Public & Transport.

www.rku.it.de

proHolz Bayern

Bauen mit Holz langlebig, Klimagerecht, schön

Termine und Informationen unter: www.proholz-bayern.de

Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Brisauer Weg 44
82538 Gerstfeld
www.gemeindezeitung.de

Redaktion:
info@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-11

Anzeigen:
Constanze von Hassel
hassel.constanze@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-13

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
hassel.theresa@gemeindezeitung.de
08171 / 9307-10

© Bayerische Gemeindezeitung 2017

BAYERISCHE
GemeindeZeitung

Ihr Partner – Jahr für Jahr.
Wir wünschen ein erfüllendes 2018!